

Lernbrief

Wirtschaftslehre, Teil 1

**Weiter-
führende
Themen**

Rahmenlehrplanstand Wirtschaftslehre: September 1996

Herausgeber:

AOK-Bundesverband, Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin

Autor: Prof. Dr. Frank Fichert, Hochschule Worms

Redaktion: Referat Berufliche Bildung

Ansprechpartnerin: Johanna Szczeponek, Tel. 030 34646-2167

Druck und Vertrieb durch

Bonndruck GmbH, Frankfurter Straße 51, 57074 Siegen.

Vervielfältigung der Materialien oder einzelner Beiträge daraus
(auf fotomechanischem oder sonstigem Wege) ist nur mit vorheriger
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gliederung

1	Einleitung	3
2	Lernziele	4
3	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen und Aufgaben der Wirtschaft	5
3.1	Produktion, Verteilung und Konsumtion	5
3.2	Bedürfnisse	6
3.3	Bedarf und Nachfrage	11
3.4	Güter	12
3.5	Ökonomisches Prinzip	19
3.5.1	Grundlagen	19
3.5.2	Ökonomisches Prinzip unter Einbeziehung der Ökologie	21
3.6	Wirtschaftliche Grundfragen	22
3.7	Übungen zum Lernabschnitt 3	23
4	Wirtschaftsordnungen als Steuerungssysteme der Wirtschaft	25
4.1	Historischer Hintergrund	25
4.2	Grundelemente von Wirtschaftsordnungen	26
4.3	Idealtypische Wirtschaftsordnungen	27
4.3.1	Freie Marktwirtschaft	27
4.3.2	Zentralverwaltungswirtschaft	29
4.4	Wirtschaftsordnungen in der Realität am Beispiel der Sozialen Marktwirtschaft	32
4.5	Übungen zum Lernabschnitt 4	37
5	Produktionsfaktoren	40
5.1	Volks- und betriebswirtschaftliche Unterscheidungsmöglichkeiten	40
5.2	Produktionsfaktor Arbeit	41
5.3	Produktionsfaktor Natur	42
5.4	Produktionsfaktor Kapital	45
5.5	Kombination der Produktionsfaktoren	47
5.6	Übungen zum Lernabschnitt 5	55

6 Demografische Entwicklung	56
6.1 Grundlagen	56
6.2 Bestimmungsfaktoren der Bevölkerungsentwicklung	58
6.3 Bevölkerungsvorausberechnung	61
7 Arbeitsmarkt	63
7.1 Grundlagen	63
7.2 Bestimmungsgründe von Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot	64
7.2.1 Einzelwirtschaftliche Bestimmungsgründe	64
7.2.2 Gesamtwirtschaftliche Bestimmungsgründe	67
7.3 Arbeitsqualität	69
7.4 Wechselwirkungen zwischen Sozialversicherungen und Arbeitsmarkt	70
7.5 Übungen zu den Lernabschnitten 6 und 7	73
8 Arbeitsteilung	74
8.1 Grundlagen	74
8.2 Entwicklungsstufen der Arbeitsteilung und betriebliche Arbeitsteilung	75
8.3 Volkswirtschaftliche Arbeitsteilung	76
8.4 Internationale Arbeitsteilung	80
8.5 Übungen zum Lernabschnitt 8	83
9 Zusammenfassende Selbstkontrolle	84
10 Lösungen zu den Übungen im Text	85
11 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle	101

1 Einleitung

Das System der sozialen Sicherung ist eingebettet in die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ist die Sozialversicherung und hier insbesondere die gesetzliche Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Zwischen den Trägern der Sozialversicherung und der Wirtschaft sowie den übrigen öffentlichen Haushalten bestehen vielfältige Wechselbeziehungen. Im System der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gewinnen wirtschaftliche Fragestellungen immer weiter an Bedeutung. So ist es für die „AOK – Die Gesundheitskasse“, die mit zahlreichen Privat- und Firmenkunden sowie Vertragspartnern in Verbindung steht, wichtig, die wirtschaftlichen Prozesse und Abläufe zu kennen und bei ihrem Handeln zu berücksichtigen. Denn auch für die AOK geht es darum, einen Ausgleich zwischen den knappen finanziellen Mitteln und den vielfältigen Bedürfnissen der jeweiligen Interessengruppen zu schaffen.

Außerdem erfordert die Arbeit in einem Unternehmen unserer Wirtschaftsordnung Kenntnisse über die politischen Ordnungsformen, die Grundzüge des Wirtschaftsverkehrs und die darin üblichen Begrifflichkeiten.

Folglich ist es für Sie als Sozialversicherungsfachangestellter bzw. Sozialversicherungsfachangestellte wichtig, sich mit grundlegenden wirtschaftlichen Fragestellungen und Zusammenhängen zu beschäftigen, zumal Sie auch im Privatleben vielfältige wirtschaftliche Beziehungen unterhalten. Auf der Basis des Berufsschulrahmenlehrplans für das Fach Wirtschaftslehre werden wir Ihnen daher über sechs Lernbriefe hinweg sowie mit zahlreichen Übungen eine Einarbeitung in das Themengebiet der Wirtschaftslehre geben.

Hinweise

Sofern nicht erforderlich haben wir auf die Angabe einer konkreten AOK und auf Jahreszahlen verzichtet. Gehen Sie in diesen Fällen von Ihrer AOK bzw. von den Werten des aktuellen Kalenderjahres aus.

Haben Sie Tipps, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge zu den Inhalten des Lernbriefs? Dann zögern Sie nicht, uns anzusprechen.

2 Lernziele

Nach Durcharbeiten dieses Lernbriefs sollen Sie in der Lage sein,

- zu schildern, wie der Mensch auf die Natur mit dem Ziel der Gütergewinnung einwirkt,
- die menschlichen Bedürfnisse, Einteilungskriterien für Bedürfnisse und Einflussfaktoren auf die Bedürfnisse zu erläutern,
- den Begriff „Güter“ zu definieren und Güter nach verschiedenen Gesichtspunkten zu gliedern,
- das ökonomische Prinzip zu erläutern,
- zu beschreiben, warum ökonomisches und ökologisches Denken sowie Handeln miteinander verknüpft werden müssen,
- die Entwicklung von Wirtschaftsordnungen zu beschreiben,
- die Merkmale der „freien Marktwirtschaft“ und der „reinen Zentralverwaltungswirtschaft“ zu erläutern,
- das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ und deren Konstruktion zu beschreiben,
- die Produktionsfaktoren Arbeit, Natur und Kapital aus betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht zu unterscheiden,
- unterschiedliche Faktorkombinationsmöglichkeiten zu vergleichen und ihre Bedeutung für die Wirtschaftsstruktur aufzuzeigen,
- Bestimmungsfaktoren für das Arbeitskräfteangebot zu erläutern,
- die Bevölkerungsstruktur zu analysieren und Rückschlüsse auf das Arbeitskräfteangebot zu ziehen,
- zu erklären, dass das Arbeitskräfteangebot die Leistungen der Sozialversicherung beeinflusst,
- Bestimmungsfaktoren der Arbeitsnachfrage zu beschreiben,
- Vor- und Nachteile der Arbeitsteilung gegenüberzustellen,
- Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt zu beschreiben und
- die Arbeitsteilung in Wirtschaft und Verwaltung an Beispielen zu erläutern.

3 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen und Aufgaben der Wirtschaft

3.1 Produktion, Verteilung und Konsumtion

Die Wirtschaftslehre befasst sich mit dem wirtschaftlichen Handeln von Menschen. Obwohl die meisten Menschen die Begriffe „Wirtschaft“ bzw. „Wirtschaften“ häufig verwenden und uns diese Begriffe auch in den Medien täglich mehrfach begegnen, machen wir uns über ihre Bedeutung oft nur wenig Gedanken.

Den Ausgangspunkt allen Wirtschaftens bilden die menschlichen Bedürfnisse, etwa Hunger und Durst, das Bedürfnis nach Erholung, nach Schutz vor Hitze und Kälte oder das Bedürfnis nach Unterhaltung. In Pkt. 3.2 dieses Lernbriefs werden wir uns mit dem Begriff „Bedürfnis“ noch etwas genauer beschäftigen.

Um seine Bedürfnisse zu befriedigen, muss der Mensch aktiv werden. Er muss der Natur bestimmte Materialien (Rohstoffe, Ressourcen) entnehmen und diese meist auch noch bearbeiten bzw. verarbeiten. Beispielsweise wird das Bedürfnis „Hunger“ durch die Aufnahme von Nahrungsmitteln befriedigt und das Bedürfnis nach Schutz vor Hitze und Kälte durch Kleidungsstücke und Häuser bzw. Wohnungen. Die Mittel zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, die wir allgemein als Güter bezeichnen, stehen jedoch nicht überall und generell nur in begrenzter

Menge zur Verfügung (eine Ausnahme sind nur die sogenannten freien Güter, mit denen wir uns unter Pkt. 3.4 dieses Lernbriefs befassen werden). Als „Wirtschaften“ bezeichnet man folglich alle Aktivitäten der Menschen, mit denen sie versuchen, die knappen Mittel bestmöglich zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu nutzen.

Merke

Wirtschaften bezeichnet alle menschlichen Tätigkeiten, die darauf abzielen, die ihnen zur Verfügung stehenden knappen Mittel bestmöglich zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu nutzen.

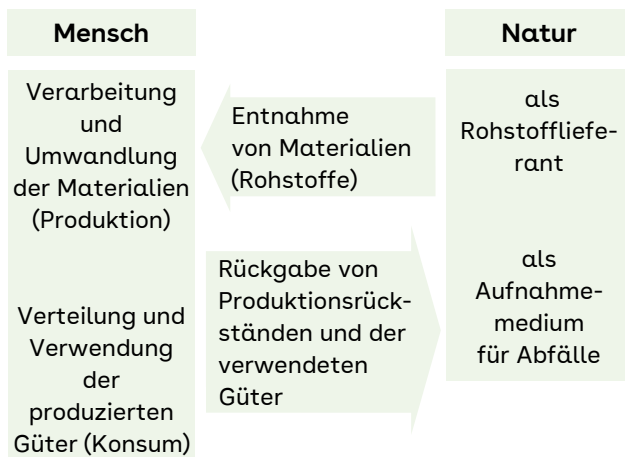
Unser heutiges Wirtschaften ist das Ergebnis eines jahrtausendelangen Entwicklungsprozesses. Die einfachste – und historisch älteste – Form des Wirtschaftens findet sich bei den Jägern und Sammlern. Später entwickelten die Menschen den Ackerbau und die Viehzucht. Zudem lernten sie, die der Natur entnommenen Materialien zu bearbeiten, damit diese ihren jeweiligen Zweck noch besser erfüllen (z.B. Herstellung von Werkzeugen). Im Laufe der Zeit haben die Menschen auch immer stärker die Vorteile genutzt, die sich durch die Spezialisierung einzelner Menschen auf bestimmte Tätigkeiten ergeben. Mit dieser sogenannten Arbeitsteilung befassen wir uns ausführlich unter Pkt. 8 dieses Lernbriefs. Eine Folge dieser Spezialisierung ist die Notwendigkeit des Tauschs. Auch hat die Arbeitsteilung dazu geführt, dass die Orte, an denen die Güter hergestellt (produziert) werden, oftmals weit von den Orten entfernt sind, an denen sie verbraucht (konsumiert) werden. Folglich gehört zum Wirtschaften nicht nur die Herstellung, sondern auch die Verteilung (Distribution) der Güter.

Die Natur dient dem Menschen nicht nur als Lieferant für Materialien (Rohstoffe), sondern auch als Aufnahme-medium für Abfälle, die entweder bei der Produktion oder beim Konsum von Gütern entstehen. Die Wechselwirkungen zwischen dem Menschen und der Natur lassen sich daher auch als ein Kreislauf von Materialien beschreiben (vgl. hierzu die Abbildung auf Seite 6).

Merke

Die grundlegenden Bestandteile des Wirtschaftsprozesses sind

- Herstellung (Produktion),
- Verteilung (Distribution) und
- Konsum von Gütern sowie
- Rückgabe von Abfällen an die Natur.



Häufig bezeichnet man Wirtschaften auch als ökonomisches Handeln und die Wirtschaftswissenschaften als Ökonomik. Der Begriff Ökonomie geht auf das altgriechische Wort für Haushalt zurück.

3.2 Bedürfnisse

Lernbeispiel

Stellen Sie sich vor, Sie müssten eine Woche alleine auf einer unbewohnten Insel in der Nordsee verbringen.

Überlegen Sie sich zehn Dinge, die Sie für diesen Aufenthalt mitnehmen.

Bedürfnisse sind beschrieben als Mangelempfinden des Menschen mit dem Bestreben, diesen Mangel zu beheben. Dabei kann es sich um tatsächliche oder scheinbare Mängel handeln. Bedürfnisse sind grundsätzlich subjektiv. Am wichtigsten sind die sogenannten **Existenzbedürfnisse**, nämlich der Wunsch nach Nahrung, Kleidung und Wohnung. Sie haben vor allen anderen Bedürfnissen Vorrang, weil ihre Befriedigung für das Überleben der Menschen notwendig ist und sie auf dem menschlichen Selbsterhaltungstrieb basieren.

Daneben hat der Mensch zahlreiche Wünsche, die dazu beitragen, sein Leben angenehmer zu gestalten. Hierzu gehören z.B. Lesen, Theater- und Kinobesuche, Reisen. Diese Bedürfnisse werden als **Kulturbedürfnisse** bezeichnet.

Alle Bedürfnisse, die über die Existenz- und Kulturbedürfnisse hinausgehen, werden als **Luxusbedürfnisse** bezeichnet. Das sind z.B. die Bedürfnisse nach einem Luxusauto, einer großen Villa mit Swimmingpool, hochwertigem Schmuck, einem Privatflugzeug oder einer -jacht.

Merke

Bedürfnisse sind definiert als körperliches und geistiges Mangelempfinden des Menschen mit dem Bestreben, dieses zu beseitigen. Sie können nach verschiedenen Gesichtspunkten eingeteilt werden.

Bedürfnisse werden nach verschiedenen Gesichtspunkten unterschieden. Hierzu gehören insbesondere die Einteilung der Bedürfnisse

... nach der Dringlichkeit

Maßgeblich für die bereits erläuterte Einteilung der Bedürfnisse in Existenzbedürfnisse sowie in Kultur- und Luxusbedürfnisse ist der Grad der Dringlichkeit. Die Ausprägung der Existenz-, Kultur- und Luxusbedürfnisse ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Hierzu zählen z.B. Alter, Geschlecht, Klima, geografische Lage, Einkommen, Bildung und Kultur. So haben ältere Menschen andere Bedürfnisse an Nahrung und Kleidung als junge Menschen; Frauen haben z.B. oftmals anders ausgeprägte Bedürfnisse bei der Kleidung als Männer. Menschen in südlichen Regionen haben andere Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Wohnung als Menschen in nördlichen Regionen. Menschen mit hohem Einkommen haben anders ausgeprägte Bedürfnisse als Menschen mit niedrigem Einkommen. Menschen mit einem allgemein hohen Bildungsniveau haben z.B. andere Bildungs- und Kulturbedürfnisse als Menschen mit geringem Bildungsniveau.

Auch die gesellschaftliche und technische Entwicklung beeinflusst die Bedürfnisse der Menschen. Die Entwicklung moderner Verkehrsmittel hat die räumlichen Möglichkeiten (Mobilität) der Menschen erheblich verändert. Dies ist ein Beispiel dafür, dass sich die Bedürfnisse der Menschen in der Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt entwickeln und auch verändern. Die nächste Veränderung auf diesem Gebiet ist bereits eingetreten durch die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten des Internets und durch die Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Die Einteilung der Bedürfnisse nach dem Grad der Dringlichkeit ist nicht starr, sondern vielmehr fließend. So zählt z.B. Lesen und Schreiben in unserer hoch entwickelten Gesellschaft zu den Existenzbedürfnissen, während solche Fähigkeiten in weniger entwickelten Ländern zu den Kultur- oder sogar Luxusbedürfnissen zählen. Die Menschen, die ums Überleben kämpfen, werden kaum Bedürfnisse nach Lesen und Schreiben entwickeln.

Merke

Die Einteilung der Bedürfnisse in Existenz-, Kultur- und Luxusbedürfnisse ist abhängig vom betrachteten Personenkreis und deren Umfeld.

... nach der Art der Befriedigung

Neben den Bedürfnissen des Einzelnen (Individuum) gibt es Bedürfnisse der Gemeinschaft, die als Kollektivbedürfnisse bezeichnet werden.

Die Unterscheidung zwischen **Individual- und Kollektivbedürfnissen** erfolgt nach der Art der Bedürfnisbefriedigung.

Die individuellen Bedürfnisse ergeben sich aus den Entscheidungen der privaten Haushalte und können von diesen individuell befriedigt werden, z.B. durch den Kauf von Kleidung, Autos, Fernsehern, Büchern, Nahrung. Bedürfnisse sind immer an den einzelnen Menschen gebunden. Es gibt jedoch zahlreiche Bedürfnisse, die viele Menschen ähnlich empfinden. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse erfordert aber häufig so hohe Aufwendungen, dass sie der einzelne Haushalt nicht finanzieren kann. Da diese Bedürfnisse nur durch eine Gemeinschaft befriedigt werden können, nennt man sie auch Kollektivbedürfnisse. Als Beispiele sind hier zu nennen:

Der Wunsch nach

- Bildung in Schulen und Universitäten,
- sozialer Absicherung,
- Schutz der körperlichen Unversehrtheit und des Eigentums,
- Bereitstellung von Infrastruktur.

... nach dem Vorhandensein

Nach dem Vorhandensein können Bedürfnisse in **offene und versteckte (latent vorhandene) Bedürfnisse** unterschieden werden. Versteckte Bedürfnisse könnten etwa durch Werbung geweckt und damit zu offenen Bedürfnissen werden, die nach Befriedigung verlangen.

... nach der Häufigkeit des Auftretens

Daneben gibt es **Bedürfnisse, die stetig oder periodisch vorhanden sind.**

Das Bedürfnis nach kalten Getränken und Eis tritt in aller Regel nur während der warmen Jahreszeit auf. Die Bedürfnisse nach warmer Kleidung treten in der kalten Jahreszeit hervor, während das Bedürfnis nach luftiger Kleidung besonders in den Sommermonaten ausgeprägt ist. Das Bedürfnis nach Gesundheit ist dagegen ein ständiges Bedürfnis.

In der Wirtschaftslehre wird üblicherweise unterstellt, dass die menschlichen Bedürfnisse unbegrenzt sind. Diese Annahme mag auf den ersten Blick wenig realitätsnah klingen. Allerdings werden die meisten Menschen, selbst wenn sie relativ wohlhabend sind, durchaus in der Lage sein, zahlreiche unerfüllte Kultur- und Luxusbedürfnisse zu benennen, die sie gerne befriedigen würden. Zudem spielt nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität der konsumierten Güter eine wesentliche Rolle. Auf absehbare Zeit ist daher selbst in den Industriestaaten nicht davon auszugehen, dass es zu allgemeinen Sättigungstendenzen kommt.

Zum Lernbeispiel von Seite 6

Erinnern Sie sich noch an die zehn Dinge, die Sie mit auf die unbewohnte Insel nehmen würden?

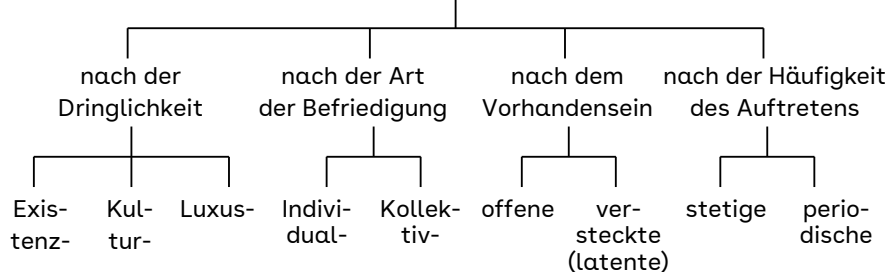
Bestimmen Sie, welcher Art von Bedürfnissen die von Ihnen genannten Dinge zugeordnet werden können.

Zuordnungskriterien:

1. Existenzbedürfnisse
2. Kultur- und Luxusbedürfnisse
3. Individualbedürfnisse
4. Kollektivbedürfnisse
5. offene Bedürfnisse
6. versteckte (latente) Bedürfnisse
7. stetige Bedürfnisse
8. periodische Bedürfnisse

Merke

Einteilung der Bedürfnisse



B e d ü r f n i s s e

Exkurs

Der Begriff „Bedürfnis“ ist subjektiver Art. Man kann sich ein Bedürfnis „zulegen“, man kann sich daran gewöhnen und es sich vielleicht auch abgewöhnen (z.B. Rauchen). Was für den einen ein Luxusbedürfnis ist, ist für den anderen ein Existenzbedürfnis. Bedürfnisse können auch von einer geschickt angelegten Werbung wachgerufen werden.

In diesem Zusammenhang hat der amerikanische Psychologe **Maslow** fünf Bedürfniskategorien entwickelt, die hierarchisch aufgebaut sind. Man bezeichnet dies auch als Maslowsche Bedürfnispyramide.

1. physiologische Bedürfnisse

Hierunter sind alle Bedürfnisse zu verstehen, die der Sicherung der Existenz und der Arterhaltung des Menschen dienen (z.B. Durst, Hunger, Geschlechtstrieb, Bewegung, Ruhe, Bequemlichkeit). Sie stehen in der Dringlichkeitsskala an erster Stelle.

Die physiologischen Bedürfnisse sind in den heutigen Industriegesellschaften weitgehend befriedigt. Allerdings gibt es selbst in unserer Gesellschaft Menschen, für die die Befriedigung der physiologischen Bedürfnisse keine Selbstverständlichkeit darstellt. Denken Sie beispielsweise an obdachlose Menschen.

2. Sicherheitsbedürfnisse

Das sind alle Bedürfnisse, die der materiellen Sicherung des Lebens dienen (z.B. Stabilität, Zuverlässigkeit, Schutz, Befreiung von Angst, Bedrohung und Chaos, Wunsch nach Regeln, Gesetz und Ordnung). Auch die Sicherheitsbedürfnisse (hier vor allem der Wunsch nach einem sicheren Arbeitsplatz und einer verlässlichen Altersversorgung) sind heute nicht für alle Menschen befriedigt.

3. soziale Bedürfnisse (Kontaktbedürfnisse)

Das sind die Bedürfnisse nach menschlicher Nähe und zwischenmenschlichen Beziehungen (z.B. Zuneigung, Wunsch nach Freundschaft, Gesellschaft und Gruppenzugehörigkeit, Furcht vor Einsamkeit und Ablehnung).

Soziale Bedürfnisse müssen differenziert betrachtet werden; so sind manche Menschen mit nur geringen Kontakten zur Umwelt voll zufrieden und andere hingegen nicht. Inwieweit soziale Bedürfnisse in einer Industriegesellschaft befriedigt sind, lässt sich nicht eindeutig festlegen, da hier nicht das Maß der tatsächlichen Befriedigung, sondern das Maß der angestrebten Befriedigung relevant ist.

4. Selbstachtungs- bzw. Wertschätzungsbedürfnisse

Hierunter fallen Bedürfnisse wie Achtung vor anderen und sich selbst, Wunsch nach Stärke, Erfolg, Tüchtigkeit, Macht, Wissen, Wunsch nach Anerkennung, Prestige, Status, Aufmerksamkeit, Respekt und Wertschätzung. Die Bedürfnisse dieser Bedürfniskategorie sind vielfach nicht umfassend befriedigt; sie erlangen aber zunehmende Bedeutung.

5. Selbstverwirklichungsbedürfnisse

Das sind z.B. der Wunsch nach Weisheit, Weltverständnis, Autonomie, Kreativität, Individualität, der Wunsch danach etwas Ganzes, Neues, Bleibendes zu schaffen.

Die Befriedigung dieser Bedürfnisse wird seltener erreicht; z.B. bei Führungskräften und hoch qualifizierten Spezialistinnen bzw. Spezialisten oder sogenannten „Aussteigern“ kann die Befriedigung dieser Bedürfnisse erreicht sein.

Aus den vorstehenden Ausführungen lassen sich nun folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Die menschlichen Bedürfnisse sind einer Prioritätenfolge unterworfen.
- Solange die Bedürfnisse der beiden unteren Ebenen noch nicht befriedigt sind, bestimmen sie das menschliche Verhalten.
- Sind die Bedürfnisse einer Stufe gestillt, wird die Befriedigung der nächsthöheren Bedürfniskategorie angestrebt.
- Befriedigte Bedürfnisse verlieren ihre motivierende Wirkung.

Bedürfnispyramide nach Maslow



3.3 Bedarf und Nachfrage

Fortsetzung des Lernbeispiels von Seite 6

Ihre einwöchige Reise auf die unbewohnte Nordseeinsel steht unmittelbar bevor. Sie fahren in die Stadt, um die zehn Dinge, die Sie zuvor als wünschenswert für den Inseltrip definiert haben, einzukaufen. Für den Einkauf stehen Ihnen 100 € von Ihrem Einkommen zur Verfügung.

Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen Bedürfnissen, Bedarf und Nachfrage.

Als Bedarf bezeichnet man ein konkretisiertes Bedürfnis, zu dessen Befriedigung die einem Menschen zur Verfügung stehende Kaufkraft eingesetzt werden kann. Die Wirtschaftslehre beschäftigt sich nur mit diesem Bedarf, nicht jedoch mit den anderen menschlichen Bedürfnissen (z.B. geliebt werden, Anerkennung erfahren).

Merke

Als Bedarf wird der Teil der Bedürfnisse bezeichnet, der mit der zur Verfügung stehenden Kaufkraft befriedigt werden kann.

Der Bedarf kann gedeckt werden, indem bestimmte Güter auf den Märkten gekauft werden. Welche Güter tatsächlich gekauft werden, hängt vor allem von den Güterpreisen, der Konsumsumme, der Bedarfsstruktur und den wirtschaftlichen Erwartungen ab. Im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 3“ werden die Bestimmungsgründe der Nachfrage sowie das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf Märkten genauer betrachtet.

Merke

Als Nachfrage bezeichnet man den Vorgang, wenn der Bedarf durch einen Kaufentschluss am Markt wirksam wird.

Zum Lernbeispiel

Ausschlaggebend für die Zusammenstellung Ihrer Liste von zehn Dingen für den Inseltrip waren Ihre Bedürfnisse. Wahrscheinlich enthält Ihre Liste Lebensmittel, damit Sie auf der Insel nicht Hunger oder Durst leiden müssen. Hunger und Durst sind Beispiele für die von Ihnen empfundenen bzw. für den Inselaufenthalt erwarteten Bedürfnisse.

Ein Bedarf ergibt sich, wenn Sie die von Ihnen zur Bedürfnisbefriedigung gewünschten Güter grundsätzlich auf einem Markt erwerben können. Beispielsweise könnte zu Ihrem Bedarf eine bestimmte Menge an Flaschen mit Mineralwasser gehören oder eine bestimmte Menge an Konservendosen mit Lebensmitteln. Es ist jedoch auch möglich, dass Sie Dinge mitnehmen möchten, die Sie nicht auf einem Markt erwerben können. Ein Beispiel wäre ein persönliches Andenken an ein Familienmitglied, z.B. ein Brief von Ihren Eltern.

Als Nachfrage wird der Teil des Bedarfs am Markt wirksam, der tatsächlich für Güter und Dienstleistungen ausgegeben wird. Bei dem nicht nachfragewirksamen Teil handelt es sich um eine potenzielle Nachfrage.

Angenommen Sie könnten von den 100 € nur sechs Dinge kaufen, dann wäre dies der Teil des Bedarfs, der am Markt wirksam wird, also die Nachfrage. Die vier Dinge, die Sie nicht kaufen könnten, wären die potenzielle Nachfrage.

3.4 Güter

Güter sind Mittel (Instrumente), um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Nur in den seltensten Fällen stehen die Güter zur Bedürfnisbefriedigung von Natur aus zur Verfügung. Solche Güter, die von Natur aus zur Produktion oder Konsumtion zur Verfügung stehen, werden als freie Güter bezeichnet.

Freie Güter sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Sie

- sind von Natur aus konsumreif,
- sind reichlich vorhanden, sodass die vorhandenen Bedürfnisse befriedigt werden können,
- können/müssen nicht produziert werden,
- verursachen keine Kosten,
- haben keinen Preis,
- sind nicht Gegenstand des Wirtschaftens.

Beispiele für freie Güter sind Sonnenlicht, Wind, Regen, Meerwasser.

An diesen Beispielen können Sie erkennen, dass es von den äußeren Rahmenbedingungen abhängig ist, ob ein bestimmtes Gut als freies Gut angesehen werden kann. Beispielsweise wünschen sich die Menschen in vielen Regionen der Erde mehr Regen, z.B. in Wüstengebieten. Auch kann durch die Umweltverschmutzung ein ehemals freies Gut zu einem knappen Gut werden. Denken Sie etwa an Flusswasser, das aufgrund der Umweltverschmutzung nur noch nach einer aufwendigen Aufbereitung von Menschen genutzt werden kann. Zudem wird in immer stärkerem Maße versucht, freie Güter für wirtschaftliche Zwecke zu nutzen. Beispiele hierfür sind die Energiegewinnung aus Sonnenlicht und Windkraft.

In der Wirtschaftslehre sind die wirtschaftlichen Güter von größerer Bedeutung als die freien Güter. Sie sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Sie sind knapp (in begrenzter Menge vorhanden).
- Sie müssen hergestellt werden.
- Ihre Herstellung verursacht Kosten.
- Sie haben einen Preis.
- Sie sind Gegenstand des Wirtschaftens.

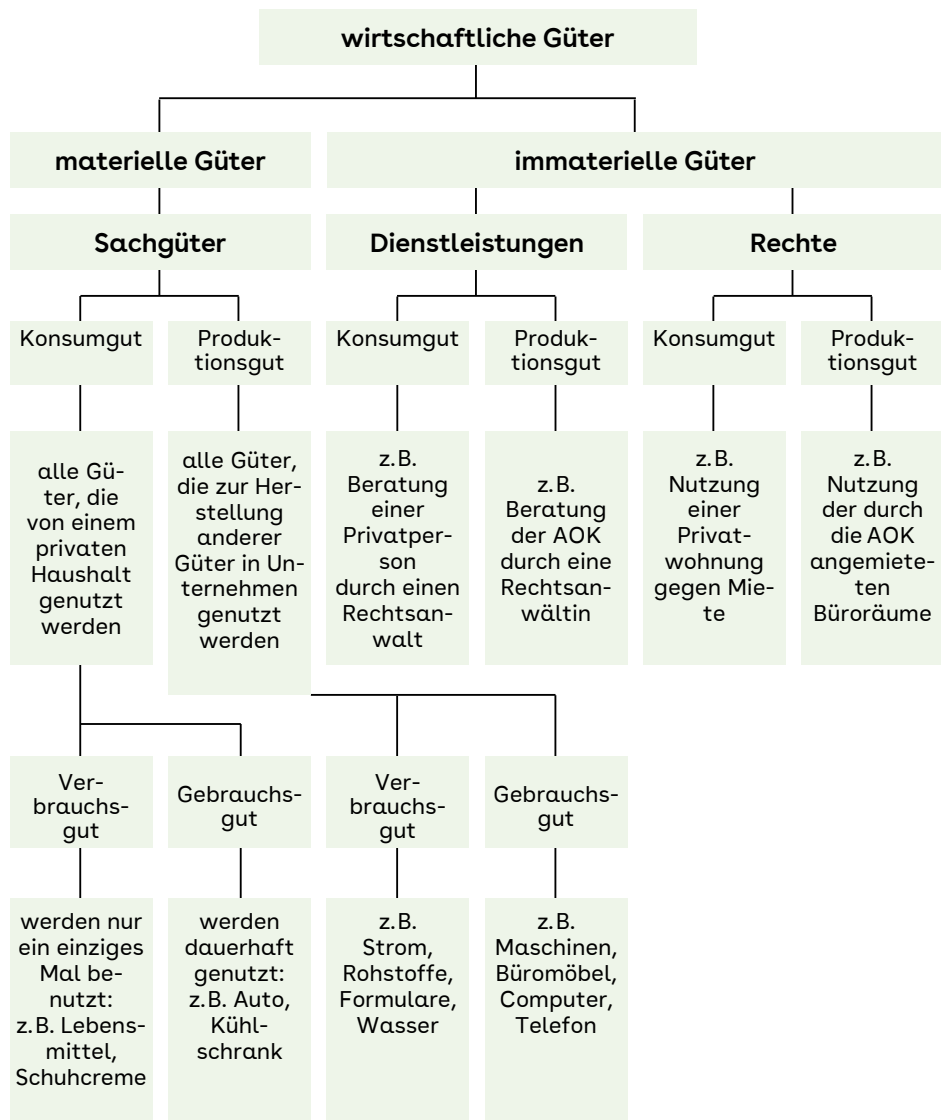
Merke

Zur Befriedigung seiner Bedürfnisse ist der Mensch gezwungen, wirtschaftliche Güter herzustellen.

Die wirtschaftlichen Güter können nach verschiedenen Gesichtspunkten eingeteilt werden:

- nach der Dauerhaftigkeit in Sachgüter (materielle Güter) und in Dienstleistungen bzw. Rechte (immaterielle Güter)
- nach dem Verwendungszweck in Produktions- und Konsumgüter
- nach den Verwendungsmöglichkeiten in Gebrauchs- und Verbrauchsgüter
- nach ihrer Verbundenheit in Substitutions- und Komplementärgüter
- nach ihrer Wertigkeit in inferiore und superiore Güter
- nach der Art des Konsums in private und öffentliche Güter

Die umseitige Übersicht bringt die Einteilungsmerkmale der wirtschaftlichen Güter in einen Zusammenhang:



Einteilung nach der Dauerhaftigkeit

Danach werden Güter in materielle und immaterielle Güter unterteilt. Materielle Güter sind Sachgüter, immaterielle Güter sind u.a. Dienstleistungen. Dienstleistungen können gegenüber Sachgütern mithilfe folgender Merkmale abgegrenzt werden:

- Sie sind nicht stofflich.
- Produktion und Konsum treten gleichzeitig auf. Die Nachfrage nach einer Dienstleistung führt erst zu deren Herstellung.
- Sie sind nicht dauerhaft.
- Sie sind nicht lagerfähig.
- Sie können nicht als Eigentum erworben werden.
- Sie werden individuell erstellt.

In der folgenden Übersicht sind die Leistungen der AOK nach Sachgütern und Dienstleistungen eingeteilt:

Leistungen der AOK	
Sachgüter	Dienstleistungen
z.B.	z.B.
<ul style="list-style-type: none"> • Medikamente • Rollstühle • Bandagen • Verpflegung im Krankenhaus 	<ul style="list-style-type: none"> • ärztliche und zahnärztliche Behandlung • Massagen • Krankengymnastik • Sprachheilbehandlung • Haushaltshilfe • Aufklärung, Auskunft und Beratung der Privat- und Firmenkunden

Merke

Materielle Güter sind Sachgüter. Immaterielle Güter sind Dienstleistungen und Rechte.

Einteilung nach dem Verwendungszweck

Hierbei werden Güter in Produktions- und Konsumgüter unterteilt. Produktionsgüter sind solche, die zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt werden. Güter und Dienstleistungen werden überwiegend in privaten Unternehmen produziert. Typische Beispiele für Produktionsgüter sind: Maschinen, Fabrikgebäude, Computer, Büromöbel usw. Ein weiterer Produzent von Gütern und Dienstleistungen sind die öffentlichen Haushalte, d.h. der Staat. Typische Beispiele für Produktionsgüter in diesem Bereich sind Schul- und Hochschulgebäude sowie Polizeifahrzeuge.

Da die Produktionsgüter zur Herstellung anderer Güter verwendet werden, dienen sie mittelbar der Bedürfnisbefriedigung.

Konsumgüter werden in den privaten Haushalten ge- oder verbraucht. Sie dienen unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung der Menschen. Typische Beispiele für Konsumgüter sind: Lebensmittel, Einrichtungsgegenstände im Haushalt, Möbel für Küche, Schlaf- und Wohnräume usw.

Ob es sich bei einem Gut um ein Konsumgut oder um ein Produktionsgut handelt, hängt von dessen Verwendung im Einzelfall ab. Beispielsweise ist ein Auto ein Produktionsgut, wenn es von einem Taxiunternehmen genutzt wird, um gegen Entgelt Fahrgäste zu befördern. Hingegen wird ein Auto den Konsumgütern zugerechnet, wenn es von einem privaten Haushalt genutzt wird.

Merke

Produktionsgüter sind alle Güter, die direkt oder indirekt für die Produktion im Unternehmen oder in einem öffentlichen Haushalt eingesetzt werden.

Konsumgüter sind alle Güter, die unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung privater Haushalte dienen.

Einteilung nach den Verwendungsmöglichkeiten

Dabei wird für materielle Güter zwischen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern unterschieden. Sowohl Produktions- als auch Konsumgüter können als Gebrauchs- oder Verbrauchsgüter Verwendung finden. Gebrauchsgüter sind dadurch gekennzeichnet, dass sie wiederholt und häufig genutzt werden können. Verbrauchsgüter sind Güter, die nur einmal genutzt werden können. Sie gehen durch Produktion in andere Güter ein oder verschwinden durch Konsum. Die Gebrauchsgüter unter den Produktionsgütern werden auch als Investitionsgüter bezeichnet.

Produktionsgüter

Gebrauchsgüter	Verbrauchsgüter
z.B.	z.B.
Maschinen	Formulare/Papier
Gebäude	Rohstoffe
Büromöbel	Toner
Telefonanlagen	Kugelschreiberminen
Kraftfahrzeuge	
Computer	

Konsumgüter

Gebrauchsgüter	Verbrauchsgüter
z.B.	z.B.
Möbel/ Kraftfahrzeuge	Lebensmittel (Brot, Milch, Kartoffeln usw.)
Telefonapparate	Reinigungsmittel
Küchenherde	(Waschmittel, Seife)
Kühlschränke	
Radios	
Fernsehapparate	
Kleidung	
Schuhe	

Merke

Gebrauchsgüter können wiederholt und häufig genutzt werden, Verbrauchsgüter hingegen nicht. Sie gehen bei der Produktion in andere Güter ein oder verschwinden durch Konsum.

Einteilung nach der Verbundenheit

Hier kann zwischen Substitutions- und Komplementärgütern unterschieden werden. Substitutionsgüter sind solche Güter, die sich gegenseitig ersetzen oder alternativ verwendet werden können und somit den gleichen Nutzen stiften, z.B.:

- Butter und Margarine
- Zucker und Süßstoff
- Öl und Gas

Dies gilt mit Einschränkungen auch für den Krankenversicherungsschutz. Wahlberechtigte Personen können die Mitgliedschaft bei der AOK oder bei einem anderen gesetzlichen Krankenversicherungsträger, wie z.B. BKK, IKK, Ersatzkasse, wählen.

Komplementärgüter sind solche Güter, die sich in der Produktion oder beim Konsum ergänzen bzw. gemeinsam eingesetzt werden müssen, um ein bestimmtes Ergebnis (Ziel) zu erreichen, wie z.B.:

- Tür und Schloss
- Schloss und Schlüssel
- Füller und Tinte
- Inhalationsgerät und Inhalationsmittel

Merke

Substitutive Güter ersetzen einander, während komplementäre Güter sich zueinander ergänzen.

Einteilung nach der Wertigkeit

Gemäß ihrer Wertigkeit werden geringwertige („inferiore“) und höherwertige („superiore“) Güter unterschieden. Häufig werden einfache, unverarbeitete Güter mit inferioren Gütern gleichgesetzt (z.B. Kartoffeln), während besonders aufbereitete bzw. veredelte Güter als superior bezeichnet werden (z.B. Pommes frites). Allerdings ist diese Form der Unterscheidung nicht besonders exakt. Vielmehr handelt es sich bei der Einteilung in geringwertige bzw. höherwertige Güter letztlich um ein Werturteil des einzelnen Menschen, das insbesondere von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig ist.

Um eine möglichst genaue Unterscheidung zu ermöglichen, kann untersucht werden, wie sich das Nachfrageverhalten ändert, wenn das Einkommen eines Haushalts zunimmt. Für ein superiores Gut ist dabei kennzeichnend, dass es bei steigendem Einkommen besonders stark nachgefragt wird. Beispiele für superiore Güter in der heutigen Industriegesellschaft sind Fernreisen, aber auch „Bio“-Nahrungsmittel. Bei inferioren Gütern hingegen steigt die Nachfrage bei einer Einkommenserhöhung nur geringfügig an oder sie geht sogar absolut zurück.

Inferiore Güter sind in aller Regel dadurch gekennzeichnet, dass es ein höherwertiges Substitutionsgut gibt.

Beispiel

Auszubildende und Studierende, die meist ein nur geringes Einkommen haben, übernachten auf Reisen oftmals in Hostels oder in einfachen Pensionen. Wenn nach dem Berufseinstieg das Einkommen steigt, werden diese Personen häufiger in komfortableren Hotels übernachten. In diesem Fall geht bei steigendem Einkommen die Nachfrage nach Übernachtungen in Hostels zurück (inferiores Gut), die Nachfrage nach Übernachtungen in Hotels steigt (superiores Gut).

Einteilung nach der Art des Konsums

Alle Güter und Dienstleistungen, die wir bisher behandelt haben, können als Individualgüter bzw. private Güter bezeichnet werden. Eine besondere Stellung nehmen die öffentlichen Güter ein. Hierbei handelt es sich um Güter, die überwiegend durch öffentliche Haushalte sowie größtenteils unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Bei den **spezifisch öffentlichen** Gütern handelt es sich in aller Regel um Kollektivgüter, also um Güter, die von mehreren Personen gleichzeitig konsumiert werden, ohne dass dadurch der Nutzen für den Einzelnen beeinträchtigt wird. Es besteht somit keine Rivalität im Konsum. Außerdem kann niemand vom Konsum dieser Güter ausgeschlossen werden. Diese Eigenschaft der Nichtausschließbarkeit ist dafür verantwortlich, dass spezifisch öffentliche Güter keinen Marktpreis haben. Folglich findet sich auch kein privater Anbieter, der das entsprechende Gut produziert. Demgegenüber kann der Staat die Finanzierung des

Angebots über hoheitliche Zwangsabgaben (Steuern) sicherstellen. Typische Beispiele für solche Kollektivgüter sind:

- öffentliche Sicherheit (Polizei, Justiz)
- bestimmte Infrastrukturmaßnahmen (Leuchttürme, Deiche)

Die Entscheidung, ob ein Gut als öffentliches Gut angeboten wird, ist nicht zuletzt von politischen Entscheidungen sowie den jeweiligen technischen Möglichkeiten abhängig. Beispielsweise ist die Benutzung von Autobahnen in vielen Ländern generell gebührenpflichtig. In Deutschland hingegen können Pkw die Autobahnen (derzeit noch) ohne ein spezielles Entgelt nutzen, während für Lkw ein satellitengestütztes Mautsystem eingesetzt wird.

Zusätzlich zu den spezifisch öffentlichen und den rein privaten Gütern lassen sich zwei Mischformen unterscheiden. Hierbei handelt es sich um das Allmendegut und das Klubgut. Bei Allmendegütern (benannt nach gemeinschaftlich genutzten Weideflächen) kann das Ausschlussprinzip nicht angewendet werden, es besteht jedoch – zumindest ab einer Kapazitätsgrenze – Rivalität im Konsum. Ein Beispiel für Allmendegüter sind Ortsstraßen, die zwar jedes Fahrzeug grundsätzlich frei nutzen kann, bei denen es aber bei einer zu großen Zahl an Fahrzeugen zu Staus kommt. Bei den Klubgütern besteht zwar keine Rivalität im Konsum, dafür ist das Ausschlussprinzip anwendbar. Ein Beispiel ist der Besuch einer Sportveranstaltung in einem Stadion. Das Stadion kann nur mit einer Eintrittskarte betreten werden, bis zum Erreichen der Kapazitätsgrenze des Stadions herrscht jedoch keine Rivalität im Konsum.

Von den öffentlichen Gütern zu unterscheiden sind die meritorischen Güter. Die meritorischen Güter zeichnen sich dadurch aus, dass sie – gemessen am gesellschaftlich wünschenswerten Versorgungsgrad – nicht in ausreichendem Maß nachgefragt werden. Als Konsequenz ergibt sich daraus, dass der Staat gezielte Unterstützungsmaßnahmen ergreift, um die Nachfrage nach solchen Gütern anzukurbeln. Die Krankenversicherung gehört zu den meritorischen Gütern, weil Menschen in jungen bzw. gesunden Jahren häufig späteren Erkrankungen zu geringer Bedeutung beimessen und keinen oder nur einen unzureichenden Umfang an KV-Leistungen nachfragen würden. Um allen Personen einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz zu gewähren, ist vom Gesetzgeber die Versicherungspflicht verankert worden.

Neben der Möglichkeit eines Konsumzwangs gibt es meritorische Güter, bei denen die Inanspruchnahme grundsätzlich freiwillig ist, der Staat jedoch gezielt Unterstützungsmaßnahmen ergreift. So werden umweltfreundliche Produkte finanziell gefördert (Energiesparmaßnahmen für Häuser und Wohnungen) oder der Staat wirbt für bestimmte Verhaltensweisen, beispielsweise eine gesundheitsbewusste Ernährung.

Weitere Beispiele für meritorische Güter sind:

- Gesundheitsvorsorge
- Schulausbildung
- Kultur

Im Gegensatz dazu steht das demeritorische Gut, welches keinen gesellschaftlichen Nutzen hat, evtl. sogar Schäden verursacht und trotzdem nachgefragt wird. Um diese Nachfrage zu drosseln, wird das Gut verboten („harte“ Drogen, Waffen) oder durch Steuern der Preis angehoben und somit die Nachfrage gedrosselt (Tabak, Alkohol etc.).

Merke

Kollektivgüter sind Güter und Dienstleistungen, die überwiegend durch öffentliche Haushalte (Staat) sowie größtenteils unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Alle anderen Güter und Dienstleistungen nennt man Individualgüter bzw. private Güter. Zudem existieren Mischformen.

3.5 Ökonomisches Prinzip

3.5.1 Grundlagen

Das ökonomische Prinzip gilt als Grundprinzip wirtschaftlichen Handelns der Menschen. Es beschreibt die Möglichkeiten, wie die begrenzten Mittel wirtschaftlich optimal eingesetzt und verwendet werden können. Das ökonomische Prinzip ist ein reines Formalprinzip, das nichts über die Beweggründe oder die Zielsetzungen derjenigen aussagt, die wirtschaftlich handeln. So kann z.B. ein Unternehmer danach handeln, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen, während ein anderer Unternehmer danach strebt, wirtschaftliche Macht zu erhalten, und wieder ein anderer das Ziel der optimalen Güterversorgung der Bevölkerung anstrebt.

Das ökonomische Prinzip besagt ganz allgemein, dass Aufwand bzw. Mittelausatz und Leistung in einem möglichst günstigen Verhältnis zueinander stehen sollen.

Dieses Prinzip hat zwei Ausprägungsformen, nämlich

- das Minimal-/Minimum-Prinzip und
- das Maximal-/Maximum-Prinzip (vgl. untenstehendes Schaubild).

§ 12 Abs. 1, § 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, § 4 Abs. 4, § 70 Abs. 1 Satz 2 SGB V Auch die AOK als Teil der gesetzlichen Krankenversicherung ist aufgefordert, wirtschaftlich zu handeln. Wir finden im SGB V eine ganze Reihe von Vorschriften, die besagen, dass in der GKV wirtschaftlich gehandelt werden soll.

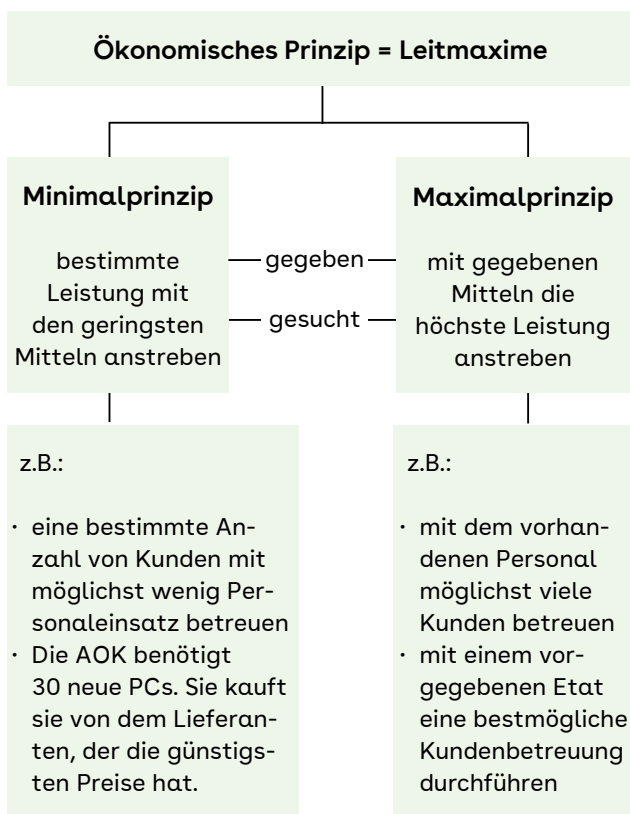
Merke

Das ökonomische Prinzip ist das Grundprinzip wirtschaftlichen Handelns. Es tritt in zwei Ausprägungsformen auf:

1. Minimalprinzip
2. Maximalprinzip

Obwohl das ökonomische Prinzip die zentrale Grundlage wirtschaftlichen Handelns ist, kann man nicht davon ausgehen, dass sich alle Menschen stets nach diesem Prinzip richten. Häufig handeln Menschen spontan bzw. emotional, ohne weiter über die Folgen ihres Handelns oder mögliche Alternativen nachzudenken. Auch die Beeinflussung durch die soziale Umwelt (einschließlich Werbung) kann eine Orientierung am ökonomischen Prinzip verhindern.

Mitunter wird zudem darauf hingewiesen, dass eine fehlende Marktübersicht oder die Bequemlichkeit der Menschen sie davon abhalten kann, nach dem ökonomischen Prinzip zu handeln. Der Verzicht, sich über alle infrage kommenden Angebote zu informieren, kann aber auch als ökonomisches Handeln interpretiert werden, beispielsweise in den Fällen, in denen die Informationsbeschaffung – gemessen am Preis des nachgefragten Guts – relativ aufwendig ist.



3.5.2 Ökonomisches Prinzip unter Einbeziehung der Ökologie

Zu Beginn dieses Lernbriefs haben wir dargestellt, dass bei der Produktion Rohstoffe aus der natürlichen Umwelt entnommen werden und die Umwelt auch als Aufnahmemedium für Abfälle genutzt wird. Diese beiden Vorgänge haben im Laufe der Zeit zu immer größeren Umweltbelastungen geführt. Zum einen sind Rohstoffe nur in begrenzter Menge vorhanden (z.B. Erdöl, Kohle) und es ist absehbar, dass die Vorräte in einigen Jahrzehnten erschöpft sein werden. Zum anderen kann die Umwelt nur eine begrenzte Menge an Abfällen aufnehmen, ohne dabei Schaden zu nehmen.

In der Vergangenheit ist die Belastung der Umwelt immer weiter gestiegen. Als Ursache kann zum einen die Bevölkerungs- und Wohlstandsentwicklung angeführt werden. Im Jahr 1950 lebten „nur“ rund zwei Mrd. Menschen auf der Erde. Im Jahr 1980 waren es bereits vier Mrd. und aktuell beträgt die Weltbevölkerung über sieben Mrd. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass im Jahr 2050 rund 9,7 Mrd. Menschen auf der Erde leben werden. Mit der zunehmenden Bevölkerung geht eine erhöhte Umweltbelastung einher. Auch die starke Zunahme des Wohlstands in vielen Teilen der Erde hat zu einem stark ansteigenden Rohstoffverbrauch und wachsenden Umweltbelastungen geführt.

Zum anderen sind die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens für die Zunahme der Umweltbelastungen verantwortlich. Ein Unternehmen, das nach dem ökonomischen Prinzip handelt, wird die bei der Produktion eingesetzten Rohstoffe möglichst sparsam verwenden, um dadurch Kosten zu vermeiden. Der Anreiz zum sparsamen

Umgang mit Rohstoffen fehlt hingegen, wenn es sich um freie Güter handelt, für die kein Preis zu entrichten ist. Dies galt in der Vergangenheit insbesondere für die Nutzung der Umwelt als Aufnahmemedium für Abfallstoffe, sodass Unternehmen (und Haushalte) beispielsweise Abwässer ungeklärt in Flüsse und Meere leiteten oder Abfälle irgendwo in der Landschaft deponierten.

Mittlerweile hat man in den meisten Staaten erkannt, dass die Umweltinanspruchnahme begrenzt und nach Möglichkeit sogar verringert werden muss. Die Staaten haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, damit auch mit der natürlichen Umwelt „wirtschaftlich“ (im Sinne von schonend und sparsam) umgegangen wird. Beispielsweise wurden Umweltschutzvorschriften erlassen oder die Nutzung der Umwelt mit einer Steuer belegt, sodass die Verursacher einen Anreiz haben, die Inanspruchnahme der Umwelt zu verringern. Im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 3“ beschäftigen wir uns ausführlich mit den betrieblichen und staatlichen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt.

Merke

Die wirtschaftliche Entwicklung hat zu einer zunehmenden Belastung der Umwelt geführt, da die Umwelt als ein freies Gut angesehen wurde. Durch staatliche Maßnahmen sowie durch ein umweltbewusstes Verhalten von Unternehmen und Haushalten kann dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

3.6 Wirtschaftliche Grundfragen

In jeder Volkswirtschaft müssen zentrale wirtschaftliche Fragen entschieden werden, und zwar:

- Was soll produziert werden?
- Wie viel soll produziert werden?
- Wie und wo soll produziert werden?
- Für wen soll produziert werden?

Die Frage nach dem „Was“ beinhaltet, welche Güter und welche Dienstleistungen produziert werden sollen. Mit der Was-Frage ist die Wie viel-Frage verbunden, also die Frage nach den zu produzierenden Mengen der einzelnen Güter und Dienstleistungen.

Die Wie-Frage verlangt die Antwort, in welchen Produktionsstätten (Klein-, Mittel- oder Großbetriebe), mit welcher Technik und an welchen Standorten (Wo?) die Güter und Dienstleistungen hergestellt werden sollen.

Die Frage „Für wen soll produziert werden?“ bedeutet, nach der Verteilung der hergestellten Güter und Dienstleistungen zu fragen. Zu entscheiden ist in der Volkswirtschaft über die Verteilung der jährlich hergestellten Güter und Dienstleistungen an die verschiedenen Wirtschaftssubjekte. Hierfür kommen

- das Leistungs- oder
- das Bedürfnigkeitsprinzip

infrage.

Nach dem Leistungsprinzip werden die hergestellten Güter und Dienstleistungen aufgrund des produktiven Beitrags der Wirtschaftssubjekte verteilt mit dem Ergebnis, dass diejenigen, die ein hohes Einkommen erzielen, auch viele Güter und Dienstleistungen erhalten, und diejenigen, die ein geringes Einkommen erzielen, dementsprechend weniger Güter und Dienstleistungen erhalten können.

Die produzierten Güter und Dienstleistungen könnten auch gleichmäßig auf die am Wirtschaftsprozess beteiligten Menschen oder nach der Bedürftigkeit verteilt werden. Wenn jedoch die Verteilung der Güter unabhängig von den Beiträgen der einzelnen Menschen im Produktionsprozess erfolgt, so sinken die Anreize, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

In einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung werden die hergestellten Güter und Dienstleistungen überwiegend nach dem Kriterium der Leistung verteilt, wobei diese Verteilung durch die Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte teilweise korrigiert wird.

Die zentralen ökonomischen Sachfragen

1. Was produzieren?

- Sachgüter oder/und Dienstleistungen
- Produktionsgüter oder/und Konsumgüter
- Güter für den privaten Bedarf oder/und Güter für den öffentlichen Bedarf

2. Wie viel produzieren?

- Sachgüter/Dienstleistungen
- Produktionsgüter/Konsumgüter
- Güter für den privaten/öffentlichen Verbrauch

3. Wie und wo produzieren?

- in handwerklicher Einzelfertigung
- in industrieller Massenfertigung
- bei privatem Produktionsmitteleigentum
- bei öffentlichem Produktionsmitteleigentum

4. Für wen produzieren?

- für den privaten Verbrauch
- für den öffentlichen Verbrauch
- Verteilung „nach Leistung“
- Verteilung „nach Bedürfnissen“
- Verteilung sowohl „nach Leistung“ als auch „nach Bedürfnissen“

Merke

In jeder Volkswirtschaft ist die Frage nach den vier „W“ zu klären, d.h., was, wie viel, wie und wo sowie für wen soll produziert werden?

3.7 Übungen zum Lernabschnitt 3

Übung 1

Erläutern Sie den Begriff „Wirtschaften“, und nennen Sie die Bestandteile des Wirtschaftsprozesses.

Übung 2

Unterscheiden Sie die menschlichen Bedürfnisse nach der Dringlichkeit. Geben Sie auch jeweils ein Beispiel an.

Übung 3

Nennen Sie fünf Faktoren, die die menschlichen Bedürfnisse beeinflussen.

Übung 4

Nennen Sie vier Gesichtspunkte, nach denen menschliche Bedürfnisse eingeteilt werden können.

Übung 5

Erläutern Sie, welche grundsätzliche Unterstellung im Verhältnis von Bedürfnissen und Gütern in der Wirtschaftslehre gemacht wird.

Übung 6

Nennen Sie die Merkmale, die freie und wirtschaftliche Güter haben.

Übung 7

Nennen Sie drei Beispiele für freie Güter.

Übung 8

Erläutern Sie, ob es sich bei den folgenden Gütern um spezifisch öffentliche Güter, um private Güter oder um eine Mischform zwischen diesen beiden Güterarten handelt:

- Hochwasserschutz durch einen Deich
- Bananen
- Haarschnitt in einem Haarsalon
- Training in einem Sportverein
- Besuch eines öffentlichen Parks
- Empfang eines Fernsehprogramms

Übung 9

Nennen Sie stichwortartig, durch welche Merkmale sich Sachgüter und Dienstleistungen unterscheiden.

Übung 10

Nennen Sie jeweils drei Beispiele für Sachgüter und Dienstleistungen aus dem Leistungskatalog der AOK.

Übung 11

Entscheiden Sie bei den folgenden Beispielen, um welche Güterart (Sachgüter, Dienstleistungen, Konsumgut, Produktionsgut, Verbrauchsgut, Gebrauchsgut) es sich handelt:

- privater Personenkraftwagen
- Brille
- Beratung bei einem Rechtsanwalt
- Benzin
- zahnärztliche Behandlung
- Taschenrechner in der AOK
- Brot
- Arbeitsleistung einer Sozialversicherungsfachangestellten

Übung 12

Beschreiben Sie, warum der Krankenversicherungsschutz in der GKV ein meritorisches Gut ist.

Übung 13

Erläutern Sie die beiden Ausprägungsformen des ökonomischen Prinzips. Geben Sie auch jeweils ein Beispiel aus dem Bereich der AOK an.

Übung 14

Nennen Sie drei Vorschriften (Paragrafen) aus dem SGB V, nach denen die AOK aufgefordert wird, wirtschaftlich zu handeln.

Übung 15

Erläutern Sie, warum die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten zu zunehmenden Umweltbelastungen geführt hat.

4 Wirtschaftsordnungen als Steuerungssysteme der Wirtschaft

Wirtschaftsordnungen sind Handlungsmodelle eines Staats, die einen ordnungspolitischen Rahmen für die gesamte Wirtschaft darstellen und nach denen sich diese ausrichtet und ausrichten muss. Die Wirtschaftsordnung bestimmt damit u.a. den Umfang der staatlichen Einflussnahme, die Verteilung des Eigentums und die Handlungsfreiheit des Einzelnen.

4.1 Historischer Hintergrund

Menschen in weit zurückliegenden Jahrhunderten betrieben eine familiäre Agrarwirtschaft und hatten nur einen sehr losen Kontakt zu anderen Familien. Sie sorgten dafür, dass Existenzbedürfnisse befriedigt werden konnten, indem sie Ackerbau und Viehzucht betrieben. Güter, die sie nicht selbst herstellen konnten, wurden durch Tausch erworben. Für das Zusammenleben genügten einfache, durch Erfahrung gewonnene Regeln. Im Laufe der zunehmenden Arbeitsteilung und beruflichen Spezialisierung mussten die Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders verfeinert und die wirtschaftlichen Beziehungen intensiviert werden.

In heutigen arbeitsteiligen Volkswirtschaften sind umfassende politische Ordnungsformen erforderlich, die die wirtschaftliche Kooperation effizient gestalten. Die Notwendigkeit eines ordnungspolitischen Rahmens lässt sich auch aus der relativen Knappheit wirtschaftlicher Güter ableiten. In diesem Zusammenhang sind die bereits erläuterten, vier wirtschaftlichen Grundfragen zu beantworten.

Diese Fragen können aber nicht nur vor dem wirtschaftlichen Hintergrund betrachtet werden, sondern es sind auch kulturelle, soziale und politische Aspekte zu berücksichtigen, d.h. die Gesellschaftsordnung und die Wirtschaftsordnung eines Landes stehen in einem engen Zusammenhang miteinander.

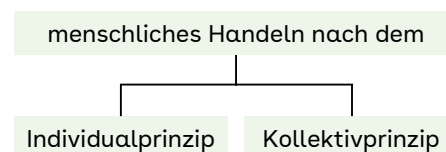
Um diesen Sachverhalt zu präzisieren, kann man sagen, dass die Wirtschaftsordnung ein wichtiger Teil der Gesellschaftsordnung ist und von dieser entscheidend beeinflusst wird.

Die Gesellschaftsordnung regelt das gesamte Miteinander der Menschen. Die Wirtschaftsordnung hat indes die Aufgabe, den Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Natur, Kapital, vgl. Punkt 5 dieses Lernbriefs) und die Verteilung der Güter so zu gestalten, dass die Bedürfnisse der Menschen mit den knappen Gütern optimal befriedigt werden.

Merke

Die Wirtschaftsordnung ist ein elementarer Bestandteil der Gesellschaftsordnung und wird von dieser entscheidend beeinflusst.

Das menschliche Handeln lässt sich grundsätzlich in zwei Prinzipien einteilen:



Stellt man die Freiheit des Individuums gegenüber der Gesellschaft in den Vordergrund, spricht man vom Individualprinzip.

Räumt man jedoch der Gesellschaft gegenüber dem Individuum den höheren Wert ein, spricht man vom Kollektivprinzip.

Beide Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens wurden im 18. Jahrhundert vertieft analysiert und führten zu unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen.

Das Individualprinzip hat seine geistigen Wurzeln im Liberalismus, der als politische und wirtschaftliche Bewegung gegen den Absolutismus (uneingeschränkte Herrschaft eines Monarchen) entstand.

Der Kerngedanke des Liberalismus besagt, dass die Menschen auch ohne Befehle ihr Zusammenleben gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Art selbstständig organisieren können. Die Vernunft und die Freiheit des Individuums stehen im Mittelpunkt jedes Handelns. Die Väter dieses Prinzips waren u.a. Adam Smith (* 1723 – † 1790), David Ricardo (* 1772 – † 1823), Jean Baptiste Say (* 1767 – † 1832) und John Stuart Mill (* 1806 – † 1873). Die Anwendung des Individualprinzips auf die Wirtschaft führt zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung (vgl. Punkt 4.3.1 dieses Lernbriefs).

Das Kollektivprinzip weist dem Individuum eine untergeordnete Rolle gegenüber der Gesellschaft zu. Dieses Prinzip wurde u.a. entwickelt von Henri Saint-Simon (* 1760 – † 1825) und Louis Blanc (* 1811 – † 1882). Präzisiert wurde der Ansatz von Friedrich Engels (* 1820 – † 1895) und Karl Marx (* 1818 – † 1883), denen es um die Lösung der sozialen Frage ging.

Nach ihrer Theorie führt der Gegensatz zwischen dem Proletariat und den Kapitalisten zu einem permanenten Klassenkampf, der nur durch die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln aufgehoben werden könne. Am Ende der Gedankenkette steht die Forderung, dass der Staat als Zentralinstanz alle wirtschaftlichen Tätigkeiten kontrolliert. Die Anwendung des Kollektivprinzips auf die Wirtschaft führt zu einem System der Zentralverwaltungswirtschaft (vgl. Punkt 4.3.2 dieses Lernbriefs).

Merke

Die Übertragung des Individualprinzips auf die Wirtschaft führt grundsätzlich zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Wird hingegen das Kollektivprinzip auf die Wirtschaft übertragen, führt dies grundsätzlich zum System der Zentralverwaltungswirtschaft.

4.2 Grundelemente von Wirtschaftsordnungen

Aus dem Individual- und dem Kollektivprinzip kristallisieren sich einige Grundelemente heraus, die für die unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen von Bedeutung sind. Sie charakterisieren in ihrer jeweiligen Ausprägungsform die entsprechenden Wirtschaftsordnungen.

Als wichtigste Elemente sind zu nennen:

- die Freiheit der Wirtschaftssubjekte
- das Eigentum an Produktionsmitteln
- die Rolle des Staates
- Koordinationsinstrumente
- Leistungsanreize

Beide Grundentwürfe für Gesellschaftsordnungen haben das gleiche Ziel: die bestmögliche Versorgung der Menschen in der Volkswirtschaft mit Gütern.

4.3 Idealtypische Wirtschaftsordnungen

Die „freie Marktwirtschaft“ und die „reine Zentralverwaltungswirtschaft“ sind volkswirtschaftliche Modelle, die es in der Realität nicht gibt. Sie dienen aber dazu, die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme zu charakterisieren und gegeneinander abzugrenzen. Der Begriff „idealtypisch“ bedeutet dabei nicht, dass es sich um eine bestmögliche oder vorbildliche Wirtschaftsordnung handelt. Gemeint ist eine theoretische „Reinform“.

4.3.1 Freie Marktwirtschaft

In der freien Marktwirtschaft gilt die Freiheit der Wirtschaftssubjekte (Individualprinzip) als oberster Grundsatz. Diese Freiheit hat folgende Ausprägungen:

- jeder Mensch kann frei entscheiden, welche Verträge er abschließen will.
- Jeder Mensch kann beliebige Güter nach eigener Wahl kaufen.
- Jeder Mensch hat freie Berufswahl.
- Jeder Mensch kann Eigentum an Produktionsmitteln erwerben („Kapitalismus“).
- Jeder Mensch kann einen Gewerbebetrieb gründen.
- Jeder Mensch kann frei entscheiden, ob, wo und wie er arbeiten will.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln soll den Wirtschaftssubjekten persönliche Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Freiraum ermöglichen. Die Unabhängigkeit ist aber nur gewährleistet, wenn das Eigentum an Produktionsmitteln breit gestreut ist. Die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, stellt für alle Wirtschaftssubjekte einen starken Anreiz dar, der sich in dem Streben nach Maximierung des Gewinns oder des Nutzens äußert. Das wiederum führt zu einem starken Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssubjekten. Um ihren Gewinn bzw. ihren Nutzen zu maximieren, erstellen die Unternehmen ihre Absatzpläne und die privaten Haushalte ihre Konsumpläne selbstständig und unabhängig voneinander. Deshalb spricht man auch von einer „Mehrplanwirtschaft“.

Die ungleichen Zielsetzungen der Unternehmen und der privaten Haushalte werden durch den Marktpreismechanismus über den Preis, der sich hier am Markt frei bildet, ausgeglichen. Der Preis zu dem sich Angebot und Nachfrage am Markt entsprechen, heißt Gleichgewichtspreis. Er informiert Anbieter und Nachfrager über die Knappheit des entsprechenden Guts. Ein hoher Gleichgewichtspreis bedeutet, dass das Gut auf dem Markt relativ knapp ist, während ein niedriger Gleichgewichtspreis signalisiert, dass das Gut in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Näheres zur „Signalfunktion des Gleichgewichtspreises“ erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 3“. Damit hat der Preis eine Informationsfunktion. Zusätzlich hat er aber auch eine Sanktionsfunktion, die dazu führt, dass Wirtschaftssubjekte belohnt werden, wenn sie „richtig“ handeln, und bestraft werden, wenn sie „unrichtig“ handeln. So

werden z.B. Anbieter, die ihre Produkte oberhalb des Gleichgewichtspreises anbieten, aus dem Markt ausscheiden. Anbieter, die bei steigender Nachfrage ihre Produktion rechtzeitig erhöhen, werden mit zusätzlichem Gewinn belohnt. Nachfrager, die bei steigenden Preisen auf ein Substitutionsgut ausweichen, sparen Geld, das sie für andere Zwecke einsetzen können.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates spielen in der freien Marktwirtschaft eine untergeordnete Rolle, da die volkswirtschaftlichen Ziele über den Markt erreicht werden. Durch die Güterpreise und die Preise bzw. Entgelte für die Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital), die sich frei auf dem Markt bilden, schafft sich jedes Angebot seine Nachfrage. Damit beschränkt sich die Aufgabe des Staates auf die Schaffung und Einhaltung der Rahmenbedingungen, die die Freiheit der Wirtschaftssubjekte nach dem Individualprinzip garantieren. Außerdem muss er die innere und äußere Sicherheit aufrechterhalten und den erforderlichen Kollektivbedarf (z.B. Gesundheitswesen, Schulwesen und Rechtswesen) decken. Darüber hinaus sollte der Staat im Rahmen der freien Marktwirtschaft nicht in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. Deshalb wird die Rolle des Staates in der freien Marktwirtschaft – und mit kritischem Unterton – häufig auch mit dem Begriff „Nachtwächterstaat“ umschrieben.

Vorteile der freien Marktwirtschaft

Die Menschen genießen bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten absolute Freiheit, sofern sie nicht gegen Gesetze verstoßen, die die Rechte anderer schützen. Dadurch bestehen große Leistungsanreize, indem Unternehmen und private Haushalte ihren Gewinn oder Nutzen individuell steigern können. Dies trägt auch dazu bei, dass die technische und wirtschaftliche Entwicklung große Impulse erfährt.

Nachteile der freien Marktwirtschaft

Der starke Wettbewerb auf dem Markt führt dazu, dass Anbieter, die nicht mehr konkurrenzfähig sind, aus dem Markt ausscheiden, was eine zunehmende Konzentration der verbleibenden Anbieter zur Folge haben kann. Dies führt zu einer Ungleichverteilung des Vermögens und damit zu Abhängigkeiten entsprechend der Vermögensverteilung. Allerdings bietet sich in der freien Marktwirtschaft auch die Möglichkeit, dass neue Anbieter auf den Markt treten (Prinzip der offenen Märkte) und die Marktposition der etablierten Anbieter gefährden.

Da die Einkommen über den Markt nach Leistung verteilt werden, sind diejenigen, die an diesem Leistungswettbewerb nicht teilnehmen können, benachteiligt (z.B. behinderte Menschen). Einkommen und Vermögen sind ungleich verteilt. Daher haben die Benachteiligten keine Möglichkeit, auf die Produktion über ihr Nachfrageverhalten Einfluss zu nehmen. Auch die Güterverteilung erfolgt über den Markt. Entsprechend dem Marktpreismechanismus haben knappe Güter einen hohen Preis. Diese Güter können sich dann Teile der Bevölkerung nicht mehr leisten, was im Extremfall zu einer Art „Klassengesellschaft“ führt.

Obwohl dieses Wirtschaftssystem zum Gleichgewicht tendiert, wird auch die freie Marktwirtschaft immer wieder durch Krisen (z.B. Wirtschaftsflouten, Arbeitslosigkeit und Inflation) erschüttert. Da der Staat nicht korrigierend und schützend eingreift, treffen diese Entwicklungen einige Wirtschaftssubjekte besonders hart.

Merke

Zusammenfassend gilt in der freien Marktwirtschaft:

- Alle Wirtschaftssubjekte genießen innerhalb des bestehenden Ordnungsrahmens absolute Freiheit.
- Sie können Eigentum an Produktionsmitteln erwerben.
- Sie erstellen unabhängig voneinander ihre Wirtschaftspläne.
- Der Markt koordiniert diese Pläne über den Gleichgewichtspreis.
- Die Güterverteilung und die Entlohnung erfolgen über den Markt.

4.3.2 Zentralverwaltungs-wirtschaft

In der Zentralverwaltungswirtschaft hat das Individuum eine untergeordnete und dienende Funktion gegenüber der Gesellschaft. Damit ist die Freiheit des Einzelnen erheblich eingeschränkt. Es gibt keine freie Berufswahl, keine freie Wahl des Arbeitsplatzes und keine Gewerbefreiheit. Das Eigentum an Produktionsmitteln befindet sich grundsätzlich in der Hand der Gesellschaft bzw. des Staats („Sozialismus“). Damit geht in der Zentralverwaltungswirtschaft ein entscheidender Anreiz für die individuelle Aktivität

verloren. Die Wirtschaftssubjekte stellen auch keine Produktionspläne auf, denn die gesamten wirtschaftlichen Aktivitäten werden zentral vom Staat geplant und koordiniert. Deshalb spricht man hierbei auch von einer „Einplanwirtschaft“.

Eine staatliche Plankommission ermittelt die Bedarfe und erstellt daraufhin für alle Bedarfsbereiche des täglichen Lebens Teilpläne, die zu einem Gesamtplan zusammengefasst werden. Die Produktionseinheiten können nicht mehr selbstständig entscheiden, sondern erhalten Vorgaben über Art, Menge und Qualität der zu produzierenden Güter vom Staat, die sie zu erfüllen haben (Plan-Soll).

Eine Abstimmung von Bedarf und Produktion erfolgt nicht auf dem Markt, wo sich Angebot und Nachfrage treffen, sondern mithilfe von Mengengleichgewichten, die die Produktionsziele entsprechend dem von der Planbehörde ermittelten Bedarf festlegen. Da die Preise der Güter autonom vom Staat festgelegt werden, haben sie keine Signal- und Sanktionsfunktion. Entscheidend in diesem Wirtschaftssystem ist die Erfüllung der Pläne. Über die Planerfüllung wacht ein umfangreicher staatlicher Kontrollapparat. Für die Erstellung des gesamten Planwerks benötigt die Zentralinstanz von den einzelnen Wirtschaftssubjekten das erforderliche Datenmaterial. Dieses Datenmaterial wird entsprechend den politischen Zielen geordnet und in eine Rangfolge gebracht. Dabei wird der individuelle Bedarf der Wirtschaftssubjekte den Gesamtzielen der Volkswirtschaft untergeordnet.

Aus den Einzelplänen resultieren Produktionsanweisungen für die Betriebe. Entsprechend den Produktionsplänen werden den Betrieben die Produktionsfaktoren zugewiesen. Die Verteilung der produzierten Güter erfolgt nach politischen Kriterien an die einzelnen Haushalte. Dabei sind die Haushalte zwar grundsätzlich frei in der Verwendung ihres Einkommens. Allerdings sind die Konsummöglichkeiten dadurch begrenzt, dass der Staat zentral festlegt, welche Güter in welcher Menge produziert werden.

Die Aktivitäten des Staats dominieren in der Zentralverwaltungswirtschaft. Alle Wirtschaftssubjekte, wie private Haushalte und Betriebe, müssen sich dem Staat unterordnen (Subordinationsprinzip). Damit legt allein der Staat fest, wie sich eine Volkswirtschaft mittel- und langfristig entwickelt.

Vorteile der Zentralverwaltungswirtschaft

Die Vorteile der Zentralverwaltungswirtschaft werden häufig in einem relativ hohen Maß an (sozialer) Sicherheit gesehen. Die individuellen Einkommens- und Beschäftigungsrisiken sind aufgrund der zentralen Planung gering. Der Staat kann auch dafür sorgen, dass nur geringe Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten bestehen bzw. die Einkommensverteilung gemäß den Bedürfnissen der einzelnen Haushalte erfolgt.

Nachteile der Zentralverwaltungswirtschaft

In der Zentralverwaltungswirtschaft ist die individuelle Freiheit stark begrenzt, da sich der Einzelne den Vorgaben des Staats unterordnen muss. Dabei ist nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Freiheit der Bürger stark eingeschränkt.

Die zentrale Wirtschaftslenkung erfordert einen umfangreichen Verwaltungs- und Kontrollapparat. In modernen Industriegesellschaften lässt sich dieser Planungsprozess bereits aufgrund der Vielzahl der Güter und Dienstleistungen sowie der komplexen Anforderungen des Produktionsprozesses kaum sinnvoll handhaben. Hinzu kommt, dass die Informationsfunktion des Preismechanismus nicht genutzt wird, sodass die zentrale Planungsinstanz keine geeigneten Informationen über die Bedürfnisse der Haushalte hat. Die zwangsläufig auftretenden Fehlplanungen führen zur Verschwendung von Ressourcen und damit zu einer generell geringen Leistungsfähigkeit des Systems. Des Weiteren bestehen aufgrund der Tendenz zur Gleichverteilung der Einkommen nur geringe Leistungsanreize, wodurch unter anderem der technische Fortschritt behindert wird.

Merke

Zusammenfassend gilt in der Zentralverwaltungswirtschaft:

- Alle Wirtschaftssubjekte haben sich der Gesellschaft unterzuordnen.
- Privateigentum an Produktionsmitteln gibt es nicht. Diese sind grundsätzlich in der Hand der Gesellschaft.
- Der Staat definiert den Bedarf und legt die Produktionsziele fest.
- Der Staat legt die Faktorkombinationen fest.
- Der Staat legt die Preise der Güter fest.
- Der Staat entscheidet über die Einkommensverteilung.

Zu Beginn von Pkt. 4 dieses Lernbriefs haben wir darauf hingewiesen, dass die Wirtschafts- und die Gesellschaftsordnung eng miteinander verbunden sind. Für Marktwirtschaften gilt generell, dass zur wirtschaftlichen Freiheit auch die politische Freiheit des Einzelnen gehört, sodass demokratische Staaten nach westlichem Muster in aller Regel als Marktwirtschaften organisiert sind. Umgekehrt ist es schwer vorstellbar, dass der Einzelne zwar keine wirtschaftlichen, wohl aber politische Freiheitsrechte besitzt. Zentralverwaltungswirtschaften waren und sind daher meist in Staaten zu finden, die keine Demokratien im westlichen Sinne sind (früher: Sowjetunion, DDR; heute: Nordkorea).

Es soll an dieser Stelle jedoch auch darauf hingewiesen werden, dass es Abweichungen von dem zuvor beschriebenen Muster gab und gibt. Allerdings waren diese abweichenden Kombinationen von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in aller Regel nicht von Dauer. So gibt es zahlreiche Beispiele für marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften, in denen keine demokratischen Verhältnisse herrschen (z.B. Militärdiktaturen in Südamerika). Allerdings ist davon auszugehen, dass eine wirtschaftlich selbstständige und eigenverantwortlich handelnde Bevölkerung über kurz oder lang auch politische Mitspracherechte einfordern wird. Von besonderem Interesse sind vor diesem Hintergrund die Entwicklungen in der Volksrepublik China, die sich in den vergangenen Jahren immer mehr in Richtung Marktwirtschaft gewandelt, das Einparteiensystem jedoch bislang noch nicht infrage gestellt hat.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen der „freien Marktwirtschaft“ und der „Zentralverwaltungswirtschaft“ sind in der folgenden Tabelle noch einmal zusammenfassend dargestellt:

Wesentliche Merkmale von „freier Marktwirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“ im Vergleich

	freie Marktwirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft
zugrundeliegendes Grundprinzip	Individualprinzip (absolute Freiheit des Einzelnen)	Kollektivprinzip (Unterordnung des Einzelnen unter die Gesellschaft)
Planung der Produktion	dezentral in Unternehmen	zentral durch den Staat mit Planvorgaben für Betriebe
Eigentum an Produktionsmitteln	privat („Kapitalismus“)	kollektiv/staatlich („Sozialismus“)
Abstimmung zwischen Produktion und Verbrauch („Koordinationsmechanismus“)	Märkte mit freier Preisbildung	staatlich festgelegte Preise
Verteilung der Einkommen und Güter	nach Marktleistung	nach politisch festgelegten Kriterien
politisches System	Demokratie	Diktatur

4.4 Wirtschaftsordnungen in der Realität am Beispiel der Sozialen Marktwirtschaft

Die beiden Wirtschaftsordnungen „freie Marktwirtschaft“ und „reine Zentralverwaltungswirtschaft“ sind modellhafte Extreme, die es als real existierende Wirtschaftsordnungen nicht gibt. Als Unterscheidungsmerkmal für reale Wirtschaftsordnungen wird zumeist darauf abgestellt, ob in einer Volkswirtschaft ein zentraler Plan das wirtschaftliche Geschehen dominiert oder ob die Steuerung der Wirtschaft primär dezentral erfolgt.

Im 20. Jahrhundert orientierten sich die demokratischen Staaten in Westeuropa und in Nordamerika am marktwirtschaftlichen Modell. Die Sowjetunion, die Staaten Osteuropas und die

Volksrepublik China folgten hingegen dem Konzept der Zentralverwaltungswirtschaft. Die Unterschiede zum Modell der reinen Zentralverwaltungswirtschaft bestanden etwa darin, dass Privateigentum an Produktionsmitteln in engen Grenzen zulässig war (z.B. Handwerksbetriebe).

In den 1980er Jahren wurden die systemtypischen Mängel der Zentralverwaltungswirtschaften immer offenkundiger und haben wesentlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion sowie zum politischen und wirtschaftlichen Wandel in den osteuropäischen Staaten beigetragen. Heute gibt es nur noch wenige Staaten, die sich am Modell der Zentralverwaltungswirtschaft orientieren.

In den marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften finden sich in den einzelnen Staaten vielfältige Abweichungen vom Modell der „freien Marktwirtschaft“. Beispielsweise können sich bestimmte „Schlüsselindustrien“ ganz oder teilweise in Staatseigentum befinden. Auch greift der Staat auf bestimmten Märkten in den Preismechanismus ein. Hinzu kommen soziale Elemente, die etwa in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft eine zentrale Rolle spielen.

Die Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitische Konzeption

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ kennzeichnet ursprünglich eine wirtschaftspolitische Konzeption, die in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt worden ist. Prominente Vertreter dieser Konzeption waren Alfred Müller-Armack, Franz Böhm, Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow.

Die Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitische Konzeption orientiert sich grundsätzlich am Individualprinzip, befürwortet das Privateigentum an Produktionsmitteln und betont die Leistungsfähigkeit des Marktmechanismus. Gegenüber der „freien Marktwirtschaft“ unterscheidet sich die Soziale Marktwirtschaft insbesondere in zwei Bereichen. Zum einen enthält das Konzept eine wirkungsvolle Politik zum Schutz vor Wettbewerbsbeschränkungen. Durch das Verbot von Kartellen und die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen soll die Ballung wirtschaftlicher Macht und damit auch die Entstehung marktmachtbedingter Einkommen verhindert werden. Zum anderen wird ein sozialer Ausgleich befürwortet, d.h. die Unterstützung bedürftiger Menschen

durch den Staat, insbesondere im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme. In der Sozialen Marktwirtschaft geht es darum, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (Müller-Armack). Für alle Maßnahmen der Wirtschaftspolitik wird zudem gefordert, dass sie dem Kriterium der Marktkonformität entsprechen, d.h., dass sie die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus nicht außer Kraft setzen.

Merke

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft spricht sich grundsätzlich für eine dezentrale Steuerung der Wirtschaft und eine Koordination der Einzelpläne über den Markt aus. Vom Staat wird gefordert, den Marktmechanismus durch eine wirksame Wettbewerbspolitik funktionsfähig zu erhalten und für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Dabei hat er auf die Marktkonformität des Mitteleinsatzes zu achten.

Die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

In der öffentlichen Diskussion wird der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ zumeist mit der in der Bundesrepublik Deutschland realisierten Wirtschaftsordnung gleichgesetzt. Das Grundgesetz (GG) schreibt zwar keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor, es garantiert jedoch eine Reihe von individuellen Freiheiten, u.a.:

- Freiheit der Person (Art. 2 GG)
- Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG)
- Freizügigkeit (Art. 11 GG)

- Berufsfreiheit und freie Wahl des Arbeitsplatzes (Art. 12 GG)
- Schutz des Eigentums (Art. 14 GG)

Folglich ist eine reine Zentralverwaltungswirtschaft nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Gleichzeitig enthält das Grundgesetz eine Reihe von Bestimmungen, die sich vom Modell der reinen Marktwirtschaft abgrenzen. Dazu gehört die Vorgabe, dass der Gebrauch von Eigentum zugleich dem „Wohle der Allgemeinheit dienen“ soll (Art. 14 GG) sowie insbesondere Art. 20 GG, in dem die Grundlagen der staatlichen Ordnung festgelegt werden: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ In Art. 15 GG wird zudem die Möglichkeit einer Vergesellschaftung von Produktiveigentum geschaffen, die jedoch nur gegen eine Entschädigung erfolgen darf.

Merke

Im Grundgesetz wird keine konkrete Wirtschaftsordnung vorgegeben. Allerdings sind weder die Zentralverwaltungswirtschaft noch die reine Marktwirtschaft mit dem Grundgesetz vereinbar.

Innerhalb des vom Grundgesetz vorgegebenen Rahmens bleibt für den Gesetzgeber ein breiter wirtschaftspolitischer Spielraum. Insbesondere in den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland war politisch stark umstritten, welche Rolle der Staat im wirtschaftlichen Geschehen spielen sollte. Eine wesentliche Rolle bei der Durchsetzung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft spielte Ludwig Erhard (Bundeswirtschaftsminister 1949–1963, Bundes-

kanzler 1963–1966), der die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft in der Kurzformel „Wohlstand für alle“ zusammenfasste.

Obwohl sich die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit am marktwirtschaftlichen Modell orientierte, zeigten sich in der Umsetzung auch deutliche Unterschiede zu der in der Wissenschaft entwickelten Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Beispielsweise griff der Staat in bestimmten Wirtschaftssektoren erheblich in den Marktmechanismus ein (z.B. Landwirtschaft, Verkehrswesen) und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) wurde erst einige Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Mehr zum GWB erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 5“.

Die im Marktprozess entstandene Einkommens- und Vermögensverteilung wird in der Sozialen Marktwirtschaft durch vielfältige Maßnahmen des Staats korrigiert. Im Rahmen der Sozialpolitik erfolgt eine Einkommenssicherung für diejenigen Menschen, die wegen Alter, Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit nicht in der Lage sind, ein ausreichendes Einkommen zu erzielen (Gesetzliche Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung). Dabei ist das Sozialversicherungssystem keine Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft, sondern reicht bis in die Zeit des deutschen Kaiserreichs zurück (Bismarcksche Sozialreform).

Für eine Verringerung der marktbedingten Einkommens- und Vermögensunterschiede sorgen zudem das progressive Steuersystem (die durchschnittliche Steuerbelastung steigt mit zunehmendem Einkommen immer

weiter an – vgl. hierzu Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 2“) sowie weitere Leistungsgesetze (z.B. Sozialhilfe, Wohngeld).

Neben der Umverteilung von Einkommen setzt die Soziale Marktwirtschaft auf die Angleichung von Startchancen. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Bildungspolitik zu, die den Zugang zu Bildungsinstitutionen unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen gewährleisten soll. Diesem Ziel dienen etwa die Schulgeldfreiheit sowie die Leistungen an Studierende gemäß dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG). Hinzu kommen Maßnahmen, die auf eine breitere Streuung des Produktivvermögens abzielen, beispielsweise die Zahlungen nach dem Vermögensbildungsgesetz.

Die Soziale Marktwirtschaft im Wandel

Die ersten Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland waren durch hohe Wachstumsraten und eine spürbare Wohlstandszunahme gekennzeichnet. Seit Mitte der 1950er Jahre wurden die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme in erheblichem Maße ausgebaut. Beispielsweise wurden in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 1957 die Renten dynamisiert, d.h. an die Lohnentwicklung angepasst. Darüber hinaus wurden mit dem Montanmitbestimmungsgesetz (1951) und dem Betriebsverfassungsgesetz (1952) die Rechte der Beschäftigten wesentlich gestärkt.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht als ein starrer Rahmen, sondern als eine anpassungsfähige Grundkonzeption entwickelt worden. So hat sich die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen

Jahrzehnten immer wieder verändert. Ausschlaggebend hierfür waren in der Regel neue Problemstellungen. Mitte der 1960er Jahre war die Bundesrepublik Deutschland erstmals mit geringen Wachstumsraten und einer – für damalige Verhältnisse – hohen Arbeitslosenzahl konfrontiert. Die Wirtschaftspolitik reagierte darauf mit dem Konzept der Globalsteuerung. Zusätzlich zu den bereits beschriebenen Staatsfunktionen wurde dem Staat mit dem Stabilitätsgesetz die Aufgabe zugewiesen, durch eine spezielle Konjunkturpolitik auf die Erreichung der vier Ziele hoher Beschäftigungsstand, Preisniveaustabilität, stetiges und angemessenes Wachstum sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht hinzuwirken. Mehr über das Konzept der Globalsteuerung, dessen wirtschaftspolitische Bedeutung heute wesentlich geringer ist als Mitte der 1960er Jahre, und das im Jahr 1967 beschlossene Stabilitätsgesetz erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 5“.

In den 1980er Jahren wurde die Umweltbelastung zu einem immer größeren Problem. Die Wirtschaftspolitik reagierte hierauf mit einer weiteren Ausdehnung des staatlichen Aufgabenbereichs, der nun auch den Schutz der Umwelt umfasst. Seit 1994 ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel im Grundgesetz festgeschrieben (Art. 20a).

Durch die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 wurde die Bewältigung des Transformationsprozesses (von einer Zentralverwaltungswirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft) zur zentralen wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung. Im Einigungsvertrag, der 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen Deutschen Demokratischen

Republik (DDR) abgeschlossen wurde, wurde die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung für das vereinte Deutschland bestimmt. Im Einigungsvertrag werden hierzu Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung sowie die grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen als charakteristische Merkmale genannt. Die Sozialordnung wird geprägt „durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsmarktordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung“.

Die Umstrukturierung der durch 40 Jahre Zentralverwaltungswirtschaft geprägten Länder Ostdeutschlands auf die Soziale Marktwirtschaft und die Integration der ostdeutschen Wirtschaft in den Weltmarkt stellte eine enorme Herausforderung dar, die auch heute noch nicht vollkommen bewältigt ist. Unter anderem ging (und geht) es um folgende Aufgaben:

- Schaffung eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens und der notwendigen Strukturen, um diesen Ordnungsrahmen umzusetzen (Verwaltungen, Gerichte)
- Privatisierung der zuvor staatseigenen Betriebe
- Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur (Verkehrswege, Telekommunikation)
- Umstrukturierung der stark auf die industrielle Produktion und die Märkte des ehemaligen Ostblocks ausgerichteten Wirtschaft (Ansiedlung neuer Unternehmen, Modernisierung von Produktionsanlagen, Umschulungen und Fortbildungen von Beschäftigten)

Im 21. Jahrhundert stellen der Klimawandel und die damit verbundenen Aufgaben der Umstellung der Energieversorgung („Dekarbonisierung“) sowie der Anpassung an die sich wandelnden klimatischen Rahmenbedingungen eine besondere Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft dar. Auch hier ist oftmals umstritten, wie stark der Staat in die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Wirtschaftssubjekte eingreifen soll (z. B. durch gezielte Verbote bestimmter Angebote und Technologien) oder ob der Staat lediglich die allgemeinen Rahmenbedingungen setzen (insbesondere durch eine „Bepreisung“ von CO₂-Emissionen) und die konkreten Anpassungsschritte den Entscheidungen der dezentralen Einheiten (Unternehmen und Haushalte) überlassen sollte.

Merke

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine anpassungsfähige Konzeption. Wichtige Veränderungen waren die Einführung der Globalsteuerung (Mitte der 1960er Jahre), die Integration des Umweltschutzziels (ab Mitte der 1970er Jahre) sowie die Anpassungen an die Herausforderungen des Transformationsprozesses in Ostdeutschland (ab 1990).

Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung erwiesen. Die marktwirtschaftliche Steuerung hat dazu geführt, dass die Bundesrepublik Deutschland weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen gehört. Gleichzeitig konnte ein hohes Maß an sozialer Si-

cherheit und sozialem Frieden erreicht werden. Ein erheblicher Teil der Wirtschaftskraft wird dafür verwendet, die Menschen umfassend mit öffentlichen Gütern zu versorgen.

Kritische Würdigung der Sozialen Marktwirtschaft

In den über 70 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat es immer wieder Phasen gegeben, in denen die Soziale Marktwirtschaft große Bewährungsproben zu bestehen hatte. Beispielsweise war in den 1970er Jahren das Ziel Preisniveaustabilität über mehrere Jahre hinweg eindeutig verfehlt. Auch wurde die mit dem Wirtschaftswachstum einhergehende Belastung der natürlichen Umwelt immer gravierender. Bei der Bewältigung dieser Probleme hat sich die Soziale Marktwirtschaft als eine anpassungsfähige Wirtschaftsordnung erwiesen. So hat das Umweltschutzziel Eingang in zahlreiche Gesetze und Verordnungen gefunden, was zu einer spürbaren Verbesserung der Umweltqualität führte. Auch die Preisniveaustabilität war über viele Jahre gesichert, wobei die Inflation in den Jahren 2022 und 2023 Rekordwerte erreicht hat.

Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung werden in der Sozialen Marktwirtschaft meist besonders kontrovers diskutiert. Denken Sie beispielsweise an die Tarifaueinordnungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, an die Höhe des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer oder an die seit einigen Jahren nicht mehr erhobene Vermögensteuer. Hierbei ist zu beachten, dass eine Angleichung von Einkommen und Vermögen zwar einerseits von vielen Menschen als gerecht empfunden wird. Andererseits werden jedoch die für das Funktionieren der Marktwirtschaft

wesentlichen Leistungsanreize durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen geschmälert, was sich tendenziell negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Hier liegt ein grundsätzlicher Zielkonflikt vor, der durch staatliche Maßnahmen zwar entschärft, nicht jedoch gelöst werden kann.

Nach wie vor stellt die Arbeitslosigkeit eine große Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft dar. Auch hier werden unterschiedliche Auffassungen vertreten. Während einerseits ein stärkeres staatliches Eingreifen in den Arbeitsmarkt gefordert wird, wird andererseits argumentiert, dass die Arbeitsmarktp Probleme auch auf ein zu starkes Abweichen von der ursprünglichen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen sind. Mehr zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 5“.

4.5 Übungen zum Lernabschnitt 4

Übung 16

Nennen Sie zwei Grundformen von Wirtschaftsordnungen, die sich theoretisch unterscheiden lassen.

Übung 17

Im theoretischen Modell der freien Marktwirtschaft gilt die Freiheit der Wirtschaftssubjekte als oberstes Grundprinzip.

Aufgabe

Nennen Sie stichwortartig jeweils vier Bereiche, in denen private Haushalte und Unternehmen frei entscheiden können.

Übung 18

Erläutern Sie den Grundgedanken, der sich hinter dem Individualprinzip verbirgt.

Übung 19

Erläutern Sie, zu welcher Wirtschaftsordnung das Kollektivprinzip führt.

Übung 20

Begründen Sie, ob die folgenden Aussagen zur Sozialen Marktwirtschaft zutreffend oder unzutreffend sind:

Aussage 1: Das Grundgesetz schreibt vor, dass sich die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ausrichten muss.

Aussage 2: In der Sozialen Marktwirtschaft befinden sich alle Produktionsmittel im Eigentum privater Unternehmen.

Aussage 3: Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als ein flexibles Konzept erwiesen, in dessen Rahmen auch neue Herausforderungen gelöst werden können.

Aussage 4: In der Sozialen Marktwirtschaft kommt es zwangsläufig zu immer größeren Einkommens- und Vermögensunterschieden.

Übung 21

Erläutern Sie, welchen Einfluss der Staat in der freien Marktwirtschaft hat.

Übung 22

Erläutern Sie die Funktion des Staats in der Zentralverwaltungswirtschaft.

Übung 23

Nennen Sie wesentliche Elemente des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft.

Übung 24

Stellen Sie die Unterschiede zwischen freier und Sozialer Marktwirtschaft fest und ergänzen Sie die umseitige Tabelle.

Übung 25

Erläutern Sie, warum es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft um ein für gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen offenes Konzept handelt.

Unterschiede	
Freie Marktwirtschaft	Soziale Marktwirtschaft
Vertragsfreiheit	
Konsumfreiheit	
Berufs- und Arbeitsplatzwahl	
Gewerbe- und Produktionsfreiheit	
Eigentumsverhältnisse	

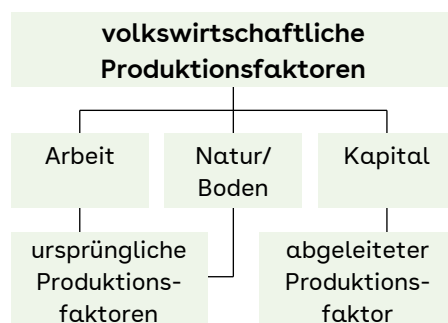
5 Produktionsfaktoren

Unter Produktionsfaktoren versteht man die Grundelemente, mit denen eine Volkswirtschaft für die Güterproduktion ausgestattet ist. Der Bestand an Produktionsfaktoren kann im Zeitablauf mehr oder weniger stark verändert werden. So ist z.B. unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten der Produktionsfaktor Natur/Boden relativ konstant und kann kaum vergrößert werden, während die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital durch eine Bevölkerungszunahme bzw. die Produktion von Investitionsgütern gesteigert werden können.

5.1 Volks- und betriebswirtschaftliche Unterscheidungsmöglichkeiten

Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre nutzen unterschiedliche Konzepte zur Einteilung der Produktionsfaktoren.

Die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren

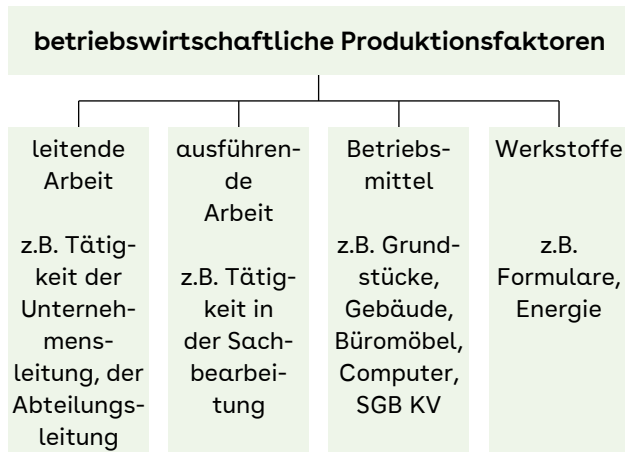


Arbeit und Natur bezeichnet man dabei als ursprüngliche (originäre) Produktionsfaktoren, da sie von Natur aus vorhanden sind. Das Kapital dagegen entsteht erst aus dem Zusammenwirken von Arbeit und/oder Natur. Daher wird es als abgeleiteter (derivativer) Produktionsfaktor bezeichnet.

Die betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren

Die Betriebswirtschaftslehre beschäftigt sich mit wirtschaftlichen Problemen im Betrieb und hat deshalb ein eigenes System zur Einteilung von Produktionsfaktoren entwickelt. Der betriebliche Leistungsprozess erfordert den Einsatz der betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren. Arbeitsleistungen, Betriebsmittel und Werkstoffe sind die Produktionsfaktoren, die im Betrieb zur Leistungserstellung kombiniert werden. Diese Kombination vollzieht sich jedoch nicht von selbst als naturgesetzter Prozess, sondern ist das Ergebnis leitender, planender und organisierender Tätigkeit des Menschen. Die leitenden Tätigkeiten gehören ebenso zum Bereich der menschlichen Arbeitsleistung wie die ausführende Arbeit, z.B. die einer Schreibkraft. Da die gesamte Kombination der Produktionsfaktoren eine leitende Arbeitsleistung darstellt, also ohne leitende Tätigkeit die übrigen Produktionsfaktoren nicht zum sinnvollen wirtschaftlichen Einsatz gelangen können, ist es angebracht, aus dem Faktor menschliche Arbeitskraft die leitende Arbeit als selbstständigen Produktionsfaktor auszugliedern.

Die Betriebswirtschaftslehre unterscheidet folgende Produktionsfaktoren:



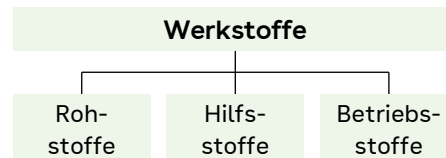
Mit leitender (dispositiver) Arbeit ist die Planung, Organisation, Leitung und Überwachung gemeint. Das sind in aller Regel Tätigkeiten der Unternehmensleitung und der Abteilungsleitung.

Mit ausführender (exekutiver) Arbeit ist die Ausführung der Planung, der Organisation und der leitenden Entscheidungen gemeint. Das sind in aller Regel die Tätigkeiten der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. Allerdings ist diese Trennung in leitende und ausführende Arbeit problematisch, weil sich Leitung und Ausführung in der Praxis nicht immer eindeutig voneinander trennen lassen; zumindest ist der Übergang in den einzelnen Hierarchiestufen fließend.

Betriebsmittel sind die gesamte technische Apparatur, derer sich der Betrieb zur Produktion bedient. Betriebsmittel sind die Gebrauchsgüter im Produktionsprozess.

Unter dem Begriff Werkstoffe werden alle Güter zusammengefasst, aus denen durch Umformung, Substanzänderung oder Einbau neue Güter hergestellt werden. Die Werkstoffe werden in Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unterteilt. Eine Trennung, die jedoch für den Betrieb AOK keinen Erkenntnisgewinn bringt. Werkstoffe sind die Ver-

brauchsgüter im Produktionsprozess, d.h., sie gehen in ihrem ursprünglichen Zustand durch die Produktion unter.



Kommen wir zurück zu den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren.

5.2 Produktionsfaktor Arbeit

Arbeit wird als ursprünglicher (originärer) Produktionsfaktor bezeichnet, obwohl heute in aller Regel Menschen erst nach einer Ausbildung im Produktionsprozess einsetzbar sind und erst dann Erwerbsarbeit leisten können.

Die zur Herstellung von Gütern notwendige Arbeit kann in bezahlter oder unbezahlter Form erfolgen. Mit dem Produktionsfaktor Arbeit ist jede Art körperlicher und geistiger Tätigkeit gemeint, die Einkommen für die Bedarfsdeckung erzielt, also die bezahlte Form der Arbeit. Die andere Form der Arbeit (z.B. Haus- oder Familienarbeit) ist in diesem Sinne kein volkswirtschaftlicher Produktionsfaktor, weil sie ohne Entgelt ausgeführt wird.

Aus Sicht der Wirtschaft ist Arbeit ein Produktionsfaktor, der gegen Entgelt im Produktionsprozess eingesetzt wird. Die Besonderheiten des Arbeitsmarkts werden unter Pkt. 7 dieses Lernbriefs ausführlich behandelt.

Merke

Arbeit im volkswirtschaftlichen Sinn ist definiert als jede geistige und/oder körperliche Arbeit gegen Entgelt.

5.3 Produktionsfaktor Natur

Unter dem Produktionsfaktor Natur werden alle von der Natur zur Verfügung gestellten Hilfsquellen (Ressourcen) verstanden. Zum Produktionsfaktor Natur zählt nicht nur die Erdoberfläche, die zur wirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung steht, sondern auch die Bodenschätze, die Wasserkraft, die Sonnenenergie, das Klima usw.

Auch die Natur wird als ursprünglicher (originärer) Produktionsfaktor bezeichnet, obwohl sie mittlerweile durch die fortschreitende ökonomische Entwicklung eine völlig andere Qualität erhalten hat. Denn durch die Bewirtschaftung ändert sich nicht nur die Qualität des Bodens, sondern dies hat insgesamt Auswirkungen auf Flora, Fauna und Atmosphäre. Zu denken ist hier insbesondere an die durch die wirtschaftliche Entwicklung verursachten Umweltbelastungen, z.B. der Klimawandel, die Belastungen der Flüsse, Seen und übrigen Gewässer, die die Natur als Lebens- und Überlebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen wieder stärker in das Bewusstsein gerückt haben.

Merke

Unter Natur/Boden werden alle von der Natur zur Verfügung gestellten Ressourcen verstanden, die für die Produktion von Gütern genutzt werden können.

Die Natur (z.B. Boden, Luft, Wasser, Sonne) wird im Prozess der Herstellung und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen auf verschiedene Art und Weise genutzt, und zwar

- als direkter Lieferant von Gütern (z.B. Rohstoffe, Energie):

Als Abbaufaktor ist die Natur und insbesondere der Boden deshalb wichtig, weil aus ihm Rohstoffe (z.B. Eisenerz, Kupfer) oder Energie (z.B. Öl, Gas, Wasser) gewonnen werden. In der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hat der Produktionsfaktor Natur als Abbaufaktor nur eine untergeordnete Bedeutung, denn mit Ausnahme von Kohle und Salz ist die Bundesrepublik Deutschland ein rohstoffarmes Land. Auch die Gewinnung von Energie aus der Natur hat bislang nur untergeordnete, aber tendenziell zunehmende Bedeutung (z.B. Wind- und Sonnenenergie).

- als land- und forstwirtschaftliche Nutzungsfläche:

In der Land- und Forstwirtschaft wird die Natur, und hier insbesondere auch der Boden als Anbaufaktor, zum Anbau für Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Obst sowie für Weiden und als Forstfläche genutzt. Die Ertragsfähigkeit des Bodens als landwirtschaftliche Nutzfläche konnte durch Schädlingsbekämpfung, künstliche Düngung, künstliche Bewässerung, besseres Saatgut und besondere Bewirtschaftungsmethoden erhöht werden. Dies allerdings zum Preis einer erhöhten Belastung der Natur (z.B. Nitratbelastung des Grundwassers, Verringerung von Hecken und Hainen)

- als Standort von Unternehmen:

Jedes Unternehmen und jeder Haushalt benötigt ein Stück Erdoberfläche als Standort für seine Aktivitäten. Der Boden als Standortfaktor ist die räumliche Grundlage für die Herstellung von Gütern, für Wohnungen, für Verkehrswege, für Sport- und Freizeit-

anlagen. Besondere wirtschaftliche Bedeutung hat der Produktionsfaktor Boden als Standort bei der Gründung, Erweiterung oder Verlegung von Produktionsstätten. Unternehmen lassen sich bei der Wahl ihres Standorts in erster Linie von den Faktoren leiten, von denen sie am stärksten abhängig sind.

Die Übersicht auf der nächsten Seite gibt einen Überblick über bestimmte Orientierungsmerkmale als Standortfaktoren mit Beispielen.

- als Abnehmer von Produktions- und Konsumrückständen:

Auch als Abnehmer von Produktionsrückständen spielt die Natur eine wichtige Rolle, wenn es keine wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten zur Verwertung von Produktionsrückständen gibt. Solche Produktionsrückstände werden z.B. in bestimmten Lagerstätten – häufig unter Tage – deponiert.

Auch die Umweltmedien Wasser und Luft nehmen Rückstände auf, die bei der Produktion oder beim Konsum entstehen (z.B. Abwasser bzw. Abgase).

Merke

Die Natur (Boden) kann auf verschiedene Art und Weise genutzt werden, als

- Abbaufaktor
- Anbaufaktor
- Standortfaktor
- Abnehmer von Produktions- und Konsumrückständen

Zwischen den einzelnen Nutzungen der Natur bestehen vielfältige Konflikte. So kann die Nutzung der Natur als Aufnahmemedium für Produktionsabfälle dazu führen, dass sie nicht mehr als Lieferant von Gütern oder als Standort geeignet ist. Ein Beispiel ist die Einleitung von Abwässern in den Boden, die dazu führt, dass das Grundwasser nur nach einer aufwendigen Aufbereitung als Trinkwasser genutzt werden kann. Ein weiteres Beispiel ist die Deponierung giftiger Produktionsrückstände im Boden, die dazu führt, dass das betreffende Gebiet nicht mehr als Standort für eine Wohnbebauung infrage kommt. Um derartige Nutzungskonflikte so weit wie möglich zu vermeiden, sind in den vergangenen Jahrzehnten vielfältige Umweltschutzbestimmungen erlassen worden.

Weitere Probleme ergeben sich dadurch, dass insbesondere die Nutzung der Natur als Abbauboden nicht unbegrenzt möglich ist. Je mehr Rohstoffe der Natur heute entnommen werden, umso weniger Rohstoffe stehen kommenden Generationen zur Verfügung. Im Interesse dieser Generationen sollte die Entnahme von Rohstoffen aus der Natur verringert werden, beispielsweise durch Energiesparmaßnahmen und Recycling. Auch hier gibt es zahlreiche staatliche Maßnahmen, etwa die Besteuerung von Energie, die Anreize zu einer sparsamen Nutzung liefert, oder die Vorgaben zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung.

Orientierungsmerkmale	Standortfaktoren	Beispiele	Bezeichnung des Standorts
naturgegebene Verhältnisse	klimatische und landschaftliche Vorzüge	landwirtschaftliche Betriebe, Betriebe des Fremdenverkehrs	natürlicher Standort
		Rohstoff gewinnende Betriebe (Bergwerke, Kiesgruben)	
	Vorkommen von Bodenschätzen, Energiequellen	Rohstoff verarbeitende Betriebe mit hohem Verbrauch schwerer Stoffe (Hüttenwerke, Zuckerfabriken)	rohstofforientierter Standort
		Betriebe mit großem Energiebedarf (Roheisen, Aluminiumgewinnung, Mühlen, Sägewerke)	energieorientierter Standort
Verkehrswege	Anschluss an Verkehrsnetze im Schienen-, Straßen-, Schifffahrts- und Luftverkehr	Massengüter verarbeitende Industrien (Großmühlen, Kraftwerke), Dienstleistungsbetriebe	verkehrsorientierter Standort
Absatzmöglichkeiten	Nähe zu Absatzmärkten	Zulieferindustrie, Einzelhandel	absatzorientierter Standort
menschliche Arbeitskräfte	Zahl und Qualifikation der Arbeitskräfte	Betriebe mit hoher Beschäftigtenzahl oder mit Bedarf an Spezialkräften (feinmechanische Industrie, optische Industrie)	arbeitsorientierter Standort
	niedriges Lohnniveau	Betriebe mit hohem Lohnaufwand	lohnkostenorientierter Standort
gesamtwirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	Gewährung von Vorteilen durch Bund, Länder: Subventionen, Steuervorteile, verbilligte Betriebsgrundstücke	Betriebsansiedlungen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit	gesamtwirtschaftlich orientierter Standort
	rechtliche Regelungen	Umsiedlung von umweltgefährdend produzierenden Betrieben	umweltpolitisch orientierter Standort

5.4 Produktionsfaktor Kapital

Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man unter Kapital Geld bzw. Vermögen.

Mit dem volkswirtschaftlichen Produktionsfaktor Kapital sind jedoch solche Güter gemeint, die speziell dafür hergestellt werden, im Produktionsprozess zur Herstellung weiterer Güter zu dienen.

Kapital wird als abgeleiteter (derivativer) Produktionsfaktor bezeichnet, weil Kapital erst durch das Zusammenwirken der Produktionsfaktoren Arbeit und Natur entsteht. Zum Produktionsfaktor Kapital zählen alle im Produktionsprozess eingesetzten Produktionsmittel wie z.B. Maschinen, Gebäude, Rohstoffe, Fahrzeuge, aber auch alle Lagerbestände an fertigen und unfertigen Gütern.

Wenn in der Volkswirtschaftslehre von Kapital gesprochen wird, handelt es sich immer um sogenanntes Sachkapital (Realkapital). Damit sind alle produzierten und noch nicht in den Bereich der privaten Haushalte übergegangenen Güter gemeint. Sachkapital wird also wirtschaftlich als ein Gut verstanden, das neben Arbeit und Natur als Produktionsfaktor im Produktionsprozess eingesetzt wird.

Damit Sachkapital entstehen kann, sind zur Beschaffung von Produktionsgütern finanzielle Mittel notwendig, die als Geldkapital bezeichnet werden. Die Bereitstellung von Geldkapital zum Erwerb von Produktionsmitteln (Sachkapital) wird als Finanzierung bezeichnet, während die Umwandlung des Geldkapitals in Realkapital als Investition bezeichnet wird.

Beispiel

Eine Glasfabrik stellt Bierflaschen her. Hierfür benötigt sie entsprechende Produktionsgüter. Um diese kaufen zu können, muss sie eigene (Rücklagen) oder fremde (Kredite) Geldmittel (Geldkapital) bereitstellen.

Folge

Diese Bereitstellung wird als Finanzierung bezeichnet. Die mit diesem Geldkapital finanzierten Produktionsgüter stellen eine Investition für das Unternehmen dar, denn aus dem Geldkapital wurde Realkapital.

Merke

Sachkapital (Realkapital) = alle produzierten und noch nicht in den Bereich der privaten Haushalte übergegangenen Güter

Geldkapital = finanzielle Mittel zur Beschaffung von Produktionsgütern

Finanzierung = Bereitstellung des Geldkapitals

Investition = Umwandlung des Geldkapitals in Realkapital

Um Kapital in Form von Sachkapital (Realkapital) herstellen zu können, müssen zunächst die Produktionsfaktoren Arbeit und Natur zusammenwirken. Als weitere Voraussetzung zur Bildung von Kapital ist der Konsumverzicht (Sparen) zu nennen. Durch den Konsumverzicht von vielen privaten Haushalten entsteht Geldkapital, das für die Herstellung bzw. den Erwerb

von Produktionsmitteln bereitgestellt werden kann. Dieses Geldkapital wird von den Unternehmen in Form von Krediten nachgefragt, die diese finanziellen Mittel zum Bau oder Kauf von Maschinen, Fabrikhallen usw. einsetzen können.

Mehr über den volkswirtschaftlichen Zusammenhang von Investition und Ersparnis erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 2“.

Der Konsumverzicht und die Herstellung von Produktionsmitteln (Realkapital) verbessern alleine noch nicht die Versorgung mit Konsumgütern. Entscheidend ist vielmehr, dass die hergestellten Produktionsmittel im Produktionsprozess zur Herstellung von Konsumgütern und weiteren Produktionsmitteln eingesetzt werden.

Konsumverzicht bedeutet, Teile des zur Verfügung stehenden Einkommens nicht auszugeben, sondern zu sparen (z.B. Geldanlage bei einer Bank). Das gesparte Geld kann von den Unternehmen bei den Kreditinstituten in Form von Krediten nachgefragt und für Investitionszwecke verwendet werden.

Alle Investitionsarten haben Einfluss auf den Kapitalstock. Der Kapitalstock ist die Summe aller in einer Volkswirtschaft vorhandenen Produktionsmittel, der zu einem bestimmten Zeitpunkt errechnet wird.

Der Kapitalstock kann durch folgende Investitionsformen erhalten oder verändert werden:

- Re- bzw. Ersatzinvestitionen
Sie ersetzen alte oder verschlissene Maschinen und erhalten somit den Kapitalstock.
- Neu- bzw. Erweiterungsinvestitionen
Sie erweitern die Produktionsmöglichkeiten und vergrößern den Kapitalstock.
- Lager- und Vorratsinvestitionen
Sie beinhalten die Bestände an nicht dauerhaften Produktionsmitteln in den Betrieben. Dazu zählen z.B. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und die noch nicht verkauften Fertigprodukte.
- Rationalisierungsinvestitionen
Sie werden z.B. zur Leistungssteigerung von betrieblichen Anlagen getätigt, um dadurch die Kosten zu senken. Der Kapitalstock wird dadurch ggf. erweitert und modernisiert.

Beispiel

Eine Aktiengesellschaft erwirtschaftet 200.000 € Gewinn. 100.000 € verwendet sie zur Bildung von Rücklagen bzw. für Dividenden an die Aktionäre. Für 50.000 € werden neue Maschinen für neue Arbeitsbereiche gekauft und für 50.000 € werden alte Maschinen durch leistungsfähigere neue Maschinen ersetzt.

Folge

Die AG hat eine Investition von 100.000 € vorgenommen. 50.000 € als Ersatz- und 50.000 € als Neuinvestition.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet, stellen Investitionen den nicht verbrauchten Teil der Gesamtproduktion dar, der sich in Gebäuden, Maschinen, aber auch in aufgestockten Verbrauchsgüterbeständen wiederfindet.

Der volkswirtschaftliche Kapitalstock wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesen. Das Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen ist der hypothetische Wert aller Kapitalgüter, wenn diese neu zu den aktuell geltenden Preisen beschafft werden müssten. Für Deutschland betrug dieser Wert im Jahr 2019 rund 20,8 Billionen Euro.

Merke

Die Summe der in einer Volkswirtschaft vorhandenen Produktionsmittel bezeichnet man als Kapitalstock. Investitionen haben Einfluss auf den Kapitalstock.

Investitionsformen:

- Re- bzw. Ersatzinvestitionen
- Neu- bzw. Erweiterungsinvestitionen
- Lager- und Vorratsinvestitionen
- Rationalisierungsinvestitionen

5.5 Kombination der Produktionsfaktoren

Die Herstellung der Güter und Dienstleistungen in den Unternehmen erfolgt durch die Kombination der Produktionsfaktoren. Die hergestellte Produktionsmenge ist abhängig von der Kombination der eingesetzten Produktionsfaktoren, d.h., die Produktionsmenge ist abhängig vom Faktoreinsatz. Je größer die produzierte Menge ist, umso größer muss der Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Natur und Kapital sein. Dieser Prozess kann mengen- oder kostenmäßig bestimmt werden. Das mengenmäßige Ergebnis des Zusammenwirkens der Produktionsfaktoren wird als mengenmäßiger Ertrag (Produktionsmenge oder Output) bezeichnet. Durch dieses Zusammenwirken werden die Produktionsfaktoren verbraucht (Input). Sie müssen immer wieder neu beschafft oder bezahlt werden. Der wertmäßige Verbrauch an Produktionsfaktoren durch die Produktion wird als Kosten bezeichnet.

Merke

Ertrag/Output = Produktionsmenge, die sich durch den Einsatz der Produktionsfaktoren ergibt

Kosten = Wertmäßiger Verbrauch an Produktionsfaktoren durch die Produktion

Aus wirtschaftlicher Sicht wird die Kombination der Produktionsfaktoren gesucht, die bei einem bestimmten Ertrag die geringsten Kosten verursacht („ökonomisches Prinzip“ vgl. Punkt 3.5 dieses Lernbriefs). Diese wollen wir mithilfe eines Beispiels ermitteln:

Beispiel

Eine AOK, die 1.000 Kunden betreut, benötigt hierfür eine bestimmte Menge an Produktionsfaktoren, die im Produktionsprozess zusammenwirken und Kosten verursachen.

Um diese 1.000 Kunden (Ertrag in Mengeneinheiten) betreuen zu können, sind z.B. folgende Kombinationsmöglichkeiten von Arbeit und Kapital ermittelt worden:

Kombination	Faktoreinsatz in Mengeneinheiten (ME)		Ertrag in Mengeneinheiten (ME)
	Arbeit	Kapital	
A	5	1	1.000
B	3	2	1.000
C	2	3	1.000
D	1	5	1.000

Die Faktorkombinationen A bis D stellen die technischen Kombinationsmöglichkeiten der Produktionsfaktoren zur Betreuung der 1.000 Kunden dar. Sie sind hinsichtlich des mengenmäßigen Ertrags gleichwertig.

Gesucht wird nun die Minimalkostenkombination, das ist die Kombination der Produktionsfaktoren, die bei gleichem Ertrag die geringsten Kosten verursacht.

Gehen wir davon aus, dass für den Produktionsfaktor

- Arbeit je Mengeneinheit 140 Geldeinheiten (GE) und für
- Kapital je Mengeneinheit 150 Geldeinheiten (GE) aufzuwenden sind.

Frage

Bei welcher Kombination der Produktionsfaktoren entstehen die geringsten Kosten?

Rechnerische Lösung

Kombination A: $5 \times 140 \text{ GE} + 1 \times 150 \text{ GE} = 850 \text{ GE}$

Kombination B: $3 \times 140 \text{ GE} + 2 \times 150 \text{ GE} = 720 \text{ GE}$

Kombination C: $2 \times 140 \text{ GE} + 3 \times 150 \text{ GE} = 730 \text{ GE}$

Kombination D: $1 \times 140 \text{ GE} + 5 \times 150 \text{ GE} = 890 \text{ GE}$

Die Kombination B ist die Minimalkostenkombination, weil sie die Kombination der Produktionsfaktoren mit den geringsten Kosten (720 GE) ist.

Die Minimalkostenkombination kann nur dann erreicht werden, wenn die Produktionsfaktoren in Grenzen gegeneinander austauschbar (substituierbar) sind. Gegeneinander austauschbare (substitutionale) Produktionsfaktoren liegen dann vor, wenn eine bestimmte Menge eines Produktionsfaktors durch eine bestimmte Menge eines anderen Produktionsfaktors ersetzt werden kann, ohne dass sich dabei die Produktionsmenge (Ertrag) ändert.

Schauen wir uns dieses anhand des folgenden Beispiels noch einmal an:

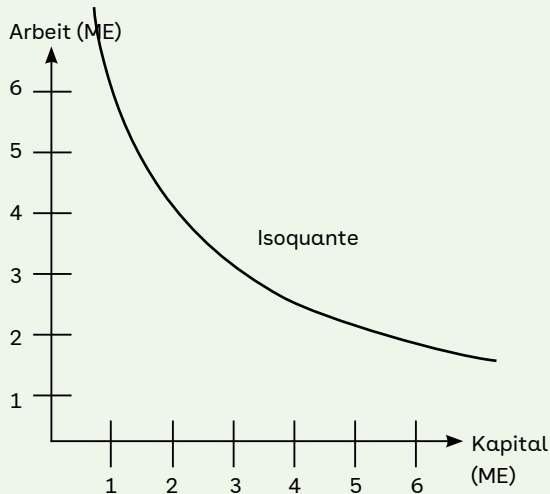
Fortsetzung des Beispiels

Es gilt die Gleichung: $\text{Ertrag} = f(\text{Kapitaleinsatz; Arbeitseinsatz})$

Frage

Wie lässt sich diese Funktion nun grafisch darstellen?

Lösung



Diesen Graf nennt man Isoquante. Jeder Punkt auf der Isoquante gibt eine Kombination des jeweiligen Kapital- und Arbeitseinsatzes an, der notwendig ist, um 1.000 Kunden betreuen zu können.

Hinweis

Für die grafische Darstellung wurde angenommen, dass die beiden Produktionsfaktoren beliebig teilbar sind. Sind die Faktoren nicht beliebig teilbar, so dürfte keine durchgehende Isoquante gezeichnet werden.

Merke

Die Minimalkostenkombination ist die kostengünstigste Kombination der Produktionsfaktoren bei gleichem mengenmäßigem Ertrag (Produktionsmenge).

Substitutionale Produktionsfaktoren liegen vor, wenn eine bestimmte Menge eines Produktionsfaktors durch eine bestimmte Menge eines anderen Produktionsfaktors ersetzt werden kann, ohne dass sich die Produktionsmenge (mengenmäßiger Ertrag) ändert.

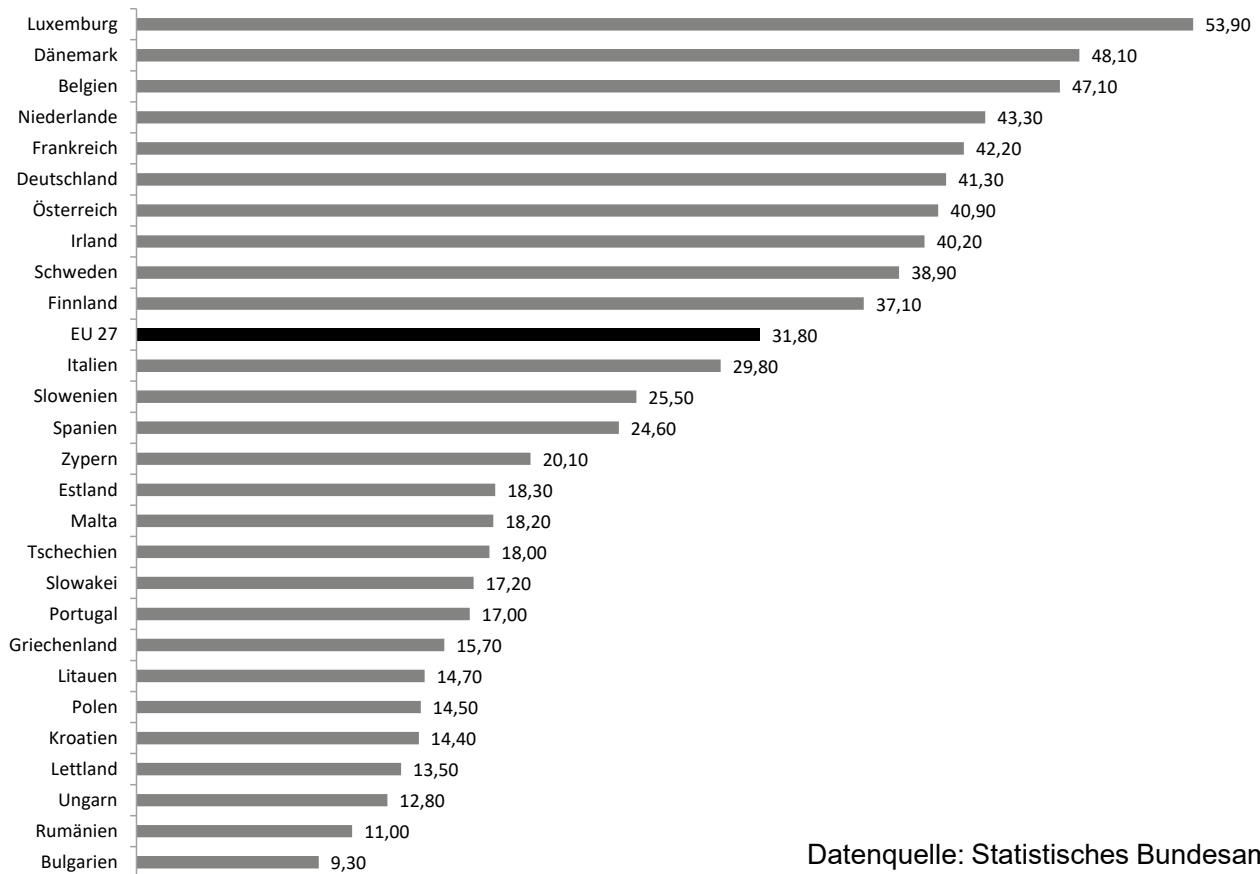
Eine Isoquante ist eine Kurve des gleichen Ertrags bei unterschiedlichen Faktoreinsatzmengen.

In aller Regel sind die Produktionsfaktoren nur langfristig gegeneinander austauschbar (substituierbar). Wenn z.B. die menschliche Arbeitskraft im größeren Umfang durch Maschinen ersetzt werden soll, ist eine langfristige Planung notwendig, da damit häufig eine Neugestaltung der gesamten Produktion verbunden ist.

Was sind nun die Ursachen, die die Unternehmen zum Austausch der Produktionsfaktoren veranlassen?

Für die Unternehmen von besonderer Bedeutung sind die Kosten der einzelnen Produktionsfaktoren. Diese können sich im Zeitablauf verändern. Dabei gilt, dass die optimale Einsatzmenge eines Produktionsfaktors umso geringer ist, je höher der Preis für diesen Produktionsfaktor ist.

Arbeitskosten in der EU (Privatwirtschaft - 2023) (in Euro/Stunde)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

In der obigen Abbildung können Sie erkennen, dass die Arbeitskosten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten stark voneinander abweichen. Die Arbeitskosten enthalten neben den Bruttolöhnen bzw. -gehältern auch die sogenannten Personalzusatzkosten, in Deutschland insbesondere den Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen. Bitte beachten Sie, dass bei den Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Währungsunion sind, der Wechselkurs die in Euro gemessenen Arbeitskosten beeinflussen kann.

Für die Standortentscheidung von Unternehmen besonders bedeutsam sind die Lohnstückkosten, bei denen die unterschiedliche Produktivität der Beschäftigten in den einzelnen Ländern berücksichtigt wird. Der Abstand zwischen den einzelnen EU-Staaten ist bei den Lohnstückkosten deutlich geringer als bei den Arbeitskosten je Stunde. Allerdings nimmt Deutschland auch hier einen der oberen Plätze ein, d.h. hat relativ hohe Lohnstückkosten.

Steigen beispielsweise die Arbeitskosten, so werden die Unternehmen ihren Arbeitseinsatz verringern und verstärkt Kapitalgüter, z.B. Maschinen, in der Produktion einsetzen. Dies lässt sich auch im internationalen Vergleich gut beobachten. In Ländern mit niedrigen Lohnkosten wird üblicherweise sehr arbeitsintensiv produziert, in Ländern mit hohen Lohnkosten haben die Unternehmen auf eine kapitalintensive Produktion umgestellt.

Für die Unternehmen sind bei ihrer Entscheidung über den optimalen Faktoreinsatz in der Produktion stets die Gesamtkosten ausschlaggebend. Speziell für den Produktionsfaktor Arbeit haben die sogenannten Personalzusatzkosten eine erhebliche Bedeutung. Diese Personalzusatzkosten sind teilweise gesetzlich veranlasst (z.B. Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber), teilweise werden sie in Tarifverträgen vereinbart oder von den Unternehmen freiwillig gewährt.

Ein weiterer Bestimmungsgrund für den Faktoreinsatz ist die Leistungsfähigkeit (Produktivität) der Produktionsfaktoren. Viele Kapitalgüter sind in den vergangenen Jahren leistungsfähiger (produktiver) geworden und zugleich kostengünstiger in Anschaffung und Betrieb. So ist z.B. der Einsatz von Robotern in den letzten Jahren gestiegen. Eines der Haupteinsatzgebiete für Roboter sind die Schweiß-, Lackier- und Fertigungsstraßen der Automobilindustrie. Dort nehmen die Roboter den Menschen die Arbeit ab, die monoton, beschwerlich und vor allem gefährlich ist. Roboter sind geradezu ideal für stets wiederkehrende gleichartige Verrichtungen. Sie führen diese unermüdlich mit einer durch den Menschen nicht erreichbaren Präzision aus. Gleiches gilt auch für die bei der AOK eingesetzten

Computer-Systeme, z.B. hinsichtlich der Berechnung der Geldleistungen im Privatkundenservice oder beim Zugriff auf Versichertendaten.

Hier hat sich in den letzten Jahren durch neue Technologien wie Internet, Direct-Mailing, Client-Server-Systeme usw. eine gravierende Veränderung der Bürokommunikationswelt vollzogen. Dieses hat Auswirkungen auf die quantitativen und qualitativen Personalanforderungen der AOK.

Darüber hinaus bleibt abzuwarten, inwieweit neue Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz zu einem verringerten Bedarf an Arbeitskräften beispielsweise bei standardisierten Beratungs- oder Prüfungstätigkeiten führen.

Beispiel 1

Die Auswirkungen veränderter Faktorpreise auf den Einsatz der Produktionsfaktoren lassen sich anschaulich an dem bereits auf Seite 48 f dargestellten Zahlenbeispiel zur Minimalkostenkombination zeigen. Nehmen Sie an, dass der AOK unverändert die Kombinationsmöglichkeiten A, B, C und D zur Verfügung stehen. Wenn sich – beispielsweise durch eine Erhöhung der Personalzusatzkosten – die Kosten für eine Arbeitseinheit von 140 GE auf 160 GE erhöhen, dann ergibt sich auch eine neue Minimalkostenkombination.

Frage

Bei welcher Kombination der Produktionsfaktoren entstehen die geringsten Kosten?

Rechnerische Lösung

Kombination A:
 $5 \times 160 \text{ GE} + 1 \times 150 \text{ GE} = 950 \text{ GE}$

Kombination B:
 $3 \times 160 \text{ GE} + 2 \times 150 \text{ GE} = 780 \text{ GE}$

Kombination C:
 $2 \times 160 \text{ GE} + 3 \times 150 \text{ GE} = 770 \text{ GE}$

Kombination D:
 $1 \times 160 \text{ GE} + 5 \times 150 \text{ GE} = 910 \text{ GE}$

Die Kombination C ist nun die Minimalkostenkombination, da sie mit 770 GE die geringsten Kosten verursacht. Um ihre Leistungen wirtschaftlich zu erbringen, müsste die AOK nun eine Einheit Arbeit durch eine Einheit Kapital ersetzen (substituieren). Danach steigen die Gesamtkosten gegenüber der vorherigen Minimalkostenkombination B um 50 GE. Würde die AOK die Einsatzmengen der beiden Produktionsfaktoren unverändert lassen, käme es zu einem Anstieg der Gesamtkosten um 60 GE.

Beispiel 2

Auch die Auswirkungen einer Veränderung der Produktivität lassen sich mithilfe einer Fortsetzung des Zahlenbeispiels von Seite 48 f veranschaulichen. Nehmen Sie hierzu an, dass es aufgrund von technischem Fortschritt zu einer erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsfaktors Kapital kommt. Vereinfachend sei hier angenommen, dass sich die Leistungsfähigkeit des Faktors Kapital verdoppelt (z.B. höhere Rechenleistung eines Computers). Die neuen Kombinationsmöglichkeiten der Produktionsfaktoren lauten wie folgt:

Kombination	Faktoreinsatz in Mengeneinheiten (ME)		Ertrag in Mengen- einheiten (ME)
	Arbeit	Kapital	
A	5	0,5	1.000
B	3	1	1.000
C	2	1,5	1.000
D	1	2,5	1.000

Gehen wir davon aus, dass die ursprünglichen Preise der Produktionsfaktoren gelten, d.h. für eine Einheit Arbeit sind je Mengeneinheit 140 GE aufzuwenden und für eine Einheit Kapital sind je Mengeneinheit 150 GE aufzuwenden.

Frage

Bei welcher Kombination der Produktionsfaktoren entstehen die geringsten Kosten?

Rechnerische Lösung

Kombination A: $5 \times 140 \text{ GE} + 0,5 \times 150 \text{ GE} = 775 \text{ GE}$

Kombination B: $3 \times 140 \text{ GE} + 1,0 \times 150 \text{ GE} = 570 \text{ GE}$

Kombination C: $2 \times 140 \text{ GE} + 1,5 \times 150 \text{ GE} = 505 \text{ GE}$

Kombination D: $1 \times 140 \text{ GE} + 2,5 \times 150 \text{ GE} = 515 \text{ GE}$

Aufgrund des technischen Fortschritts und der dadurch ermöglichten Produktivitätserhöhung des Produktionsfaktors Kapital ist Kombination C die neue Minimalkostenkombination. Verglichen mit der ursprünglichen Minimalkostenkombination wird weniger Arbeit und weniger Kapital eingesetzt, um dieselbe Menge zu produzieren.

Die Preise der einzelnen Produktionsfaktoren bilden sich grundsätzlich auf den jeweiligen Märkten für Arbeit, Natur und Kapital. Allerdings hat auch die staatliche Wirtschaftspolitik vielfältige Einflussmöglichkeiten. Beispielsweise wurde 1999 die sogenannte „Öko-Steuer“ auf den Verbrauch einiger fossiler Energieträger eingeführt und das Aufkommen zumindest teilweise für die Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Durch diese Maßnahmen wurde der Preis für den Produktionsfaktor Natur erhöht, der für den Produktionsfaktor Arbeit hingegen gesenkt. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass als Folge dieser politischen Maßnahmen die Kombination der Produktionsfaktoren in der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mittel- und langfristig zugunsten eines vermehrten Arbeitsinsatzes und eines verringerten Energieinsatzes verändert wird.

Nicht jedes Produktionsverfahren lässt den Austausch der Produktionsfaktoren untereinander zu. Es gibt Produktionsverfahren, bei denen die Produktionsfaktoren zur Erzielung eines bestimmten Ertrags in einem bestimmten Verhältnis zueinander eingesetzt werden müssen. So muss z.B. eine Spedition auf einen Lkw im Einschichtbetrieb mindestens einen Lkw-Fahrer bzw. eine Fahrerin und im Zweischichtbetrieb mindestens zwei Lkw-Fahrer und/oder Fahrerinnen einsetzen, d.h., bei gegebenem Kapitaleinsatz ist eine feststehende Menge des Produktionsfaktors Arbeit notwendig.

Sofern die Produktionsfaktoren zur Erzielung eines bestimmten Ertrags nur in einem bestimmten Verhältnis zueinander eingesetzt werden können, handelt es sich um eine limitationale Produktionsfunktion. Bei limitationalen

Produktionsfunktionen ist die Minimalkostenkombination nicht relevant, da das Unternehmen keine Wahl zwischen verschiedenen Faktorkombinationsmöglichkeiten hat. So kann die Spedition im oben angeführten Beispiel den Lkw im Einschichtbetrieb nur dann einsetzen, wenn sie auch einen Fahrer bzw. eine Fahrerin hierfür hat. Ein zweiter Lkw ohne zweiten Fahrer bzw. zweite Fahrerin nutzt also nichts.

Im Dienstleistungsbereich ist ein Austausch des Produktionsfaktors Arbeit durch den Produktionsfaktor Kapital nur begrenzt möglich, obwohl durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie und deren Einsatzmöglichkeiten der Kapitaleinsatz voranschreitet (z.B. Datenabfrage- und -eingabegeräte zur Buchung eines Leihwagens oder Weiterleitung von Meldungen per elektronischer Datenübermittlung durch die Firmenkunden an die AOK). Büroarbeiten sind besonders personalintensiv, ca. 80 % der Bürokosten sind Personalkosten. Die Produktivität in den industriellen Produktionen ist um ein Vielfaches mehr gestiegen als bei Bürotätigkeiten. Gerade im Dienstleistungsbereich gibt es noch große Reserven für Rationalisierungen, die unter zunehmendem Wettbewerbsdruck von den Unternehmen auch langfristig ausgeschöpft werden müssen.

Insbesondere die EDV stellt in Dienstleistungsbetrieben ein zentrales Rationalisierungsinstrument, vor allem unter Berücksichtigung der folgenden drei Aspekte, dar:

- Als Arbeits- und Automatisierungsmittel ermöglicht die EDV einen Ersatz (Substitution) menschlicher Arbeit.

- Als Informationsmittel steigert die EDV die Qualität der Informationsverarbeitung, indem sie zur aktuellen, komplexen und mit wenig Fehlern behafteten Informationsverarbeitung verhilft.
- Als Organisationsmittel trägt die EDV dazu bei, den Arbeitsprozess in der Verwaltung zu systematisieren.

Merke

Können die Produktionsfaktoren zur Erzielung eines bestimmten mengenmäßigen Ertrags nur in einem festen Verhältnis zueinander eingesetzt werden, handelt es sich um eine limitationale Produktionsfunktion. Eine Minimalkostenkombination ist nicht relevant, weil es keine Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Faktorkombinationen gibt.

Wie Sie an den bislang beschriebenen Sachverhalten erkennen können, gibt es für Unternehmen mehrere Gründe, den Produktionsprozess zu verändern. Zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital kommt es, wenn

- der Preis des Faktors Kapital sinkt und/ oder der Preis des Faktors Arbeit steigt,
- eine gegebene Aufgabe im Produktionsprozess durch Kapitalgüter qualitativ besser (z.B. mit einer geringeren Fehlerquote) erledigt werden kann oder
- durch technischen Fortschritt die Leistungsfähigkeit der Kapitalgüter steigt.

Für die einzelnen Beschäftigten kann ein vermehrter Kapitaleinsatz im Produktionsprozess vorteilhaft sein, wenn sie von körperlich belastenden oder wenig anspruchsvollen Tätigkeiten entlastet werden. Allerdings besteht auch die Gefahr, dass ein bisheriger Arbeitsplatz entfällt, d.h. „durch einen Roboter bzw. Computer ersetzt wird“. Für die einzelnen Beschäftigten ist damit meist eine zumindest vorübergehende Arbeitslosigkeit verbunden.

Ob es aufgrund des zunehmenden Kapitaleinsatzes zu einer Zunahme der volkswirtschaftlichen Arbeitslosigkeit kommt (These vom technischen Fortschritt als „Jobkiller“), ist in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten. Neben den beschriebenen Arbeitsplatzverlusten gibt es nämlich auch gegenläufige, d.h. arbeitsplatzschaffende Effekte.

Zum einen werden Arbeitskräfte benötigt, um die neuen Kapitalgüter zu konstruieren und herzustellen. Zum anderen führt die durch den vermehrten Kapitaleinsatz mögliche Verbilligung mancher Güter dazu, dass die Haushalte mehr Kaufkraft haben, um andere Güter nachzufragen, z.B. persönliche Dienstleistungen. Während also der Gesamteffekt des zunehmenden Kapitaleinsatzes auf die volkswirtschaftliche Arbeitsnachfrage nicht genau bestimmt werden kann, sind die Auswirkungen auf die Qualität der nachgefragten Arbeitsleistungen eindeutig. Durch den vermehrten Kapitaleinsatz fallen insbesondere Arbeitsplätze gering qualifizierter Beschäftigter weg. Von besonderer Bedeutung sind daher zum einen die generelle Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten (Aus- und Fortbildung) sowie zum anderen die Schaffung von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere im Dienstleistungssektor.

5.6 Übungen zum Lernabschnitt 5

Übung 26

Nennen Sie die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren.

Übung 27

Erläutern Sie die betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren.

Übung 28

Nennen Sie die vier Nutzungsmöglichkeiten des Produktionsfaktors Natur.

Übung 29

Zeigen Sie auf, wodurch der Produktionsfaktor Kapital entsteht und beschreiben Sie die Bedeutung des Produktionsfaktors Kapital in der Volkswirtschaft.

Übung 30

Erläutern Sie den Begriff Investitionen und dessen Erscheinungsformen. Zeigen Sie auch auf, wie sich diese bei den Wirtschaftsobjekten auswirken.

Übung 31

Beschreiben Sie den Begriff des Produktionsprozesses aus wirtschaftlicher Sicht.

Übung 32

Stellen Sie dar, durch welche Faktoren die Substitution von Arbeit durch Kapital in einem Betrieb begründet werden kann.

Übung 33

Stellen Sie dar, welche Standortfaktoren für die AOK von besonderem Interesse sind. Unterscheiden Sie dabei zwischen zentralen Standorten und Beratungszentren.

Übung 34

Sachverhalt

In einem AOK-Rechenzentrum sind 13 Beschäftigte für die Koordination und Durchführung einer Vielzahl an Druckaufträgen beschäftigt. Die durchschnittlichen Kosten eines Beschäftigten bzw. einer Beschäftigten für Gehalt, Personalzusatzkosten u.Ä. betragen monatlich 2.250 €.

Der AOK wird ein elektronisches Druckcenter angeboten, welches in der Lage ist, diese vielfältigen Druckaufträge zu übernehmen. Diese Maschine ersetzt dabei die Arbeit von vier Beschäftigten. Der Kaufpreis eines Druckcenters beträgt 60.000 € und ist auf fünf Jahre Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen. Die durchschnittlichen Wartungs- und Reparaturkosten pro Anlage und Jahr sind mit 2.000 € anzunehmen.

Das Gehalt einer Bedienungskraft für diese Anlage wird mit 2.000 € je Monat (inkl. Personalzusatzkosten) angenommen.

Aufgabe

Führen Sie einen Vergleich der Kosten pro Jahr für Druckaufträge durch, wenn

1. nur Menschen eingesetzt werden,
2. ein Druckcenter bzw. zwei oder drei Druckcenter angeschafft werden.

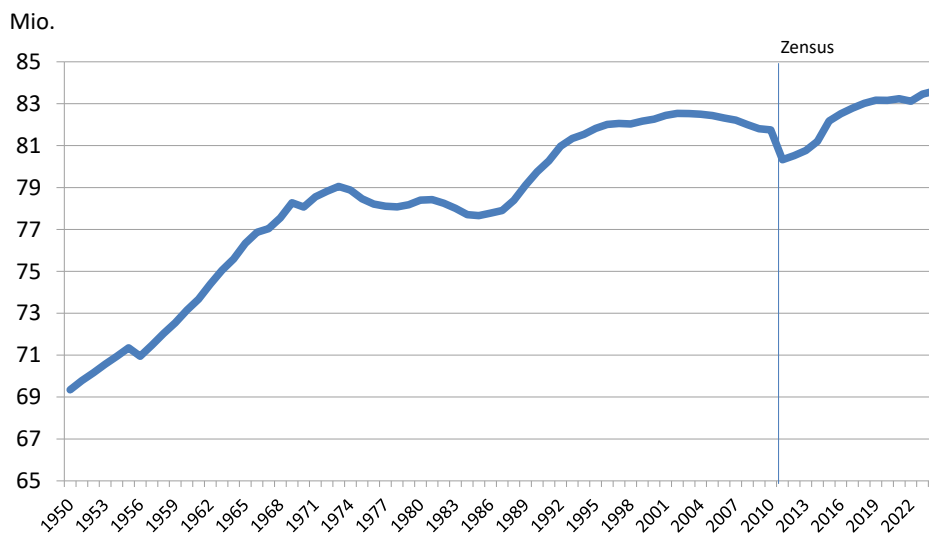
6 Demografische Entwicklung

6.1 Grundlagen

Für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist die demografische Entwicklung von zunehmender Bedeutung. Dabei versteht man unter demografischer Entwicklung die Veränderungen der Bevölkerungszahl und der Bevölkerungsstruktur. Die bisherige Entwicklung der Bevölkerungszahl in Gesamtdeutschland ist in der folgenden Abbildung dargestellt. Sie können erkennen, dass die Bevölkerungszahl zwischen 1950 und 1970 sowie zu Beginn der 1990er Jahre jeweils deutlich gestiegen ist.

Im Jahr 2011 wurde eine Volkszählung (Zensus) durchgeführt, deren Ergebnisse zu einer Korrektur der offiziellen Bevölkerungsdaten geführt haben. Während auf der Basis der vorherigen Daten für das Jahr 2011 von einer Bevölkerung von knapp 82 Mio. Einwohnern ausgegangen wurde, liegt der korrigierte Wert bei rund 80,3 Mio. Einwohnern. Ende des Jahres 2024 betrug die Bevölkerungszahl in Deutschland rund 83,6 Mio.

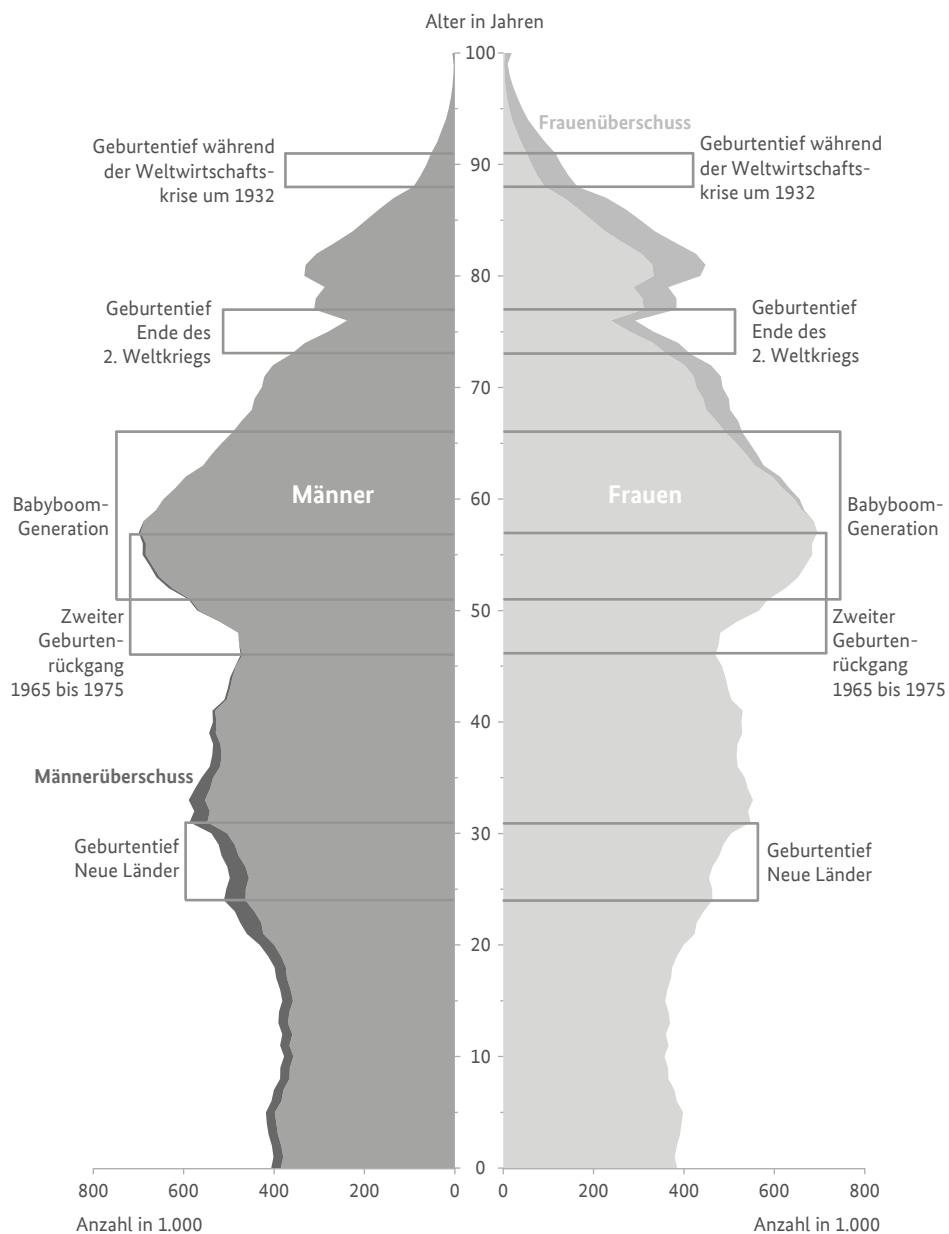
Bevölkerungsstand in Deutschland 1950-2024



Datenquelle: Statistisches Bundesamt.
1950 bis 1989: Früheres Bundesgebiet und DDR insgesamt, ab 1990 Deutschland.
Daten 2024 vorläufig.

Besonders anschaulich lässt sich die Bevölkerungsstruktur grafisch darstellen.

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland nach demografischen Ereignissen (2021)



Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Die obige Abbildung zeigt den Altersaufbau der Wohnbevölkerung Deutschlands unterteilt nach Jahrgängen und Geschlechtern.

Einschnitte in der Entwicklung der Wohnbevölkerung ergeben sich aus den beiden Weltkriegen und aus risikoreichen Zeiten mit unsicherer Zukunft (z.B. Weltwirtschaftskrise). Seit ca. 1965 zeigt sich ein ausgeprägter Geburtenrückgang, der bis heute anhält, wenngleich es in der jüngsten Vergangenheit wieder einen Geburtenanstieg gegeben hat.

6.2 Bestimmungsfaktoren der Bevölkerungsentwicklung

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung ist generell von zwei Größen abhängig. Zum einen ergibt sich durch das so genannte Regenerationsverhalten, also die Zahl der Geburten und Sterbefälle, die natürliche Bevölkerungsentwicklung. Zum anderen spielen Wanderungen (Migration) eine Rolle. Im Folgenden wird zunächst auf das Regenerationsverhalten eingegangen. Zur Beschreibung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung werden im Wesentlichen zwei unterschiedliche Kennzahlen genutzt. Erstens kann die Zahl der Geburten und Sterbefälle pro 1.000 Einwohner betrachtet werden. Diese Kennziffer lässt unmittelbar die Bevölkerungsentwicklung erkennen. Liegt etwa die Zahl der Geborenen pro 1.000 Einwohner bei 10 und die der Gestorbenen bei 12, so nimmt die Bevölkerung (ohne Betrachtung von Zu- und Abwanderung) in diesem Jahr um 0,2 % ab.

Zweitens lässt sich die Zahl der Kinder betrachten, die eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommt. Um eine langfristig gleichbleibende Einwohnerzahl zu erreichen, wäre eine durchschnittliche Kinderzahl von 2,1 erforderlich. In Deutschland lag die Zahl der Kinder pro Frau über viele

Jahrzehnte hinweg relativ konstant bei 1,4, ist aber in der jüngsten Vergangenheit wieder etwas gestiegen (rund 1,6).

Die folgende Tabelle zeigt für ausgewählte Jahre die Geburtenüberschüsse bzw. -defizite in Deutschland. Die beiden Kennziffern werden dabei jeweils auch durch die Bevölkerungsstruktur beeinflusst. Beispielsweise können Sie an der grafischen Darstellung der Altersstruktur der Bevölkerung erkennen, dass die Zahl der Frauen im Alter unter 20 Jahren kleiner ist als die Zahl der Frauen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Folglich wird in den kommenden 20 Jahren die Zahl der potenziellen Mütter immer kleiner, sodass die Gesamtzahl der Geburten weiter abnehmen wird.

Jahr	Geborene (Geburtenziffer)	Gestorbene (Sterblichkeit)	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) je 1.000 Einwohner
1950	16,3	10,9	+ 5,4
1960	17,3	12,0	+ 5,3
1970	13,5	12,6	+ 0,9
1980	11,0	12,1	- 1,1
1990	11,4	11,6	- 0,2
2000	9,3	10,2	- 0,9
2010	8,3	10,5	- 2,2
2015	9,0	11,3	- 2,3
2020	9,3	11,8	- 2,5

Quelle: Statistisches Bundesamt (ab 2011 Daten des Zensus 2011)

Für die anhaltend niedrige Geburtenrate in Deutschland gibt es mehrere Ursachen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der Markteinführung der Antibabypille in den 1960er Jahren die Möglichkeiten zur gezielten Familienplanung wesentlich verbessert wurden. Hinzu kommen gesellschaftliche Trends. Insbesondere bei beruflich qualifizierten Frauen, deren Anteil in den vergangenen Jahren immer weiter angestiegen ist, lassen sich Beruf und Familie oftmals nur schwer vereinbaren. Dies ist auch auf die begrenzten Möglichkeiten zur Kinderbetreuung zurückzuführen, die jedoch seit einigen Jahren stark ausgebaut werden.

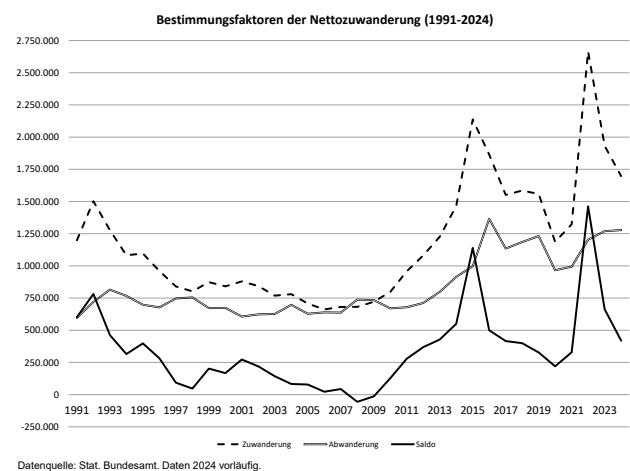
Auch finanzielle Faktoren spielen eine Rolle. Dabei geht es zum einen um die zusätzlichen Kosten, die einer Familie mit Kindern entstehen und die durch staatliche Leistungen (Kindergeld, Elterngeld) nur zum Teil ausgeglichen werden. Zum anderen sind die Menschen in Deutschland aufgrund des ausgebauten Systems der sozialen Sicherung auch im Alter nicht mehr auf die (finanzielle) Unterstützung durch ihre Kinder angewiesen. Schließlich können pessimistische Zukunftserwartungen (z.B. Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes) dazu führen, dass Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt keine Kinder haben wollen.

Als allgemeiner Trend ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung zu verzeichnen. Diese Entwicklung, die auch für die gesetzliche Krankenversicherung einige Herausforderungen mit sich bringt, trägt zum Anstieg des Durchschnittsalters der Gesellschaft ebenso wie die gesunkene Kinderzahl bei.

Beachten Sie, dass zwischen dem Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung und der in der obigen Tabelle erkennbaren Zunahme der Sterberate, etwa im Vergleich der Jahre 2000 und 2015, kein Widerspruch besteht. Die Sterberate bezieht sich auf die Gesamtbevölkerung, sodass sie auch von Veränderungen der Bevölkerungszahl und der Altersstruktur beeinflusst wird.

Neben der Zahl der Geburten und Sterbefälle ist die Migration der zweite Bestimmungsfaktor der Bevölkerungsentwicklung. Die Kennziffer dafür ist der Wanderungssaldo, der sich aus der Zahl von Ein- und Auswanderern ergibt. In der Bundesrepublik Deutschland haben wir nach wie vor einen positiven Wanderungssaldo, also insgesamt mehr Einwanderer als Auswanderer. Damit wird auch das Arbeitskräftepotenzial in unserer Volkswirtschaft erhöht.

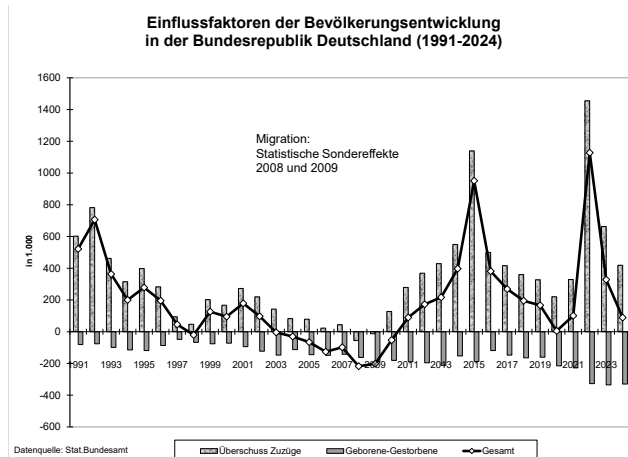
Wie sich die Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und dem Ausland seit 1991 darstellen, zeigt die folgende Abbildung:



Seit dem Jahr 2011 hat die Zuwanderung nach Deutschland stark zugenommen. In den Jahren 2011 bis 2014 dominierte die Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere aus südeuropäischen Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit (Italien, Spanien, Griechenland) sowie aus Ost- und Südosteuropa (Polen, Rumänien und Bulgarien). Im Jahr 2015 kam zusätzlich eine hohe Zahl von Schutzsuchenden nach Deutschland, einen großen Anteil hatten Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Im Jahr 2022 kamen aufgrund des Krieges in der Ukraine besonders viele Menschen nach Deutschland.

Das Ausmaß grenzüberschreitender Migration wird von vielfältigen Faktoren beeinflusst. Dabei kann unter anderem zwischen einem Fortzug mit beabsichtigter Rückkehr (z.B. Studium im Ausland, Entsendung von Beschäftigten in eine ausländische Niederlassung eines Unternehmens) und einem als dauerhaft geplanten Fortzug („Auswanderung“) unterschieden werden. In der ökonomischen Migrationsforschung werden insbesondere Push- und Pull-Faktoren diskutiert. „Push-Faktoren“ veranlassen Menschen dazu, ihr Wohnsitzland zu verlassen. Hierzu gehören etwa kriegerische Auseinandersetzungen, politische Verfolgung, Missernten und hohe Arbeitslosigkeit. Dem gegenüber machen „Pull-Faktoren“ ein potenzielles Einwanderungsland attraktiv, etwa gute Arbeitsmarktperspektiven oder ein als angenehm empfundenes Klima. Oftmals bevorzugen Migrantinnen und Migranten Zielländer bzw. -regionen, in denen sich bereits Netzwerke von Immigrantinnen und Immigranten aus ihrem Heimatland etabliert haben, die ihnen das „Zurechtfinden“ in der neuen Umgebung erleichtern.

In der folgenden Abbildung können Sie erkennen, wie das Regenerationsverhalten und die Migration die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung beeinflusst haben. In den vergangenen Jahren war der positive Wanderungssaldo meist größer als das Geburtendefizit, sodass die Gesamtbevölkerung in diesen Jahren gewachsen ist. In den Jahren 2003 bis 2010 nahm die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland ab. Der Wanderungssaldo reichte nicht mehr aus, um das Geburtendefizit auszugleichen. In den Jahren 2008 und 2009 wird sogar ein negativer Wanderungssaldo ausgewiesen. Dahinter verbirgt sich allerdings ein statistischer Sondereffekt, da die Einführung der Persönlichen Steueridentifikationsnummer zu einer Bereinigung der Melderegister geführt hat. Aufgrund der gestiegenen Zuwanderung ergab sich seit dem Jahr 2011 wieder ein Bevölkerungsanstieg.



Merke

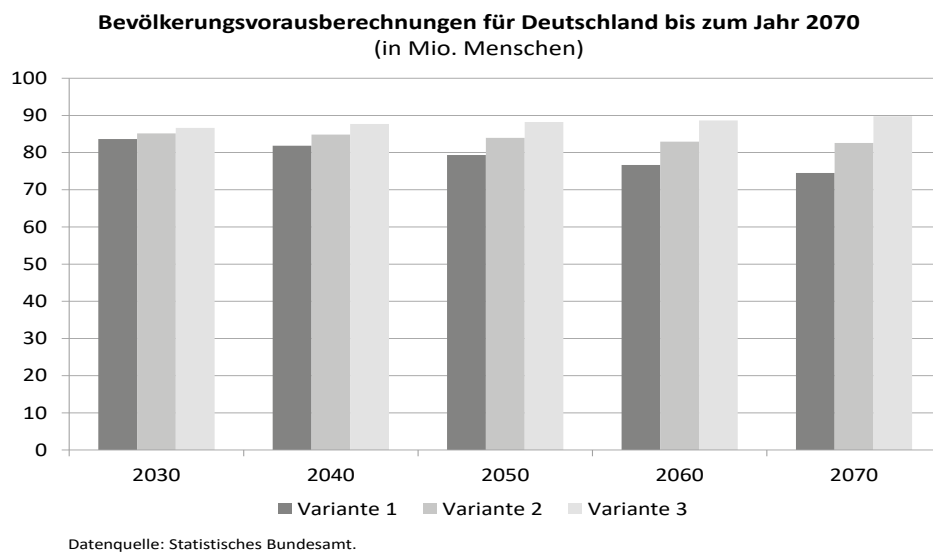
Die Bevölkerungsentwicklung ist vom Regenerationsverhalten und von der Migration abhängig.

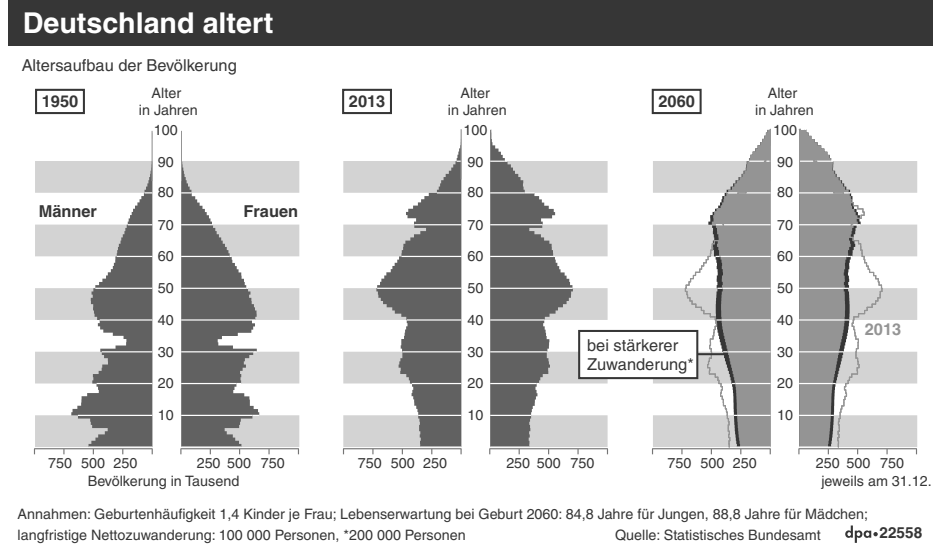
6.3 Bevölkerungsvoraus- berechnung

Ausgehend von der aktuellen Bevölkerung lassen sich Bevölkerungsvorausberechnungen für die kommenden Jahre anstellen. Hierfür müssen Annahmen über die durchschnittliche Lebenserwartung, die Geburtenzahl sowie den Wanderungssaldo in der Zukunft getroffen werden. Üblicherweise arbeiten die Bevölkerungswissenschaftler hierbei mit unterschiedlichen Annahmen, sodass mehrere Varianten einer Bevölkerungsvorausberechnung



existieren. Die folgende Abbildung zeigt drei Varianten der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. In allen drei Varianten wurden für die Geburtenrate und die Lebenserwartung identische Annahmen getroffen, sodass die Unterschiede in den Annahmen zur Migration begründet sind. Variante 1 geht von einer durchschnittlichen jährlichen Nettozuwanderung von 183.000 Personen aus, Variante 2 von 293.000 Personen und Variante 3 von 402.000 Personen.





Noch schwerwiegendere Auswirkungen als die Veränderung der Bevölkerungszahl wird die Veränderung der Bevölkerungsstruktur für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit sich bringen. So wird der Anteil der Menschen im Alter über 65 Jahren von derzeit rund 20 % bis zum Jahr 2060 auf über 30 % ansteigen, wobei auch hier die Annahmen zur Migration eine wichtige Rolle spielen, da insbesondere junge Menschen zuwandern.

Wie sich der Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland in der Vergangenheit verändert hat und sich voraussichtlich entwickeln wird, zeigt Ihnen das obige Schaubild.

Der demografische Wandel bringt vielfältige Veränderungen mit sich. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen bislang die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere auf die gesetzliche Rentenversicherung. Da sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern spürbar verschlechtern wird, sind Anpassungen hier unumgänglich bzw. wurden bereits teilweise eingeleitet.

Weitere Auswirkungen des demografischen Wandels betreffen unmittelbar die Güter- und die Arbeitsmärkte.

7 Arbeitsmarkt

Unter Pkt. 3.2 dieses Lernbriefs haben Sie erfahren, dass die Bedürfnisse der Menschen auch von ihrem Alter abhängig sind. Der zunehmende Anteil älterer Menschen wird demzufolge in den kommenden Jahrzehnten zu einer veränderten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen führen. Auch mit Blick auf die gesetzliche Krankenversicherung sind einige Veränderungen zu erwarten, und zwar sowohl hinsichtlich der Struktur als auch hinsichtlich des Ausmaßes der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen. Schließlich ist für alle Unternehmen und Betriebe von Bedeutung, dass das durchschnittliche Alter der Erwerbstätigen ansteigen wird.

Mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt werden wir uns unter Pkt. 7.2.2 dieses Lernbriefs ausführlich beschäftigen.

Merke

Die Entwicklung der Bevölkerung hat neben den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt auch Auswirkungen auf die soziale Sicherung und die Struktur der volkswirtschaftlichen Nachfrage.

7.1 Grundlagen

Der Arbeitsmarkt ist der Markt, auf dem die menschliche Arbeitsleistung angeboten und nachgefragt wird. Anbieter des Produktionsfaktors Arbeit sind die einzelnen Haushalte, die ihre Arbeitskraft gegen Entgelt anbieten (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer). Arbeitsnachfrager sind insbesondere die Unternehmen und der Staat (Arbeitgeber). Auch private Haushalte können Arbeit nachfragen, z.B. private Haushaltshilfen oder Pflegekräfte. Den Preis, der sich auf dem Arbeitsmarkt bildet, bezeichnet man in der Wirtschaftslehre üblicherweise als Lohnsatz oder Lohn. Er wird auf eine bestimmte Zeiteinheit bezogen (z.B. Stunden-, Wochen- oder Monatslohn).

Der Arbeitsmarkt weist gegenüber anderen Märkten eine Reihe von Besonderheiten auf. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass es eine Vielzahl von Teilarbeitsmärkten gibt, die sich insbesondere in regionaler Hinsicht sowie gemäß der Qualifikation der Arbeitskräfte unterscheiden lassen. Die regionale Bildung von Teilarbeitsmärkten ist darauf zurückzuführen, dass weder Arbeitsangebot noch die Arbeitsnachfrage uneingeschränkt räumlich mobil sind. Folglich unterscheiden sich beispielsweise sowohl die Lohnhöhe als auch die Arbeitslosigkeit deutlich zwischen den einzelnen Regionen in Deutschland.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Arbeitsmärkte gemäß der Qualifikation der Beschäftigten. Beispielsweise gibt es Teilarbeitsmärkte für Bürofachkräfte, für IT-Fachkräfte oder für ungelernte Arbeitskräfte. Auch hier gilt, dass die Mobilität zwischen den Teilarbeitsmärkten begrenzt ist und die Höhe des Lohns in den einzelnen Berufsgruppen deutliche Unterschiede aufweist.

Merke

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland lässt sich in eine Vielzahl von Teilarbeitsmärkten unterteilen (regionale Unterteilung, Unterteilung gemäß Qualifikation). Die Durchlässigkeit zwischen diesen Teilarbeitsmärkten ist begrenzt.

7.2 Bestimmungsgründe von Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot

7.2.1 Einzelwirtschaftliche Bestimmungsgründe

Die Arbeitsnachfrage ergibt sich aus dem wirtschaftlichen Kalkül des einzelnen Unternehmens und ist insbesondere vom Lohnsatz, von der Produktivität der Beschäftigten und von den Bedingungen auf dem Gütermarkt abhängig. Wie Sie unter Pkt. 5.5 dieses Lernbriefs erfahren haben, können in vielen Produktionsprozessen die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gegeneinander ausgetauscht (substituiert) werden. Je höher der Lohnsatz, desto lohnender ist es für ein Unternehmen, Arbeit durch Kapital zu ersetzen. Demgegenüber steigt bei gegebenem Lohnsatz die Arbeitsnachfrage, wenn die Beschäftigten, beispielsweise aufgrund einer verbesserten Qualifikation, produktiver werden, z.B. eine größere Gütermenge pro Zeiteinheit herstellen können. Zudem besteht eine enge Verbindung zwischen dem Arbeitsmarkt und den Absatzmärkten der Unternehmen. Wenn das von einem Unternehmen angebotene Produkt weniger stark nachgefragt wird, so sinkt die Arbeitsnachfrage dieses Unternehmens.

Die Arbeitsnachfrage der Haushalte und des Staats ist ebenfalls von der Höhe des Lohnsatzes abhängig. Neben den auch hier teilweise bestehenden Substitutionsmöglichkeiten spielt insbesondere die Zahlungsbereitschaft bzw. Zahlungsfähigkeit eine Rolle. Je höher beispielsweise der Lohn für Haushaltshilfen ist, umso weniger private Haushalte werden in der Lage sein, sich eine solche Haushaltshilfe zu leisten. Eine ähnliche Argumentation gilt für die öffentlichen Haushalte, die beispielsweise Beratungseinrichtungen oder Schwimmbäder schließen, um Personalausgaben zu sparen.

Merke

Die Arbeitsnachfrage eines einzelnen Unternehmens ist vom Lohn, von der Produktivität der Beschäftigten und der Nachfrage nach den von dem Unternehmen angebotenen Gütern abhängig. Bei steigendem Lohnsatz geht die Arbeitsnachfrage zurück. Bei steigender Produktivität nimmt die Arbeitsnachfrage zu.

Für das Arbeitsangebot sind mehrere Bestimmungsgründe von Bedeutung. Für die meisten Haushalte in Deutschland stellt das Arbeitseinkommen die einzige oder zumindest die bei weitem wichtigste Einkommensquelle dar. Insofern unterscheidet sich das Arbeitsangebot ganz wesentlich von dem Angebot an Gütern oder Dienstleistungen, da die Haushalte darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft am Markt abzusetzen. Hieraus folgt auch, dass die Verhandlungsposition der (potentiell) Beschäftigten in den meisten Fällen schwächer ist als die Verhandlungsposition des Arbeitgebers. Um einen Missbrauch dieser

Machtunterschiede zu verhindern, hat der Staat für den Arbeitsmarkt zahlreiche Spezialregelungen geschaffen, mit denen die Vertragsfreiheit der Beteiligten eingeschränkt wird. Beispiele hierfür sind gesetzliche Regelungen zu den maximal zulässigen Arbeitszeiten, zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz oder zum Kündigungsschutz.

Die Reaktion des individuellen Arbeitsangebots auf Veränderungen des Lohnsatzes stellt eine weitere Besonderheit des Arbeitsmarkts dar. Wenn die Haushalte ein bestimmtes Einkommensniveau benötigen (oder nicht auf ein bestimmtes Einkommensniveau verzichten möchten), so führt ein sinkender Lohnsatz zu einer Zunahme des individuellen Arbeitsangebots. In der Folge ist ein dauerhafter Verfall des Lohnniveaus nicht ausgeschlossen, entsprechende Entwicklungen wurden beispielsweise zur Zeit der industriellen Revolution beobachtet. Um einen dauerhaften Lohnverfall zu vermeiden, haben viele Staaten staatliche Mindestlöhne eingeführt. In Deutschland gilt ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn seit Januar 2015. Näheres hierzu erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 5“. Allerdings ist bei Mindestlöhnen darauf zu achten, dass diese nicht zu hoch festgelegt werden. Werden die Mindestlöhne auf einem Niveau festgesetzt, bei dem das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage übersteigt, so führt dies zu Arbeitslosigkeit.

Neben der Einkommenserzielung besitzt die Erwerbsarbeit für viele Menschen eine zusätzliche Bedeutung, da sie soziale Kontakte ermöglicht und das Selbstwertgefühl stärkt. Arbeitslosigkeit ist daher nicht nur mit Einkommenseinbußen, sondern meist auch mit negativen psychologischen Effekten verbunden.

Obwohl die meisten Menschen gerne einer Erwerbsarbeit nachgehen, ist auch darauf hinzuweisen, dass staatliche Transferzahlungen, z.B. Arbeitslosengeld, die Anreize zur Arbeitsaufnahme mindern können. Dies gilt speziell bei geringer qualifizierten Personen, die auf dem Arbeitsmarkt häufig nur wenig attraktive Arbeitsplätze vorfinden und bei denen die Unterschiede zwischen dem erzielbaren Erwerbseinkommen und dem staatlichen Transfereinkommen relativ gering sind.

Merke

Die Erwerbsarbeit stellt für die meisten Haushalte die alleinige oder wichtigste Einkommensquelle dar. Bei Lohnsenkungen ist daher in vielen Fällen zu erwarten, dass das Arbeitsangebot konstant bleibt oder sogar zunimmt. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer speziellen staatlichen Rahmensetzung für den Arbeitsmarkt.

Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ist durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet. Zwar handelt es sich bei einem Arbeitsvertrag stets um einen individuellen Vertrag zwischen einem Arbeitgeber und einem Beschäftigten. Wesentliche Inhalte sind jedoch für die meisten Wirtschaftsbereiche durch Tarifverträge bestimmt, die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Tarifautonomie abgeschlossen werden. Näheres hierzu erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Arbeitsrecht, Berufsbildung und Personalwesen“.

Gender Pay Gap

Auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland werden, ebenso wie in vielen anderen Ländern, Lohnunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten beobachtet. Dabei bestehen unterschiedliche Möglichkeiten, die Lücke (engl. „Gap“) zwischen dem durchschnittlichen Einkommen bzw. Lohnsatz von Männern und Frauen statistisch zu beschreiben.

Ein Vergleich der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Männern und Frauen ergibt den unbereinigten Gender Pay Gap. Dieser wird durch zahlreiche strukturelle Faktoren beeinflusst, insbesondere die unterschiedliche Entlohnung in typischen „Männerberufen“ und „Frauenberufen“ sowie den meist geringeren Anteil von Frauen in Führungspositionen. In vielen Bereichen sind strukturelle Veränderungen zu beobachten, etwa ein steigender Anteil von Frauen sowohl in zahlreichen traditionellen „Männerberufen“ als auch generell in Führungspositionen, die zu einem Rückgang des unbereinigten Gender Pay Gap beigetragen haben.

Der bereinigte Gender Pay Gap ergibt sich, wenn die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen um die genannten strukturellen Faktoren statistisch bereinigt wird. Mit anderen Worten, es wird der Unterschied in der Bezahlung von Männern und Frauen in gleichwertigen Berufen erfasst, wobei die Festlegung dieser Gleichwertigkeit gewisse Ermessensspielräume bietet.

Für das Jahr 2024 wird der unbereinigte Gender Pay Gap vom Statistischen Bundesamt mit 16 % angegeben, im Jahr 2004 betrug dieser Wert noch 23 %. Der bereinigte Gender Pay Gap wird für das Jahr 2024 mit 6 % angegeben.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht zudem noch den „Gender Pay Gap Arbeitsmarkt“, bei dem das durchschnittliche Monatseinkommen aus Erwerbstätigkeit betrachtet wird. Da Frauen sowohl eine geringere Erwerbsbeteiligung (siehe die Abbildung auf Seite 68) als auch im Durchschnitt eine geringere Zahl an Arbeitsstunden pro Monat aufweisen (höhere Teilzeitquote), liegt dieser Wert deutlich höher als die oben angeführten Lohnlücken pro Stunde und zwar bei 37 % im Jahr 2024.

7.2.2 Gesamtwirtschaftliche Bestimmungsgründe

Die in einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum, beispielsweise in einem Jahr, geleistete Arbeitsmenge in Stunden lässt sich mithilfe der folgenden Gleichung in ihre Bestimmungsgrößen zerlegen:

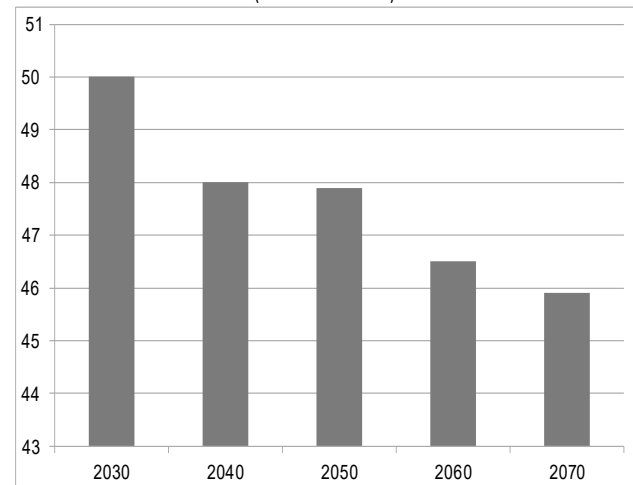
	= Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter
	x
Zahl der geleisteten Arbeitsstunden	Anteil der Erwerbstätigen (Erwerbsquote)
	x
	durchschnittliche Arbeits- stunden je Erwerbstätigen

Im Folgenden wollen wir die drei Bestimmungsfaktoren des volkswirtschaftlichen Arbeitsangebots genauer betrachten. Wie Sie unter Pkt. 6 dieses Lernbriefs erfahren haben, führt die demografische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten zu einem Rückgang der Bevölkerung und zu einem zunehmenden Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung. Dabei wird die Bevölkerungsabnahme in den einzelnen Regionen voraussichtlich sehr unterschiedlich verlaufen. Insbesondere in vielen Regionen Ostdeutschlands sowie in ländlichen Regionen Westdeutschlands ist eine überdurchschnittliche Bevölkerungsabnahme zu erwarten.

Die folgende Abbildung basiert auf der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts. Sie zeigt, wie sich in Deutschland die Zahl der Menschen im Alter zwischen 20 und 66 Jahren in den kommenden Jahren und Jahrzehnten entwickeln könnte. Die Werte basieren auf der mittleren Zuwanderungsvariante. Dennoch kommt es zu einem deutli-

chen Rückgang der Zahl der Menschen in der entsprechenden Altersgruppe von rund 10 v. H. Ein ähnlicher prozentualer Rückgang ergibt sich, wenn man die Obergrenze der betrachteten Personengruppe nicht mit 66 Jahren, sondern mit 68 Jahren festlegt.

Mögliche Bevölkerungsentwicklung – Altersgruppe 20 – 66
(in Mio. Menschen)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt. „Mittlere“ Wanderungsannahme.

Nicht alle Menschen im erwerbsfähigen Alter sind als Arbeitsanbieter auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich:

- Ausbildung/Studium
- Krankheit/Behinderung
- freiwillige Konzentration auf Familie und Hausarbeit
- Bezug von Rente oder Pension vor dem offiziellen Renteneintrittsalter

Darüber hinaus gibt es Menschen, die zwar gerne einer Erwerbsarbeit nachgehen würden, auf dem Arbeitsmarkt jedoch keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Wenn diese Personen bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitsuchend gemeldet sind, handelt es sich um „registrierte Arbeitslose“. Sofern die Personen zwar eine Erwerbsarbeit aufnehmen könnten, nicht jedoch bei der Arbeitsagentur registriert sind, bezeichnet man sie üblicherweise als „stille Reserve“.

Das sogenannte Erwerbspersonenpotenzial umfasst alle Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen (abhängig Beschäftigte sowie Selbstständige) oder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten (registrierte Arbeitslose und stille Reserve). Die folgende Abbildung zeigt Ihnen die Zusammenhänge zwischen den Größen zur Beschreibung des Arbeitsmarkts:

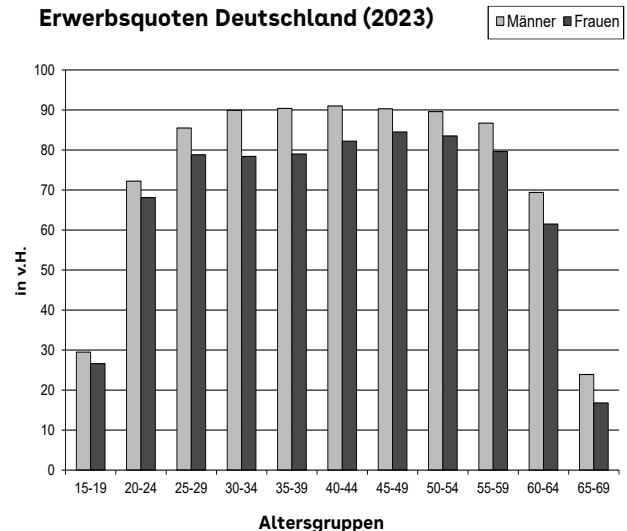
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter			
Erwerbspersonenpotenzial			Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (z.B. Studierende, Rentner, Hausfrauen/-männer, kranke und behinderte Menschen)
Erwerbstätige	registrierte Arbeitslose	stille Reserve	

Eine wichtige Größe zur Beschreibung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkts ist die Erwerbsquote. Die Erwerbsquote ergibt sich, wenn man die Zahl der Erwerbstätigen ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter setzt. Wie die folgende Abbildung zeigt, ist die Erwerbsquote in den einzelnen Bevölkerungsgruppen höchst unterschiedlich. So ist in Deutschland die Erwerbsquote der Männer generell höher als die Erwerbsquote der Frauen. Besonders niedrig ist die Erwerbsquote bei Männern und Frauen über 60 Jahren.

Eine Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kann ganz oder teilweise durch einen Anstieg der Erwerbsquote ausgeglichen werden. Mögliche Ansätze zur Erhöhung der Erwerbsquote sind insbesondere:

- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Verkürzung von Schulzeit und Studiendauer (früherer Eintritt in das Erwerbsleben)
- Erhöhung der Frauenerwerbsquote (z.B. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit, Telearbeit)
- Erhöhung des faktischen Renteneintrittsalters (als faktisches Renteneintrittsalter bezeichnet man das Alter, in dem die Beschäftigten durchschnittlich in Rente gehen, es liegt in Deutschland seit vielen Jahren deutlich unter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter)

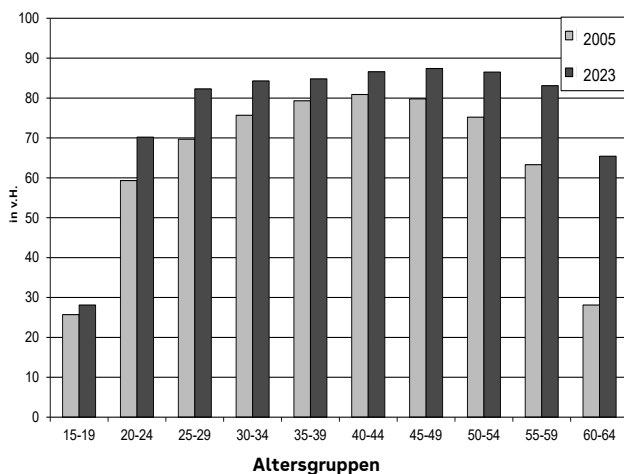
Erwerbsquoten Deutschland (2023)



Eigene Darstellung. Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Die folgende Abbildung lässt erkennen, dass die Erwerbsquote in Deutschland in den vergangenen Jahren in allen Altersgruppen gestiegen ist. Einen wesentlichen Beitrag hierzu hat die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geleistet. Der deutliche Anstieg der Erwerbsquote bei den älteren Menschen hängt zudem mit dem Abbau von Anreizen zum vorzeitigen Renteneintritt zusammen.

Entwicklung der altersspezifischen Erwerbsquoten in Deutschland (2005 – 2023)



Eigene Darstellung. Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Obwohl sich aufgrund der genannten Möglichkeiten, für die jeweils bereits politische Maßnahmen ergriffen worden sind, die Erwerbsquote in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter erhöhen dürfte, wird dies die demografische Entwicklung nicht völlig ausgleichen. Folglich ist mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen zu rechnen.

Schließlich kann sich auch die Zahl der von den Erwerbstätigen durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden verändern. Die durchschnittlich pro Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden nehmen zu, wenn

- die tarifliche Wochenarbeitszeit verlängert wird,
- die Jahresarbeitszeit verlängert wird (z.B. kürzerer Urlaub, weniger Feiertage),
- Teilzeitarbeitsplätze in Vollzeitarbeitsplätze umgewandelt werden.

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen betrug in Deutschland im Jahr 2022 rund 45,4 Mio. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten beträgt rund 31%. Im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung gaben im Jahr 2019 rund 2,1 Mio. Erwerbstätige in Deutschland an, dass sie gerne ausschließlich länger arbeiten würden (sogenannte Unterbeschäftigte). Dabei handelt es sich um 1,0 Mio. Vollzeitbeschäftigte und 1,1 Mio. Teilzeitbeschäftigte. Dem stehen rund 1,5 Mio. „Überbeschäftigte“ gegenüber, d.h. Menschen, die gerne ihre Arbeitszeit reduzieren würden.

7.3 Arbeitsqualität

Die Haushalte als Arbeitsanbieter verfügen über unterschiedliche Fähigkeiten und Kenntnisse. Die Anforderungen der Arbeitsnachfrager an die Qualifikationen der Beschäftigten haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend verändert. So hat die Bedeutung von Dienstleistungsberufen gesamtwirtschaftlich zugenommen (vgl. Pkt. 8.3 dieses Lernbriefs) und die Beschäftigten müssen zunehmend in der Lage sein, mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken umzugehen. Angesichts des schnellen technologischen und wirtschaftlichen Wandels werden Qualifikationen immer schneller „entwertet“. Die Beschäftigten sind folglich gefordert, ihre Qualifikation ständig auszubauen und den neuen Anforderungen anzupassen („lebenslanges Lernen“). Die Arbeitgeber sind gefordert, die Beschäftigten

hierbei zu unterstützen, beispielsweise durch Fortbildungsangebote.

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt zudem als genereller Trend, dass immer mehr Arbeitsplätze nur von qualifizierten bzw. hoch qualifizierten Beschäftigten besetzt werden können. Demgegenüber ist – insbesondere in der industriellen Produktion – die Zahl der Arbeitsplätze, die nur geringe Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten stellen, ständig gesunken, da diese Arbeitsplätze durch Maschinen ersetzt oder in andere Länder mit deutlich niedrigeren Lohnkosten verlagert wurden.

Neben der formalen Qualifikation der Beschäftigten, die sich durch Aus-, Fort- und Weiterbildung verbessern lässt, ist die Qualität der geleisteten Arbeit auch von der Arbeitsmotivation und vom Gesundheitszustand der Beschäftigten abhängig. Die Arbeitsmotivation kann durch vielfältige Maßnahmen des Unternehmens verbessert werden (z.B. „Betriebsklima“, Anreizverfahren). Mit Blick auf den Gesundheitszustand der Beschäftigten kommt auch den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung eine wichtige Rolle zu, auf die im Folgenden noch genauer eingegangen wird.

7.4 Wechselwirkungen zwischen Sozialversicherungen und Arbeitsmarkt

Zwischen den Sozialversicherungen und dem Arbeitsmarkt bestehen vielfältige Wechselwirkungen. So kann das Arbeitsangebot unmittelbar durch Leistungen der Sozialversicherungen beeinflusst werden. Dies gilt insbesondere für die gesetzliche Rentenversicherung. Die gesetzlichen Bestimmungen, mit denen der Rentenzugang geregelt wird, haben einen wesentlichen

Einfluss auf die Erwerbsquote älterer Menschen.

Speziell in den 1980er und 1990er Jahren wurden in der Bundesrepublik Deutschland vielfältige Möglichkeiten geschaffen, vor dem 65. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Dies führte jedoch zu zusätzlichen Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherungen und damit zu einem Anstieg der Personalzusatzkosten. Dadurch wurde der sogenannte Generationenvertrag, der ohnehin aufgrund der demografischen Entwicklung vor enormen Herausforderungen steht, zusätzlich belastet (vgl. hierzu den umseitigen Kasten). Im Jahr 2007 wurde zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzierung eine Anhebung der Regelaltersgrenze beschlossen. Seit dem Jahr 2012 wird die Regelaltersgrenze von bislang 65 Jahren über einen Zeitraum von 18 Jahren schrittweise auf 67 Jahre erhöht, wobei der Geburtsjahrgang 1964 der erste Jahrgang ist, für den das reguläre Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt. Sonderregelungen gelten für besonders langjährig Versicherte sowie für schwerbehinderte Menschen.

Im Jahr 2014 wurde durch das „Rentenpaket“ für Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren die Möglichkeit geschaffen, ohne Rentenabschläge früher in den Ruhestand zu gehen. Für Versicherte, die vor dem 01. 01. 1953 geboren sind und die nach dem 01. 07. 2014 in Rente gehen, gilt eine Altersgrenze von 63 Jahren. Für spätere Jahrgänge steigt diese Altersgrenze mit jedem Lebensjahr um zwei Monate, sodass ab dem Geburtsjahrgang 1964 ein abschlagsfreier Renteneintritt mit 65 Jahren möglich ist, sofern 45 Beitragsjahre gegeben sind. Die zusätzlichen Kosten dieser Reform steigen bis zum Jahr 2030 auf rund 3 Mrd. € pro Jahr.

Generationenvertrag und demografischer Wandel

Gemäß ihrem Lebensalter kann man verschiedene Generationen unterscheiden. Diese Generationen stehen in wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen zueinander. Kinder und Jugendliche sind darauf angewiesen, von ihren Eltern materiell versorgt zu werden. Auch ältere Menschen sind häufig nicht mehr oder zumindest nur noch eingeschränkt in der Lage, ein Arbeitseinkommen zu erzielen. Folglich kommt der „mittleren Generation“, also den Menschen im erwerbsfähigen Alter, die Aufgabe zu, sowohl die Generation ihrer Kinder als auch die Generation ihrer Eltern materiell zu versorgen bzw. zu unterstützen. Die Versorgung der älteren Generation lässt sich dabei auch als „Gegenleistung“ für die Versorgung ansehen, die die mittlere Generation während ihrer Kindheit von den Eltern erhalten hat.

In vorindustriellen Gesellschaften erfolgte die materielle Versorgung der älteren Generation innerhalb der Familien. In modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften ist es Aufgabe des staatlichen Sozialsystems, den Lebensstandard der Älteren abzusichern. In Deutschland ist diese Aufgabe im Wesentlichen der gesetzlichen Rentenversicherung zugewiesen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist nach dem Umlageverfahren gestaltet. Dies bedeutet, dass die derzeit Erwerbstätigen einen Teil ihres Erwerbseinkommens an den Träger der gesetzlichen Rentenversicherung abführen (Rentenversicherungsbeiträge). Diese Mittel werden vom Träger der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet, um die Altersrenten zu finanzieren. Abhängig Beschäftigte erwerben durch die Beitragszahlungen den Anspruch, nach dem Eintritt in den Ruhestand ebenfalls Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten. Diese Einkommensumverteilung zwischen den Generationen bezeichnet man als Generationenvertrag, auch wenn es sich hierbei nicht um einen Vertrag im rechtlichen Sinn handelt.

Die demografische Entwicklung in Deutschland führt in zweifacher Hinsicht zu einer Belastung des Generationenvertrags. Zum einen verlängert sich aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung der

Zeitraum, in dem die älteren Menschen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Zum anderen führen die anhaltend niedrigen Geburtenraten zu einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen. Diese beiden Entwicklungen haben zur Folge, dass sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern zunehmend zulasten der Beitragszahler verändert. Zur Beschreibung dieser Entwicklung nutzt man zumeist den sogenannten Altersquotienten, der die Zahl der über 65-Jährigen ins Verhältnis zur Zahl der Menschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren setzt. Derzeit hat dieser Altersquotient einen Wert von 0,38, d.h., auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen 38 Personen im Alter über 65 Jahre. Wenn sich die Annahmen über die weitere Bevölkerungsentwicklung bewahrheiten, wird dieser Quotient bis zum Jahr 2060 auf einen Wert von 0,58 steigen.

Die Funktionsweise eines umlagefinanzierten Rentensystems lässt sich durch eine einfache Gleichung beschreiben. Die Gesamteinnahmen entsprechen in diesem System stets den Gesamtausgaben. Folglich gilt, dass die Zahl der Beitragszahler multipliziert mit der durchschnittlichen Beitragshöhe genau der Zahl der Leistungsempfänger multipliziert mit der durchschnittlichen Leistungshöhe entspricht. Wenn sich in den kommenden Jahrzehnten das Verhältnis zwischen der Zahl der Beitragszahler und der Zahl der Rentenbezieher wie beschrieben verändert, so müssen – bei ansonsten unveränderten Bedingungen – entweder die durchschnittlichen Beiträge deutlich erhöht oder die durchschnittlichen Leistungen deutlich gesenkt werden.

Um den Beitragsanstieg bzw. das Ausmaß der Leistungskürzung zu beschränken, kann das Verhältnis zwischen der Zahl der Beitragszahler und der Zahl der Leistungsempfänger durch sozial- bzw. wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinflusst werden. Dies kann zum einen durch eine Erhöhung der Erwerbsquote (Anstieg der Zahl der Beitragszahler bei zunächst unveränderter Zahl der Leistungsempfänger), zum anderen durch eine Erhöhung des Rentenzugangsalters (abnehmende Zahl von Leistungsempfängern bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der Beitragszahler) erfolgen.

Weitere Optionen sind eine verstärkte Zuwanderung sowie eine Erhöhung der Geburtenrate. Mit Blick auf die Zuwanderung ist allerdings zu beachten, dass die Qualifikation der Zuwanderer den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts entsprechen sollte. Zudem müssen bei einer weiteren Erhöhung der Zuwandererzahlen auch die Integrationsanstrengungen weiter intensiviert werden.

Ob es in den kommenden Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Geburtenrate kommen wird, erscheint angesichts des stabilen Trends der vergangenen Jahrzehnte (vgl. Pkt. 6 dieses Lernbriefs) fraglich. Selbst wenn in den kommenden Jahren wesentlich mehr Kinder als in der Vergangenheit geboren werden, so stehen diese erst nach dem Jahr 2045 dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Schließlich besteht die Möglichkeit, das umlagefinanzierte Rentenversicherungssystem durch Zuschüsse aus dem Staatshaushalt zu entlasten. Dieser Weg wurde beispielsweise im Zusammenhang mit der Einführung der „Öko-Steuer“ auf Mineralöl und andere Energieträger beschritten, deren Aufkommen zu großen Teilen als Staatszuschuss der gesetzlichen Rentenversicherung zufließt. Auf diesem Weg können zwar sowohl Beiträge als auch Leistungen stabilisiert werden, gleichzeitig sinkt jedoch die Kaufkraft von Arbeits- und Renteneinkommen aufgrund der gestiegenen Energiepreise.

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung hat auch die gesetzliche Krankenversicherung einen Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot. Durch Präventionsleistungen, Leistungen im Krankheitsfall sowie Rehabilitationsmaßnahmen sollen Krankheiten vermieden bzw. die Dauer von Krankheiten verkürzt werden. Hierdurch nimmt die Zahl der in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte bzw. die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden tendenziell zu. Das Leistungsangebot der gesetzlichen Krankenversicherung hat damit auch einen positiven Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot.

Zwischen dem Beitragsaufkommen der Sozialversicherungsträger, ihren Leistungen und dem volkswirtschaftlichen Arbeitsmarkt bestehen zahlreiche Wechselwirkungen, die im Folgenden am Beispiel der gesetzlichen Krankenversicherung erläutert werden.

Da die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung – ebenso wie bei den anderen gesetzlichen Sozialversicherungen – an den Arbeitseinkommen anknüpfen, haben Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt unmittelbare Folgen für das Beitragsaufkommen. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit führt dabei ebenso zu einem erhöhten Beitragsaufkommen wie ein Anstieg der Löhne und Gehälter. Umgekehrt hat ein Anstieg der Arbeitslosigkeit oder eine Verminderung der Lohnzahlungen (z.B. Kürzung des Urlaubs- oder Weihnachtsgeldes) einen Beitragsrückgang zur Folge. Sofern die gesetzlichen Krankenkassen keine Rücklagen gebildet haben und auch keine Kredite aufnehmen können, müssen sie hierauf entweder mit Kostensenkungen oder mit Beitragssatzerhöhungen (kassenindividueller Zusatzbeitrag) reagieren.

Die Höhe des Beitragssatzes wirkt sich jedoch auch auf die volkswirtschaftliche Arbeitsnachfrage aus. Steigende Beitragssätze, beispielsweise infolge steigender Kosten für medizinische Behandlungen oder Medikamente, haben einen Anstieg der Arbeitskosten und damit einen Rückgang der volkswirtschaftlichen Arbeitsnachfrage zur Folge. Angesichts dieses Zusammenhangs ist es verständlich, dass in den vergangenen Jahren durch vielfältige Reformen im Gesundheitswesen versucht wurde, die Kosten zu verringern, um – zusammen mit zahlreichen anderen Maßnahmen – die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Auf die staatliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gehen wir im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 5“ ausführlich ein.

7.5 Übungen zu den Lernabschnitten 6 und 7

Übung 35

Stellen Sie dar, von welchen Bestimmungsgrößen die Bevölkerungsentwicklung abhängig ist. Beschreiben Sie einige wesentliche Kennzeichen der Bevölkerungsentwicklung für die Bundesrepublik Deutschland.

Übung 36

Nennen Sie drei Bereiche, in denen die Alterung der deutschen Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten Veränderungen mit sich bringen wird, und erläutern Sie diese Veränderungen.

Übung 37

Erläutern Sie, in welche Teilmärkte sich der Arbeitsmarkt unterscheiden lässt.

Übung 38

Stellen Sie dar, welche Unterschiede zwischen dem Arbeitsangebot und dem Angebot auf Gütermärkten bestehen. Gehen Sie dabei auch auf spezielle staatliche Rahmensetzungen für den Arbeitsmarkt ein.

Übung 39

Nennen Sie drei Entwicklungen, die zu einer Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots führen können.

Übung 40

Erläutern Sie wesentliche Zusammenhänge zwischen dem Arbeitsmarkt und dem System der sozialen Sicherung.

8 Arbeitsteilung

8.1 Grundlagen

Die Arbeitsteilung ist ein zentrales Organisationsprinzip des Wirtschaftens. Da jeder Mensch mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen ausgestattet ist, ermöglicht es die Arbeitsteilung, diese unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen zu nutzen und dadurch den gesellschaftlichen Wohlstand zu erhöhen. Die Arbeitsteilung folgt somit unmittelbar aus dem ökonomischen Prinzip („Maximalprinzip“), d.h. mit einer gegebenen Menge an Produktionsfaktoren wird eine maximale Produktionsmenge erstellt. Ein kleines Zahlenbeispiel soll Ihnen die Grundzusammenhänge verdeutlichen:

Beispiel

Nehmen Sie an, auf einer einsamen Insel leben nur zwei Menschen (z.B. Robinson Crusoe und sein Freund Freitag). Die beiden ernähren sich von gesammelten Früchten und von Fischen, die sie aus dem Meer fangen. Freitag hat ein besonderes Talent für das Sammeln von Früchten. Während Robinson Crusoe in einer Stunde 100 Gramm (g) Früchte sammelt, gelingt es Freitag in derselben Zeit die doppelte Menge zu sammeln, also 200 g/Stunde. Beim Fischfang verhält es sich umgekehrt. In einer Stunde fängt Freitag einen Fisch, Robinson Crusoe hingegen fängt zwei Fische.

Wenn jeder der beiden Freunde vier Stunden am Tag Fische fängt und vier Stunden am Tag Früchte sammelt, so haben sie zusammen zwölf Fische und 1.200 g Früchte. Widmet sich hingegen Robinson Crusoe acht Stunden lang dem Fischfang und Freitag sammelt acht Stunden lang Früchte, so erhalten sie mit demselben Arbeitseinsatz 16 Fische und 1.600 g Früchte.

Folge

Durch die Arbeitsteilung erhöht sich die volkswirtschaftliche Produktion, da die unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten der Menschen genutzt werden.

Hinzu kommt, dass die auf einzelnen Tätigkeiten spezialisierten Menschen Erfahrungen sammeln und auch neue Produktionsmethoden entwickeln. Dadurch nimmt ihre Produktivität und damit auch der Wohlstand der Volkswirtschaft weiter zu.

In modernen Volkswirtschaften unterscheidet man insbesondere zwischen der betrieblichen, der volkswirtschaftlichen und der internationalen Arbeitsteilung, die wir Ihnen im Folgenden genauer vorstellen werden. Beginnen möchten wir jedoch mit einem kurzen Überblick über die historische Entwicklung der Arbeitsteilung.

8.2 Entwicklungsstufen der Arbeitsteilung und betriebliche Arbeitsteilung

Das Zusammenleben von Menschen in Gruppen (z. B. Großfamilien) hat bereits vor vielen Jahrtausenden zu ersten Formen der Arbeitsteilung innerhalb dieser Gruppen geführt, d. h., einzelne Gruppenmitglieder haben sich auf bestimmte Tätigkeiten spezialisiert. Als nächster Schritt lässt sich insbesondere im Zusammenhang mit dem Entstehen größerer Siedlungen die Entwicklung bestimmter Grundberufe ansehen, z. B. Töpfer oder Schmied, die dann im Zuge einer weiteren Spezialisierung immer weiter differenziert wurden (Berufsspaltung, z. B. Waffenschmied, Goldschmied etc.).

Eine Arbeitsteilung zwischen Betrieben hat es ebenfalls bereits sehr früh in der Geschichte gegeben, beispielsweise hat ein Schuster Leder von einem Gerber bezogen und ein Tischler Nägel von einem Schmied. Die Zerlegung des Arbeitsprozesses innerhalb eines Betriebes ist ebenfalls historisch relativ alt, wurde jedoch insbesondere seit der industriellen Revolution wesentlich vorangetrieben, besonders deutlich lässt sich dies an der Einführung der Fließbandproduktion veranschaulichen. Auch die Arbeitsteilung zwischen den Betrieben nimmt seit dieser Zeit in der Tendenz immer weiter zu.

Da insbesondere die Fließbandarbeit aber auch andere Formen der Arbeitsteilung oft erhebliche Nachteile mit sich bringen, etwa in Form einer einseitigen körperlichen Belastung, einer als monoton empfundenen Tätigkeit sowie einem abnehmenden Verantwortungsbewusstsein für das Gesamtprodukt, wurden Maßnahmen entwickelt, diese Nachteile zu vermeiden oder zumindest zu verringern.

Möglichkeiten hierfür sind

- der Aufgabenwechsel (Job-Rotation): Hiermit ist ein regelmäßiger Wechsel zwischen mehreren Teiltätigkeiten innerhalb eines Betriebs gemeint (z.B. Wechsel im Privatkundenservice zwischen Sachleistungs- und Krankengeldfall-Managementbereich).
- Aufgabenerweiterung (Job-Enlarge-ment): Hiermit ist eine Erweiterung der übertragenen Arbeitsaufgaben gemeint. Dabei werden einer Arbeitsaufgabe vor- und nachgelagerte Tätigkeiten zugeordnet.
- Aufgabenbereicherung (Job-Enrichment): Hiermit ist die Übernahme zusätzlicher Arbeiten, z.B. Wartung der Maschinen und Kontrolle der Produkte gemeint. Hier wird im Gegensatz zur Aufgabenerweiterung die Arbeit auch qualitativ angereichert und nicht nur quantitativ.
- Bildung selbstständiger Arbeitsgruppen (teilautonome Arbeitsgruppen): Hiermit ist die Übertragung einer breiten Produktionsaufgabe auf die Gruppe wie Programmplanung, Ausführung verschiedener Teiltätigkeiten und letztlich auch die Kontrolle gemeint (z.B. im Rahmen der Teambildung bei den AOKs).

8.3 Volkswirtschaftliche Arbeitsteilung

Die Arbeitsteilung erfasst auch die gesamte Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft eines Landes kann in drei Wirtschaftsbereiche (-sektoren) unterteilt werden:

1. Urerzeugung (primärer Sektor)

Die Unternehmen dieses Sektors stellen Güter für die nachfolgenden Produktionsstufen her. Hierzu gehören alle Unternehmungen, deren Produktion unmittelbar mit der Natur zu tun hat, um Rohstoffe zu gewinnen oder andere Produkte herzustellen. Zur Urerzeugung gehören z.B.

- Land- und Forstwirtschaft,
- Jagd und Fischerei,
- Bergbau und die Energiegewinnung.

2. Weiterverarbeitung (sekundärer Sektor)

Ein großer Teil der im primären Sektor hergestellten Güter sind noch nicht konsumreif, sodass sie eine weitere Produktionsstufe durchlaufen müssen. Die Unternehmungen des weiterverarbeitenden Sektors sind also Betriebe, deren Produktion auf der Vorleistung der Betriebe des primären Sektors aufbaut. Es kann zwischen folgenden Wirtschaftszweigen im Rahmen des sekundären Sektors unterschieden werden:

- Grundstoffindustrie (z.B. chemische Industrie, eisen- und stahlerzeugende Industrie, Mineralölindustrie)
- Investitionsgüterindustrie (z.B. Stahlbau, Maschinenbau, Automobilbau, Elektroindustrie)

- Konsumgüterindustrie (z.B. Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bekleidungsindustrie, Möbelindustrie)
- Handwerksbetriebe, z.B. das Waren produzierende Handwerk (Bauhandwerk), das reparierende Handwerk (z.B. Installateure, Autoreparaturwerkstätten)

Die Produktion in Industriebetrieben erfordert in der Regel einen hohen Kapitaleinsatz, da die Produktion weitgehend mechanisiert bzw. automatisiert ist. Handwerksbetriebe sind in aller Regel kleiner als Industriebetriebe. Typisch für Handwerksbetriebe ist die arbeits-/personalintensive Herstellung der Güter.

3. Handel und Dienstleistungen (tertiärer Sektor)

Unternehmen dieses Sektors sind Handels- oder Dienstleistungsbetriebe.

Handelsbetriebe haben die Funktion, für die Verteilung der Güter in der Volkswirtschaft zu sorgen. Es kann zwischen Groß-, Einzel- und Außenhandel unterschieden werden:

Der Großhandel verkauft die Güter an Verarbeiter, Wiederverkäufer und Großverbraucher.

Der Einzelhandel verkauft kleine Mengen von Gütern direkt an die Haushalte.

Der Außenhandel sorgt für den Gütertausch zwischen den in- und ausländischen Unternehmungen.

Verkehrsbetriebe befördern Güter, Nachrichten und/oder Personen (z.B. Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG, Speditionen, Busunternehmen, Taxiunternehmen).

Kreditinstitute wickeln den Zahlungsverkehr zwischen Betrieben und Haushalten ab, vermitteln Kredite, indem sie Geld sammeln und verleihen, und beraten in Vermögensfragen.

Versicherungsbetriebe übernehmen die Absicherung bestimmter Risiken. Die Individualversicherungen bieten individuellen Versicherungsschutz gegen fast alle Risiken des Lebens. Sie werden wiederum unterteilt in

- Personenversicherungen, die Schutz im Falle von Krankheit, Unfall oder Tod bieten (z.B. private Kranken-, Unfall- und Lebensversicherung) und
- Schadenversicherungen, die Schadensfälle bei Feuer, Blitzschlag usw. und Verpflichtungen zum Schadenersatz abdecken (z.B. Kraftfahrzeug-, Haftpflichtversicherung).

Die gesetzliche Sozialversicherung bietet die Absicherung der vielfältigen Wechselfälle des Lebens. Sie gliedert sich in folgende fünf Bereiche:

- Krankenversicherung
- Pflegeversicherung
- Unfallversicherung
- Rentenversicherung
- Arbeitsförderung

Hotels und Gaststätten stellen Unterkunft und Verpflegung gegen Entgelt zur Verfügung.

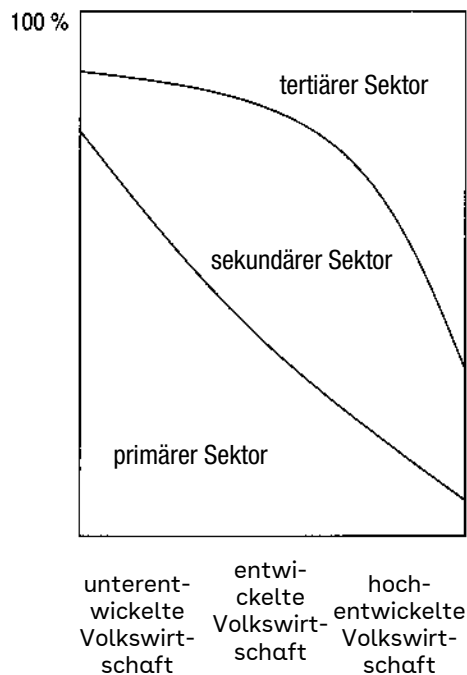
Freie Berufe (z.B. Steuerberater, Rechtsanwältinnen, niedergelassene Ärzte, Zahnärztinnen) erbringen spezifische Dienstleistungen.

Das Dienstleistungshandwerk (z.B. Wäschereien, Reinigungen, Gebäudereinigungen) stellt gegen eine Vergütung seine jeweilige Dienstleistung zur Verfügung.

Das Schaubild auf der folgenden Seite zeigt die einzelnen Wirtschaftssektoren noch einmal im Überblick.

Die Anteile der drei Sektoren an der volkswirtschaftlichen Produktion haben sich in den vergangenen zwei Jahrhunderten stark verändert und weichen auch im internationalen Vergleich deutlich voneinander ab. Im 19. Jahrhundert stieg in Europa der Anteil der industriellen Produktion zu Lasten des primären Sektors immer weiter an. Insbesondere die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist von einer zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors gekennzeichnet. In der Bundesrepublik Deutschland liegt der Anteil des tertiären Sektors an der volkswirtschaftlichen Produktion bereits bei über zwei Dritteln. Die folgende Abbildung zeigt den typischen Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft und dem Anteil der einzelnen Sektoren.

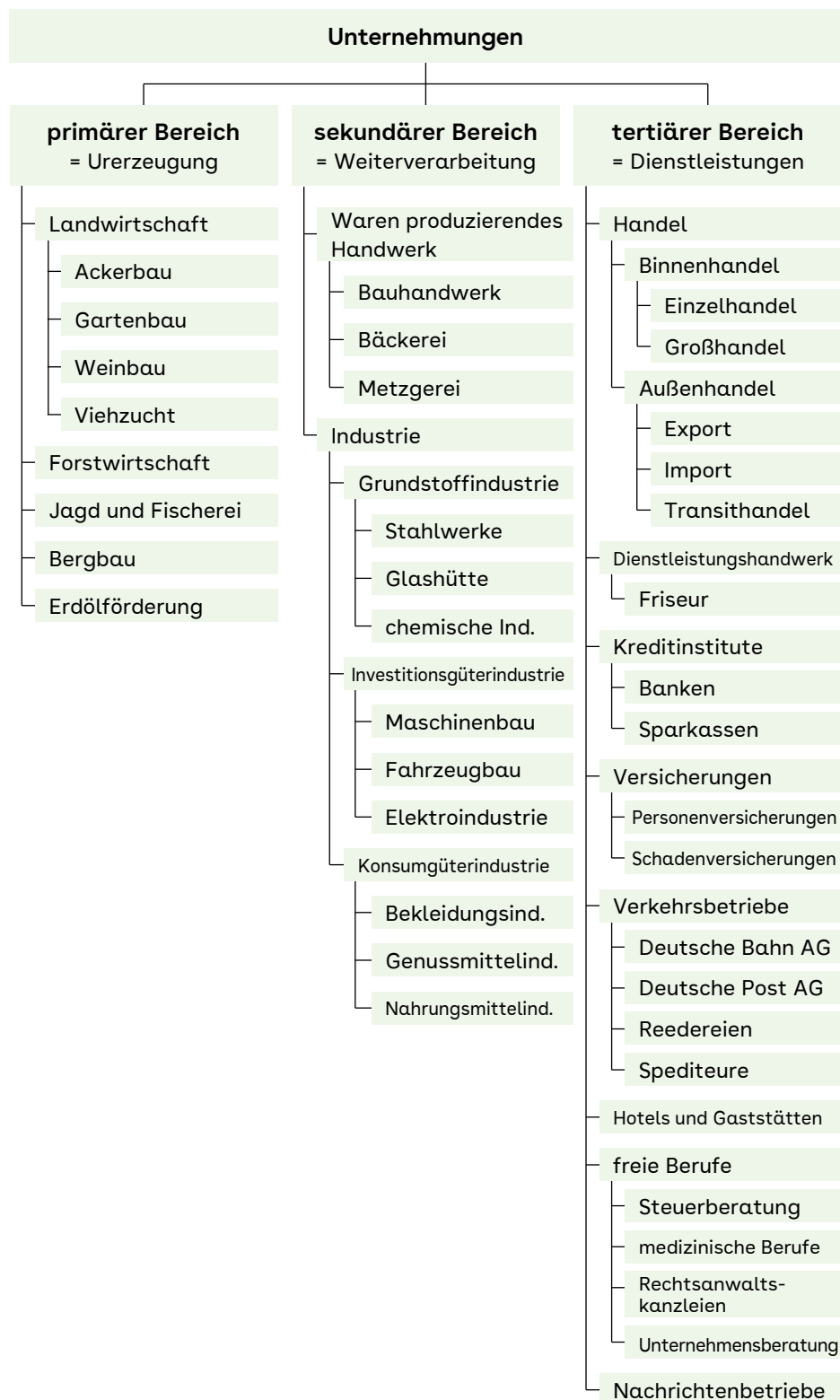
Anteile der drei Sektoren an der volkswirtschaftlichen Produktion



Die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung hat insgesamt zu höherer Produktivität und damit zu einer kostengünstigeren Produktion von Gütern und Dienstleistungen geführt.

Gleichzeitig sind die einzelnen Wirtschaftszweige jedoch wiederum voneinander abhängig geworden. So können beispielsweise große Betriebe ihre Position gegenüber Zuliefererbetrieben (z.B. in der Automobilindustrie) besser durchsetzen.

Die drei Wirtschaftsbereiche einer Volkswirtschaft



Andererseits können z.B. Schwerpunkstreiks in einem Zulieferwerk in Spanien, die aufgrund der Lohnsituation dort geführt werden, in Deutschland die Automobilproduktion lahm legen, wie Beispiele aus der Vergangenheit bei der Volkswagen AG und der Adam Opel AG gezeigt haben. Auch musste z.B. vor einigen Jahren die Belegschaft einiger Fordwerke Zwangsurlaub nehmen, weil ein Zulieferer keine Türschlösser liefern konnte.

Diese starken gegenseitigen Abhängigkeiten (Interdependenzen) wirken sich auf die gesetzliche Sozialversicherung aus. Muss z.B. in einem Automobilwerk aufgrund eines Streiks im Zulieferwerk Kurzarbeit angeordnet werden, sinken die Löhne und damit die Beitragseinnahmen der betroffenen Sozialversicherungsträger.

Im Jahr 2021 kam es in Deutschland und anderen EU-Staaten zu zahlreichen Lieferengpässen und Produktionsausfällen aufgrund von Störungen in den globalen Lieferketten. Ursächlich wären hierfür unter anderem die Schließung chinesischer Häfen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und die rund einwöchige Sperrung des Suezkanals infolge einer Havarie.

Die Arbeitsteilung innerhalb eines Sektors bezeichnet man als horizontale Arbeitsteilung, die Arbeitsteilung zwischen den Sektoren als vertikale Arbeitsteilung.

Merke

In der arbeitsteiligen Volkswirtschaft können drei Wirtschaftsbereiche (-sektoren) unterschieden werden:

1. primärer Sektor – Urerzeugung
2. sekundärer Sektor – Weiterverarbeitung
3. tertiärer Sektor – Handel und Dienstleistungen

8.4 Internationale Arbeitsteilung

Die internationale Arbeitsteilung ist die Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften verschiedener Länder. Sie beruht auf der Überlegung, die Güter jeweils in dem Land herstellen zu lassen, in dem die Produktion die niedrigsten Kosten verursacht. Durch den Außenhandel werden die verschiedenen Güter dann wieder ausgetauscht. Dadurch kommen die privaten Haushalte in den einzelnen Ländern in den Genuss der niedrigeren Produktionskosten und die Vielfalt des Warenangebots steigt. Die internationale Arbeitsteilung kann durch die unterschiedliche Ausstattung der Länder (z.B. Klima, Bodenschätze), den unterschiedlichen Entwicklungsstand und auch durch politische Entscheidungen begründet werden. In Ländern mit einem niedrigen ökonomisch-technischen Entwicklungsstand werden häufig Urerzeugnisse (z.B. Rohstoffe) oder Güter hergestellt, deren Produktion arbeitsintensiv ist (z.B. Textilindustrie). Dadurch hat sich eine internationale Arbeitsteilung zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen entwickelt. Ein weiteres Beispiel

hierfür ist die Arbeitsteilung zwischen erdölproduzierenden und erdölimportierenden Ländern.

Zwischen den industrialisierten Ländern findet ein besonders intensiver Warenaustausch statt, beispielsweise zwischen Deutschland und Frankreich sowie Deutschland und den Niederlanden (sogenannter intra-industrieller Handel). Ursächlich hierfür sind Größenvorteile in der Produktion sowie die Produktdifferenzierungswünsche der Nachfrager.

Die ökonomisch-technische Entwicklung in den Industrienationen hat dazu geführt, dass es sich mittlerweile lohnt, Produktionsstätten in die Entwicklungsländer für die Märkte der Industrienationen zu verlagern. Zu denken ist zum Beispiel hier an die Produktion von Mobiltelefonen und Uhren in Entwicklungsländern. Dies wurde möglich, weil durch die ökonomisch-technische Entwicklung

- die Produktion unabhängig vom Standort gesteuert und kontrolliert werden kann,
- die Märkte wegen verbesserter Transportmöglichkeiten von fast allen Standorten beliefert werden können,
- die Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern nach kurzer Anlernzeit im Produktionsprozess eingesetzt werden können,
- die Arbeitskosten (Löhne und Lohnnebenkosten) durch längere Arbeitszeiten und niedrigeren Arbeitsschutz geringer sind und
- damit auch eine bestmögliche Nutzung der eingesetzten Maschinen (des Kapitals) erreicht werden kann.

Vor allem die Arbeitskosten bzw. Lohnstückkosten sind dabei ein entscheidendes Kriterium.

Die Differenz der Lohnkosten, aber auch die Tatsache, dass die Produktionsbedingungen, z.B. im Bereich der Gentechnologie oder hinsichtlich der zu beachtenden gesetzlichen Vorschriften und Auflagen, weltweit sehr unterschiedlich sind, haben in den letzten Jahren zu einer immer stärkeren Arbeitsteilung geführt. Unter dem Stichwort „Globalisierung der Märkte“ verlagern immer mehr Unternehmen ihre Produktion ins Ausland (vgl. Errichtung neuer Produktionsstätten von Bayer, BMW, Siemens, Daimler und anderen großen deutschen Unternehmen in den USA und in China).

Auf diesem Wege können die Unternehmen auch Zölle und sonstige Handelsbeschränkungen einzelner Länder umgehen sowie Wechselkurschwankungen als Risikofaktoren weitgehend ausschalten.

Diese Maßnahmen werden aber auch als Marketing-Instrument eingesetzt. Produkte, die in einem Land von inländischen Beschäftigten hergestellt werden, werden von diesen akzeptiert und natürlich auch gekauft.

Werden durch die Produktionsstättenverlagerung Arbeitsplätze in Deutschland abgebaut, hat dies auch Auswirkungen auf die gesetzliche Sozialversicherung. Von den Personen, die arbeitslos werden, erhalten z.B. die Krankenkassen mit zunehmender Arbeitslosigkeit immer weniger Beiträge bei in der Regel gleichzeitig steigenden Leistungsausgaben. Auch der Rentenversicherung fehlen Beitragseinnahmen für die Finanzierung der aktuellen Renten. Schließlich steigen auch die Beiträge zur Bundesagentur für Arbeit, wenn zunehmend weniger Beschäftigte Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen und immer mehr Menschen Leistungen von ihr erhalten.

Obwohl eine Verlagerung von Produktionsstätten für die jeweils betroffenen Beschäftigten sowie darüber hinaus für die gesetzliche Sozialversicherung unzweifelhaft negativ ist, sind mit der internationalen Arbeitsteilung insgesamt vielfältige Vorteile für den Standort Deutschland verbunden.

Im Jahr 2023 hat die Bundesrepublik Deutschland über 43 % ihrer gesamtwirtschaftlichen Produktion exportiert, d.h. in andere Länder geliefert. Näheres hierzu erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 2“. Durch das Wirtschaftswachstum und den zunehmenden Wohlstand in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern werden deutsche Exportprodukte (z.B. Industriemaschinen, hochwertige Konsumgüter) in diesen Ländern zunehmend nachgefragt. Der Import von kostengünstig im Ausland produzierten Vorprodukten (z.B. für die Automobilindustrie) trägt dazu bei, dass die in Deutschland hergestellten Güter international zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden können.

Seit vielen Jahrzehnten weist die Bundesrepublik Deutschland üblicherweise einen erheblichen Exportüberschuss auf, d.h., der Wert der exportierten Waren und Dienstleistungen übersteigt den Wert der Importe. Dabei werden aus Ländern mit niedrigeren Arbeitskosten insbesondere arbeitsintensive Produkte eingeführt (z.B. Bekleidung, Schuhe).

Wie bereits erwähnt, entstehen durch die Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung wechselseitige Auswirkungen zwischen den beteiligten Volkswirtschaften.

Eine Wirtschaftskrise in einer Volkswirtschaft kann damit durchaus zu einer Krise in anderen Volkswirtschaften führen. So kann zum Beispiel der Rückgang der Nachfrage nach Konsumgütern in einer Volkswirtschaft dazu führen, dass weniger Güter aus den anderen Volkswirtschaften eingeführt (importiert) werden. Das hat wiederum Auswirkungen auf die Produktion und Beschäftigung in den exportierenden Volkswirtschaften und letztlich wiederum auch auf die Sozialversicherungshaushalte. Demgegenüber kann die internationale Arbeitsteilung die inländische Wirtschaft in bestimmten Situationen auch stabilisieren. Beispielsweise kann ein Rückgang der inländischen Nachfrage, z.B. in einer konjunkturellen Krise, durch einen Anstieg der Nachfrage im Ausland ausgeglichen werden.

Internationale Arbeitsteilung hat neben dem wirtschaftlichen Nutzen noch weitere Nutzen. So kommt es z.B. zwischen den Menschen der beteiligten Volkswirtschaften zu einer politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Annäherung.

Merke

Vorteile der internationalen Arbeitsteilung:

- Erhöhung der weltwirtschaftlichen Produktivität
- Nutzung natürlicher Standortvorteile (Klima, Bodenschätze)
- sinkende Kosten für importierte Güter
- zunehmende Angebotsvielfalt (z.B. Nahrungsmittel)
- politische, gesellschaftliche und kulturelle Annäherung der unterschiedlichen Staaten

Nachteile der internationalen Arbeitsteilung:

- Arbeitsplatzverlagerung, insbesondere bei arbeitsintensiven Produkten
- zunehmende Abhängigkeiten zwischen den Volkswirtschaften

8.5 Übungen zum Lernabschnitt 8

Übung 41

Erläutern Sie den Begriff Arbeitsteilung.

Übung 42

Beschreiben Sie jeweils zwei mögliche Vor- und Nachteile der Arbeitsteilung für Beschäftigte sowie für Arbeitgeber im AOK-System.

Übung 43

Nennen Sie die Sektoren, die nach der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung unterschieden werden. Geben Sie zu jedem Sektor auch die entsprechenden Wirtschaftszweige (-branchen) an.

Übung 44

Beschreiben Sie den Begriff der internationalen Arbeitsteilung und schildern Sie deren Vor- und Nachteile.

9 Zusammenfassende Selbstkontrolle

Aufgabe 1

Erläutern Sie den Unterschied zwischen Existenz-, Kultur- und Luxusbedürfnissen.

Aufgabe 2

Nennen Sie jeweils ein Beispiel für ein Substitutions- und ein Komplementärgut aus dem Bereich der GKV/PKV.

Aufgabe 3

Erläutern Sie, warum Menschen nicht ausschließlich wirtschaftlich handeln.

Aufgabe 4

Nennen Sie die Grundfragen, die in allen Wirtschaftsordnungen zu beantworten sind.

Aufgabe 5

Nennen Sie jeweils zwei Beispiele für betriebswirtschaftliche Produktionsfaktoren aus dem Bereich der AOK.

Aufgabe 6

Erläutern Sie, welche Rolle das Kriterium der Marktkonformität für die Soziale Marktwirtschaft spielt. Nennen Sie ein Beispiel für eine staatliche Maßnahme, die gegen dieses Kriterium verstößt.

Aufgabe 7

Erläutern Sie den Begriff Produktionsfunktion sowie den Unterschied zwischen einer substitutionalen und einer limitationalen Produktionsfunktion.

Aufgabe 8

Erläutern Sie, warum Unternehmen stets die Minimalkostenkombination anstreben.

Aufgabe 9

Stellen Sie dar, von welchen Bestimmungsgründen die Arbeitsnachfrage eines Unternehmens abhängig ist.

Aufgabe 10

Erläutern Sie die Nachteile einer zunehmenden betrieblichen Arbeitsteilung und stellen Sie verschiedene Möglichkeiten dar, diesen Nachteilen entgegen zu wirken.

10 Lösungen zu den Übungen im Text

Lösung zu 1

Wirtschaften bedeutet, die begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel bestmöglich zur Befriedigung von Bedürfnissen zu nutzen. Die Bestandteile des Wirtschaftsprozesses sind die Herstellung, die Verteilung und der Konsum von Gütern sowie die Rückgabe von Abfällen an die Natur.

Lösung zu 2

Nach dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit werden die menschlichen Bedürfnisse unterteilt in

- Existenzbedürfnisse (z.B. Nahrung, Kleidung, Wohnung),
- Kulturbedürfnisse (z.B. Lesen, Theaterbesuche, Reisen),
- Luxusbedürfnisse (z.B. Luxusauto, große Villa mit Swimmingpool).

Hinweis

Es war jeweils nur ein Beispiel zu nennen.

Lösung zu 3

Menschliche Bedürfnisse werden von folgenden Faktoren beeinflusst:

- Alter
- Geschlecht
- Klima
- geografische Lage
- Einkommen
- Bildung, Kultur usw.

Hinweis

Es waren lediglich fünf Faktoren zu nennen.

Lösung zu 4

Menschliche Bedürfnisse können nach folgenden Gesichtspunkten eingeteilt werden:

- Grad der Dringlichkeit
- Vorhandensein
- Art der Befriedigung
- Häufigkeit des Auftretens

Lösung zu 5

In der Wirtschaftslehre wird unterstellt, dass die menschlichen Bedürfnisse praktisch unbegrenzt sind, die zur Bedürfnisbefriedigung geeigneten Mittel, nämlich die Güter, dagegen nur in begrenzter Zahl zur Verfügung stehen.

Lösung zu 6

Freie Güter sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- von Natur aus konsumreif
- können/müssen nicht produziert werden
- sind reichlich vorhanden, sodass die vorhandenen Bedürfnisse befriedigt werden können
- verursachen keine Kosten
- haben keinen Preis
- sind nicht Gegenstand des Wirtschaftens

Wirtschaftliche Güter haben folgende Merkmale:

- sind knapp, also begrenzt vorhanden
- müssen hergestellt werden
- Herstellung erfordert Aufwendungen/Kosten
- haben einen Preis
- sind Gegenstand des Wirtschaftens

Lösung zu 7

Freie Güter sind z.B. Sonnenlicht, Wind, Meerwasser.

Lösung zu 8

Hochwasserschutz durch einen Deich: Hier handelt es sich eindeutig um ein spezifisch öffentliches Gut. Wenn ein Deich vorhanden ist, kann niemand von dessen positiven Wirkungen ausgeschlossen werden und die Zahl der Menschen, die vom Deich geschützt werden, ist für die Schutzwirkung des Deiches unerheblich (Nichtrivalität im Konsum).

Bananen: Hier handelt es sich eindeutig um ein Individualgut (privates Gut). Das Ausschlussprinzip ist anwendbar (der Käufer erhält die Banane nur, wenn er dafür einen Preis entrichtet) und es besteht Rivalität im Konsum, d.h. eine Banane kann nur den Hunger eines Menschen stillen.

Haarschnitt bei einem Haarsalon: Auch hier handelt es sich eindeutig um ein privates Gut. Ein Friseur oder eine Friseurin kann zu einem bestimmten Zeitpunkt nur einen Kunden bedienen und wird nur diejenigen Kunden bedienen, die den Preis für die Dienstleistung entrichten.

Training in einem Sportverein: Es handelt sich um ein Klubgut. Am Training dürfen nur Mitglieder des Vereins teilnehmen. Bis zu einer bestimmten Teilnehmerzahl besteht keine Rivalität im Konsum.

Besuch eines öffentlichen Parks: Es handelt sich um ein Allmendegut. Das Ausschlussprinzip wird nicht angewendet, aber beispielsweise an einem Wochenende mit schönem Wetter kann die Kapazitätsgrenze des Parks erreicht sein, sodass die hohe Besucherzahl die Nutzungsmöglichkeiten der einzelnen Nutzer einschränkt.

Empfang eines Fernsehprogramms: Hier ist die Antwort nicht eindeutig. Zwar besteht Nichtrivalität im Konsum (der Empfang des Fernsehprogramms durch Haushalt A stört den Fernsehkonsum von Haushalt B nicht), es bestehen jedoch mittlerweile technische Möglichkeiten des Ausschlusses (z.B. durch Decoder), sodass sowohl ein unentgeltlicher Empfang (sogenanntes Free TV als öffentliches Gut) als auch eine entgeltliche Nutzung (Pay TV als Klubgut) möglich und auch in der Praxis umgesetzt ist.

Lösung zu 9

Merkmale der Sachgüter sind:

- Stofflichkeit/materiell
- erst Produktion, danach Konsum
- Dauerhaftigkeit
- Lagerfähigkeit
- Eigentumserwerb möglich
- Produktion erfolgt meist für einen anonymen Markt

Merkmale von Dienstleistungen sind:

- Nichtstofflichkeit/immateriell
- Gleichzeitigkeit von Produktion und Konsum
- Nichtdauerhaftigkeit
- Nichtlagerfähigkeit
- Eigentumserwerb nicht möglich
- individuelle Erstellung

Lösung zu 10

Beispiele für Sachgüter aus dem Leistungskatalog der AOK sind:

- Medikamente
- Rollstühle
- Bandagen
- Verpflegung im Krankenhaus

Beispiele für Dienstleistungen aus dem Leistungskatalog der AOK sind:

- ärztliche und zahnärztliche Behandlung
- Massagen
- Krankengymnastik
- Sprachheilbehandlung
- Aufklärung, Auskunft und Beratung der Privat- und Firmenkunden

Hinweis

Es waren jeweils nur drei Beispiele zu nennen.

Lösung zu 11

	Sach- güter	Dienst- leistun- gen	Konsum- gut	Produk- tionsgut	Ver- brauchs- gut	Ge- brauchs- gut
privater Personen- kraftwagen	X		X			X
Brille	X		X			X
Beratung bei einem Rechtsan- walt		X	X			
Benzin	X		X		X	
zahnärzt- liche Behandlung		X	X			
Taschen- rechner in der AOK	X			X		X
Brot	X		X		X	
Arbeitsleis- tung einer Sozialver- sicherungs- fachange- stellten		X		X		

Hinweis

Bei einigen Gütern hängt die Einteilung von der konkreten Verwendung der Güter ab. Beispielsweise ist Benzin ein Konsumgut, wenn es von einem Haushalt für private Fahrten genutzt wird. Das Benzin, das ein Taxifahrer bei der Erbringung der von ihm angebotenen Dienstleistung verbraucht, ist hingegen ein Produktionsgut. Auch die Beratung durch einen Rechtsanwalt kann ein Konsumgut sein (Beratung eines privaten Haushalts) oder ein Produktionsgut (Beratung eines Unternehmens).

Lösung zu 12

Ein meritorisches Gut ist ein Gut, welches – gemessen am gesellschaftlich wünschenswerten Versorgungsgrad – nicht in ausreichendem Maß nachgefragt wird. Um diesen Umstand zu beheben, werden Anreize geschaffen, welche die Nachfrage steigern sollen. Die Krankenversicherung gehört zu den meritorischen Gütern, weil viele Menschen in jungen bzw. gesunden Jahren ihren späteren Erkrankungen zu geringe Bedeutung beimessen und keinen oder nur einen unzureichenden Umfang an KV-Leistungen nachfragen

würden. Um allen Menschen einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz zu gewähren, ist vom Gesetzgeber die Versicherungspflicht verankert worden.

Lösung zu 13

Das ökonomische Prinzip liegt in zwei Ausprägungsformen vor, nämlich

- dem Minimalprinzip und
- dem Maximalprinzip.

Das Minimalprinzip besagt, eine bestimmte Leistung mit den geringsten Mitteln anzustreben (z.B. eine bestimmte Zahl von Kunden mit möglichst wenig Beschäftigten zu betreuen).

Das Maximalprinzip besagt, mit gegebenen Mitteln die höchste Leistung anzustreben (z.B. mit den vorhandenen Beschäftigten eine möglichst große Anzahl von Kunden zu betreuen).

Lösung zu 14

In folgenden Vorschriften wird die Wirtschaftlichkeit gefordert:

- § 2 Abs. 4 SGB V
- § 4 Abs. 4 SGB V
- § 12 Abs. 1 SGB V
- § 70 Abs. 1 Satz 2 SGB V

Hinweis

Es waren lediglich drei Vorschriften zu nennen.

Lösung zu 15

Die hohe Umweltbelastung ist zum einen durch die Bevölkerungs- und Wohlstandszunahme verursacht. Zum anderen wurde die Umwelt lange Zeit als ein freies Gut angesehen, sodass keine Anreize bestanden, mit ihr schonend („wirtschaftlich“) umzugehen.

Lösung zu 16

Die zwei Grundformen von Wirtschaftsordnungen sind:

- Marktwirtschaft
- Zentralverwaltungswirtschaft

Lösung zu 17

Die privaten Haushalte entscheiden frei über:

- Berufswahl
- Arbeitsplatzwahl
- Vertragsabschlüsse
- Konsumausgaben
- Einkommensverwendung

Die Unternehmen entscheiden frei über:

- Errichtung eines Gewerbebetriebs
- Verwendung von Geldkapital
- Art und Menge der Produktion
- Angebotspreise der Güter
- Vertragsabschlüsse

Hinweis

Es waren jeweils nur vier Bereiche zu nennen.

Lösung zu 18

Dem Individualprinzip liegt die Freiheit des einzelnen Menschen gegenüber der Gesellschaft zugrunde.

Lösung zu 19

Das Kollektivprinzip führt immer zu einem System der Zentralverwaltungswirtschaft.

Lösung zu 20

Aussage 1: Die Aussage ist nicht zutreffend. Das Grundgesetz schreibt keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor. Allerdings ist weder eine Zentralverwaltungswirtschaft noch eine freie Marktwirtschaft mit dem Grundgesetz vereinbar. Im Einigungsvertrag, der im Jahr 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen DDR abgeschlossen wurde, ist jedoch die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung für das geeinte Deutschland bestimmt.

Aussage 2: Die Aussage ist nicht zutreffend. Auch in der Sozialen Marktwirtschaft können sich bestimmte Produktionsmittel im Eigentum des Staats befinden. Das Grundgesetz schafft sogar die Möglichkeit zur Vergesellschaftung von Produktiv-eigentum. Allerdings bedarf Staats-eigentum an Produktionsmitteln in der Sozialen Marktwirtschaft einer besonderen Rechtfertigung, da es sich um ein nicht marktkonformes Mittel der Wirtschaftspolitik handelt.

Aussage 3: Die Aussage ist zutreffend. Beispiele für diese Flexibilität sind die Einführung der Globalsteuerung (Mitte der 1960er Jahre), die Integration von Umweltschutzzielen (ab Mitte der 1970er Jahre) sowie die Bewältigung des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern (ab 1990).

Aussage 4: Die Aussage ist nicht zutreffend. In der Sozialen Marktwirtschaft erfolgt die Verteilung des Einkommens in erster Linie auf der Grundlage der Marktleistung. Dies könnte zu einer zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen führen. Allerdings greift der Staat durch vielfältige Maßnahmen in die Einkommens- und Vermögensverteilung ein. Zu diesen Maßnahmen gehören die Angleichung der Startchancen im Marktprozess (z.B. Bildungspolitik, Vermögensbildungspolitik) sowie die Umverteilung von Einkommen und Vermögen (insbesondere Steuern sowie Transferleistungen). Vom Ausmaß dieser staatlichen Eingriffe hängt es ab, ob es zu einer zunehmenden Ungleichverteilung kommt.

Lösung zu 21

In der freien Marktwirtschaft ist die wirtschaftliche Aktivität des Staats darauf beschränkt, den Kollektivbedarf zu decken, einen ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen und auf dessen Einhaltung zu achten.

Lösung zu 22

Der Staat plant und koordiniert zentral sämtliche Aktivitäten der Wirtschaft. Er definiert den Bedarf, erstellt die Pläne, gibt Produktionsanweisungen und kontrolliert deren Erfüllung. Außerdem legt er die Preise fest und verteilt die produzierten Güter.

Lösung zu 23

- grundsätzliche Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse durch den Markt
- Privateigentum an Produktionsmitteln
- staatliche Aktivität, um den Wettbewerb funktionsfähig zu halten und für einen sozialen Ausgleich zu sorgen

Lösung zu 24

Siehe Tabelle nächste Seite.

Lösung zu 25

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat es zahlreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen gegeben, an die sich die Wirtschaftsordnung jeweils anpassen musste. Beispielsweise führte die erste Wachstumskrise Mitte der 1960er Jahre zur Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes, das dem Staat neue Ziele vorgab und auch neue Instrumente zur Steuerung des Wirtschaftsprozesses enthielt. Auf die zunehmende Umweltverschmutzung reagierte die Wirtschaftspolitik seit den 1970er Jahren ebenfalls mit der Verabschiedung neuer Gesetze und der Schaffung neuer Institutionen (z.B. Umweltministerium, Umweltbundesamt). Auch die Herausforderungen im Zuge des Transformationsprozesses der ostdeutschen Wirtschaft machten Anpassungen des wirtschaftspolitischen Rahmens erforderlich.

Lösung zu 26

Die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren sind

- Arbeit,
- Natur (Boden) und
- Kapital.

Lösung zu 27

Betriebswirtschaftliche Produktionsfaktoren sind

- leitende Arbeit: Damit ist die Planung, Organisation, Leitung und Überwachung gemeint. Das sind in aller Regel Tätigkeiten der Unternehmensleitung und der Abteilungsleitung.
- ausführende Arbeit: Es handelt sich um die Ausführung der Planung, der Organisation und der leitenden Entscheidungen. Das sind z.B. die Tätigkeiten der Sachbearbeiter.
- Betriebsmittel: Das ist die gesamte technische Apparatur, einschließlich Grundstücke und Gebäude, derer sich der Betrieb zur Produktion bedient. Sie sind die Gebrauchsgüter im Produktionsprozess.
- Werkstoffe: Darunter werden alle Güter zusammengefasst, aus denen durch Umformung, Substanzänderung oder Einbau neue Güter hergestellt werden. Sie sind die Verbrauchsgüter im Produktionsprozess.

Lösung zu 24

Unterschiede		
Freie Marktwirtschaft		Soziale Marktwirtschaft
beliebige Ausgestaltung der Verträge möglich, außerdem Vertrags- einhaltungsfreiheit und Formfreiheit	Vertragsfreiheit	Einschränkung der Ver- tragsfreiheit, z.B. durch das Wucherverbot, die Nichtigkeit von sitten- widrigen und verbotenen Rechtsgeschäften, Ver- bot von Wettbewerbs- beschränkungen durch das GWB
unbegrenzte Konsum- freiheit; alles, was nach- gefragt wird, wird auch produziert und kann ge- kauft werden	Konsumfreiheit	nur wenige Einschrän- kungen, z.B. bei Rausch- giften, Medikamenten und Waffen
völlig freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl (Freizügigkeit)	Berufs- und Arbeits- platzwahl	grundsätzlich frei, jedoch vielfältige in- direkte Lenkungsmaß- nahmen des Staates, um Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden bzw. ab- zuschwächen (z.B. Um- schulungsbeihilfen, Berufsberatung, Stellen- vermittlung durch die Arbeitsagentur)
uneingeschränkte Ge- werbe- und Produktions- freiheit, d.h. ausschließ- lich das Unternehmen entscheidet, was und wie viel produziert wird; keinerlei staatliche Be- schränkung	Gewerbe- und Produktionsfreiheit	eingeschränkte Gewer- be- und Produktionsfrei- heit, z.B. Konzessionen für Taxiunternehmen, Gaststätten, Apotheken, umweltgefährdende Be- triebe, wie Feuerwerks- körper- oder Munitions- fabrik
fast nur Privateigen- tum, nur Privatbetriebe, keinerlei soziale Bindung des Eigentums; Staats- eigentum gibt es nur in Ausnahmefällen, z.B. bei der Landesverteidigung	Eigentumsverhältnisse	neben Privat- auch Staatseigentum, z.B. Ei- gentum des Bundes, der Länder und Gemeinden, so z.B. Autobahnen, Mili- tärgebiete, Staatsforste, Hallenbäder, Sporthal- len, Gas-, Strom- und Wasserwerke

Lösung zu 28

Die Nutzungsmöglichkeiten des Produktionsfaktors Natur sind:

- Lieferant von Rohstoffen (z.B. Erdöl, Eisenerz-Abbauboden)
- land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche (Anbauboden)
- Standort für Betriebe und Wohnungen
- Aufnahmemedium für Produktionsrückstände und gebrauchte Güter

Lösung zu 29

Der volkswirtschaftliche Produktionsfaktor Kapital entsteht durch das Zusammenwirken der ursprünglichen (originären) Produktionsfaktoren Natur und Arbeit. Im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) und im sekundären Sektor (verarbeitende gewerbliche Betriebe, Industrie) hat sich der Anteil des Produktionsfaktors Kapital im Produktionsprozess wesentlich erhöht. Dadurch ist die Produktivität um ein Vielfaches angestiegen. Mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie schreitet auch der Kapitaleinsatz im Dienstleistungssektor voran.

Lösung zu 30

Investitionen werden als die Umwandlung von Geldkapital in Realkapital verstanden. Es lassen sich folgende Formen von Investitionen unterscheiden:

- Re- bzw. Ersatzinvestitionen: veraltete oder verschlissene Maschinen werden durch neue ersetzt
- Neu- bzw. Erweiterungsinvestitionen: erweitern die Produktionsmöglichkeiten und vergrößern den Kapitalstock

- Lager- und Vorratsinvestitionen: beinhalten die Bestände an nicht-dauerhaften Produktionsmitteln in den Betrieben (z.B. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Fertigprodukte)
- Rationalisierungsinvestitionen: werden z.B. zur Leistungssteigerung von betrieblichen Anlagen getätigt

Gesamtwirtschaftlich betrachtet stellen Investitionen den nicht verbrauchten Teil der Gesamtproduktion dar, der sich in Gebäuden, Maschinen, aber auch in aufgestockten Verbrauchsgüterbeständen wiederfindet.

Lösung zu 31

Der Produktionsprozess ist die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen. Diese Herstellung von Gütern und Dienstleistungen in den Unternehmen erfolgt durch die Kombination der Produktionsfaktoren. Die hergestellte Produktionsmenge ist abhängig von der Kombination der eingesetzten Produktionsfaktoren. Im Produktionsprozess werden die Produktionsfaktoren verbraucht. Sie müssen immer wieder neu beschafft und bezahlt werden.

Lösung zu 32

Eine Substitution von Arbeit durch Kapital in einem Betrieb kann durch die folgenden Ursachen herbeigeführt werden:

- Das Verhältnis der Faktorkosten verändert sich zugunsten des Faktors Kapital, d.h. die Kosten pro Arbeitseinheit sind gestiegen und/oder die Kosten je Kapitaleinheit sind gesunken.

- Die Leistungsfähigkeit des Faktors Kapital hat sich – in Relation zur Leistungsfähigkeit des Faktors Arbeit – verbessert. Diese Verbesserung kann quantitativ oder qualitativ sein. Eine Erhöhung der Produktivität (hergestellte Produkte je Zeiteinheit) wäre eine quantitative Verbesserung, eine Verringerung der Ausschussquote ist ein Beispiel für eine qualitative Verbesserung.

Lösung zu 33

Als Dienstleistungsbetrieb strebt die AOK bei ihren Beratungszentren eine gute Erreichbarkeit für ihre Kunden an. Beratungszentren werden daher in der Regel in größeren Städten eingerichtet (absatzorientierter Standort), zudem ist die Erreichbarkeit für Kunden aus anderen Orten (verkehrsorientierter Standort) bedeutsam.

Für zentrale Standorte ist zudem die Verfügbarkeit speziell qualifizierter Personen (z.B. mit Fachkenntnissen in juristischen Themengebieten oder im Bereich der EDV) bedeutsam.

Lösung zu 34

Siehe Tabelle nächste Seite.

Lösung zu 35

Die Bevölkerungsentwicklung ist abhängig von der Zahl der Geburten, der Zahl der Sterbefälle sowie dem Wanderungssaldo.

In der Bundesrepublik Deutschland verharrt die Geburtenrate seit über 40 Jahren auf einem niedrigen Niveau (ca. 1,4 bis 1,6 Kinder pro Frau). Dies hat dazu geführt, dass die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten übersteigt. Der natürliche Bevölkerungssaldo ist demnach negativ.

Der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zuzügen und Fortzügen, ist in der Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren positiv. In den meisten Jahren war der positive Wanderungssaldo größer als das Defizit in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, sodass die Einwohnerzahl in der Bundesrepublik Deutschland in diesen Jahren zugenommen hat. Von 2003 bis 2010 ist ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

Seit dem Jahr 2011 kommt es aufgrund der gestiegenen Zuwanderung wieder zu einem Bevölkerungsanstieg.

Lösung zu 34

1. Kosten pro Beschäftigten pro
Monat = 2.250 €

Kosten pro Monat für 13 Beschäftigte = 29.250 € (2.250 € x 13 Beschäftigte)

Kosten pro Jahr für 13 Beschäftigte = 351.000 € (2.250 € x 12 Monate x 13 Beschäftigte)

2. Kosten der Druckcenter

Kosten	1 Druckcenter	2 Druckcenter	3 Druckcenter
Kaufpreis pro Jahr	12.000 € (60.000 € : 5 Jahre Nutzungsdauer)	24.000 € (120.000 € : 5 Jahre Nutzungsdauer)	36.000 € (180.000 € : 5 Jahre Nutzungsdauer)
Wartungs- und Reparaturkosten pro Jahr	2.000 €	4.000 €	6.000 €
Gehalt einer Bedienungskraft pro Jahr und Automat	24.000 € (2.000 € x 12 Monate)	48.000 € (2.000 € x 12 Monate x 2 Bedienungskräfte)	72.000 € (2.000 € x 12 Monate x 3 Bedienungskräfte)
Gesamt	38.000 €	76.000 €	114.000 €

Da ein Druckcenter vier Beschäftigte ersetzt, ergibt sich folgende weitere Berechnung:

Kosten	1 Druckcenter	2 Druckcenter	3 Druckcenter
Gesamtkosten pro Jahr	38.000 €	76.000 €	114.000 €
Restliche Arbeitsleistung durch Beschäftigte	243.000 € (9 Beschäftigte x 2.250 € Gehalt x 12 Monate)	135.000 € (5 Beschäftigte x 2.250 € Gehalt x 12 Monate)	27.000 € (1 Beschäftigter x 2.250 € Gehalt x 12 Monate)
Gesamt	281.000 €	211.000 €	141.000 €

Der AOK entstehen für die Erledigung aller Druckaufträge im Vergleich folgende Kosten:

- | | | |
|---|-------------|-----------------------|
| 1. Nur Beschäftigte | = 351.000 € | |
| 2. Neun Beschäftigte und ein Druckcenter | = 281.000 € | Differenz = 70.000 € |
| 3. Fünf Beschäftigte und zwei Druckcenter | = 211.000 € | Differenz = 140.000 € |
| 4. Ein Beschäftigter und drei Druckcenter | = 141.000 € | Differenz = 210.000 € |

Lösung zu 36

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird deutlich zurückgehen. Selbst bei einer steigenden Erwerbsquote wird dies zu einem Rückgang der Zahl der Beschäftigten führen.

Gesetzliche Rentenversicherung

Das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentenempfängern wird sich verändern (steigender Altersquotient). Mögliche Folgen innerhalb des umlagefinanzierten Rentenversicherungssystems sind steigende Beitragssätze, sinkende Rentenzahlungen und/ oder eine Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Gütermärkte

Die Alterung der Gesellschaft führt auch zu einer Veränderung der volkswirtschaftlichen Güternachfrage. Es ist damit zu rechnen, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen zunimmt. Ein Rückgang der Nachfrage ist etwa bei Kinderbekleidung oder Schulbüchern zu erwarten.

Lösung zu 37

Der Arbeitsmarkt lässt sich in regionale Teilmärkte sowie in berufsbezogene Teilmärkte unterscheiden. Da die Mobilität von Arbeitsanbietern und Arbeitsnachfragern zwischen den Teilmärkten begrenzt ist, kommt es zu unterschiedlichen Löhnen und einer unterschiedlich hohen Arbeitslosigkeit auf den einzelnen Teilmärkten.

Lösung zu 38

Der Haushalt als Arbeitsanbieter bietet die eigene Arbeitskraft an und ist in vielen Fällen auf das Arbeitseinkommen angewiesen. Er hat folglich eine relativ schwache Verhandlungsposition gegenüber dem Arbeitgeber (Arbeitsnachfrager). Um zu verhindern, dass Arbeitgeber diese Situation ausnutzen, hat der Staat vielfältige Regelungen zum Schutz der Beschäftigten geschaffen.

Bei sinkenden Stundenlöhnen werden viele Beschäftigte ihr Arbeitsangebot erhöhen, um ihr bisheriges Einkommensniveau halten zu können. Um einen anhaltenden Abwärtstrend bei den Löhnen zu verhindern, kann der Staat Mindestlöhne festlegen oder die Tarifvertragsparteien zur Festlegung von Tariflöhnen ermächtigen.

Aus der Sicht einzelner Beschäftigter dient die Erwerbsarbeit nicht nur der Einkommenserzielung, sondern sie erleichtert soziale Kontakte und stärkt das Selbstwertgefühl.

Lösung zu 39

- Zunahme der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (z.B. Zuwanderung)
- Erhöhung der Erwerbsquote, d.h. Zunahme des Anteils der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen
- Erhöhung der durchschnittlich je Erwerbstätigen geleisteten Arbeitszeit

Lösung zu 40

- Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungsträger. Eine zunehmende Beschäftigung und ein steigendes Lohnniveau haben einen Anstieg der Beitragseinnahmen zur Folge.
- Durch die Regelungen zum Renteneintritt wird das Arbeitsangebot unmittelbar beeinflusst. Je früher Beschäftigte in den Ruhestand gehen können, umso geringer ist das volkswirtschaftliche Arbeitsangebot.
- Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung tragen zu einer Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots bei. Durch Präventionsmaßnahmen, Krankheitsbehandlungen und Rehabilitationsleistungen werden Krankheiten vermieden bzw. die Dauer von Krankheiten verkürzt. Dies führt zu geringeren Arbeitsausfällen wegen Krankheit.
- Die Beiträge zum System der sozialen Sicherung setzen an den Lohn-einkommen an und erhöhen damit die Arbeitskosten. Ein Anstieg der Beitragssätze führt zu höheren Arbeitskosten und damit zu einer geringeren Arbeitsnachfrage.

Lösung zu 41

Arbeitsteilung ist ein Organisationsprinzip, das überall im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben anzutreffen ist. Im privaten Haushalt, im Betrieb, zwischen den Betrieben und Wirtschaftszweigen, zwischen privater Wirtschaft und Staat und auch zwischen einzelnen Volkswirtschaften mit der Folge, dass der Einzelne nur noch einen Teil des gesamten Prozesses überblickt und bearbeitet.

Auch der Einteilung in der Sozialversicherung in Arbeitsförderung sowie Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung liegt das Prinzip der Arbeitsteilung zugrunde.

Lösung zu 42

Mögliche Vorteile der Arbeitszerlegung für Beschäftigte:

- Die einzelnen Arbeiten können mit einer hohen Routine und Schnelligkeit erledigt werden.
- Beschäftigte können sich auf bestimmte Bereiche – entsprechend der Qualifikationen – sehr gut spezialisieren (z.B. Krankengeldfallmanager).

Mögliche Nachteile der Arbeitszerlegung für Beschäftigte:

- Beschäftigte verlieren den Überblick über das Ganze und verschlechtern damit die Chancen auf einen anderen Arbeitsplatz zu wechseln.
- Die Arbeit kann aufgrund des eingegrenzten Aufgabenspektrums mit der Zeit monoton und eintönig werden.

Mögliche Vorteile der Arbeitszerlegung für Arbeitgeber:

- Der hohe Spezialisierungs- und Kenntnisgrad der Beschäftigten erhöht den wirtschaftlichen Output und senkt die Kosten.
- Auch in selten auftretenden Fällen besteht eine Auskunft- und Beratungsmöglichkeit.

Mögliche Nachteile der Arbeitszerlegung für Arbeitgeber:

- Die Flexibilität, Beschäftigte in anderen Aufgabenfeldern einzusetzen, sinkt mit dem Grad der Spezialisierung.
- Die Arbeitsmotivation der Beschäftigten sinkt ggf. im Laufe der Zeit durch den fehlenden Gesamtüberblick und fehlende Herausforderungen durch neue Aufgaben. Damit sinkt ggf. die Produktivität für das Unternehmen.

Lösung zu 43

Wirtschaftssektoren:

1. Uerzeugung (primärer Sektor) z.B.:

- Land- und Forstwirtschaft
- Jagd und Fischerei
- Bergbau und Energiegewinnung

2. Weiterverarbeitung (sekundärer Sektor) z.B.:

- Grundstoffindustrien (z.B. chemische Industrie, eisen- und stahlerzeugende Industrie, Mineralölindustrie)
- Investitionsgüterindustrie (z.B. Stahlbau, Maschinenbau, Automobilbau, Elektroindustrie)
- Konsumgüterindustrie (z.B. Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bekleidungsindustrie, Möbelindustrie)
- Handwerksbetriebe z.B. das Waren produzierende Handwerk (Bauhandwerk) und das reparierende Handwerk (z.B. Installateure, Autoreparaturwerkstätten)

3. Handel und Dienstleistungen (tertiärer Sektor) z.B.:

- Groß-, Einzel- und Außenhandel
- Verkehrsbetriebe (z.B. Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG, Speditionen, Busunternehmen, Taxiunternehmen)
- Kreditinstitute
- Versicherungsbetriebe (Personen- und Schadenversicherungen)
- Hotels und Gaststätten
- freie Berufe (z.B. Steuerberatung, Rechtsanwaltskanzleien, niedergelassene Ärzte, Zahnarztpraxis)
- Dienstleistungshandwerk (z.B. Wäschereien, Reinigungen, Gebäudereinigungen)

Lösung zu 44

Internationale Arbeitsteilung ist die Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften verschiedener Länder. Die internationale Arbeitsteilung kann durch die unterschiedliche Ausstattung der Länder (z.B. Klima, Bodenschätze), den unterschiedlichen Entwicklungsstand und auch durch politische Entscheidungen begründet sein. Die internationale Arbeitsteilung beruht auf der Überlegung, die Erzeugnisse jeweils in dem Land herzustellen, in dem die Produktion die niedrigsten Kosten verursacht. Die am Außenhandel beteiligten Länder tauschen dann ihre Erzeugnisse aus und kommen damit in den Genuss der vergleichsweise günstigeren Produktion. Durch die Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung entstehen aber auch wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den beteiligten Volkswirtschaften. Eine Wirtschaftskrise in einer Volkswirtschaft kann damit durchaus zu einer Krise in einer anderen Volkswirtschaft führen. So kann zum Beispiel der Rückgang der Nachfrage nach Konsumgütern in einer Volkswirtschaft dazu führen, dass weniger Güter aus den anderen Volkswirtschaften eingeführt werden. Dies wiederum hat Auswirkung auf die Produktion und Beschäftigung in den exportierenden Volkswirtschaften.

Außerdem kann die internationale Arbeitsteilung zu einer Belastung der Volkswirtschaften führen, deren Produktivität im internationalen Vergleich zu gering oder deren Lohn- und Personalzusatzkosten zu hoch sind.

11 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle

Lösung zu 1

Existenzbedürfnisse:

Sie entstehen aus dem menschlichen Selbsterhaltungstrieb und müssen unbedingt befriedigt werden, da sie das Überleben der Menschen sichern.

Kulturbedürfnisse:

Sie gestalten das Leben der Menschen angenehmer, sind aber nicht lebensnotwendig.

Luxusbedürfnisse:

Sie gehen über die Existenz- und Kulturbedürfnisse hinaus.

Lösung zu 2

Substitutionsgut:

- Kopfschmerztabletten der Marke A gegen ein wirkstoffgleiches Mittel der Marke B

Komplementärgüter:

- Kontaktlinsen und Reinigungsflüssigkeit für Kontaktlinsen
- Inhalationsgerät und Inhalationsmittel

Lösung zu 3

Häufig handeln Menschen spontan bzw. emotional, ohne weiter über die Folgen ihres Handelns oder mögliche Alternativen nachzudenken. Auch die Beeinflussung durch die soziale Umwelt (einschließlich Werbung) kann eine Orientierung am ökonomischen Prinzip verhindern.

Lösung zu 4

Folgende Grundfragen sind in jeder Wirtschaftsordnung zu beantworten:

- Was soll produziert werden?
- Wie viel soll produziert werden?
- Wie und wo soll produziert werden?
- Für wen soll produziert werden?

Lösung zu 5

Betriebswirtschaftliche Produktionsfaktoren in der AOK sind:

- leitende Arbeit
(z.B. Tätigkeit der AOK-Unternehmensführung, der Abteilungsleitung der AOK)
- ausführende Arbeit
(z.B. Tätigkeit der Sachbearbeitung, der Firmenkundenberatung in der AOK)
- Betriebsmittel
(z.B. AOK-Gebäude, Büromöbel in der AOK)
- Werkstoffe (z.B. Formulare, Energie)

Lösung zu 6

Das Kriterium der Marktkonformität besagt, dass der Staat keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreifen soll, mit denen die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus außer Kraft gesetzt wird.

Beispiele für Maßnahmen, die nicht dem Kriterium der Marktkonformität entsprechen, sind staatlich festgelegte Preise, die Gewährung von Monopolrechten für einzelne Unternehmen oder die Zahlung von Subventionen an einzelne Betriebe, wodurch der Wettbewerb mit anderen Unternehmen verfälscht wird.

Hinweis

Es war lediglich eine Maßnahme zu nennen.

Lösung zu 7

Eine Produktionsfunktion beschreibt allgemein den Zusammenhang zwischen der Menge an eingesetzten Produktionsfaktoren (Input) und der hergestellten Gütermenge (Output). Bei einer substitutionalen Produktionsfunktion können zwei Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit und Kapital) gegeneinander ausgetauscht (substituiert) werden. Bei einer limitationalen Produktionsfunktion besteht ein festes Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren.

Lösung zu 8

Die Minimalkostenkombination gibt an, welche Kombination der Produktionsverfahren das Unternehmen wählen soll, um eine gegebene Ausbringungsmenge (Output) mit möglichst geringen Kosten zu produzieren. Ein Unternehmen, das die Minimalkostenkombination anstrebt, richtet sich nach dem ökonomischen Prinzip („Minimalprinzip“).

Lösung zu 9

Die Arbeitsnachfrage eines Unternehmens ist abhängig vom Lohn (bei steigendem Lohn sinkt die Arbeitsnachfrage), von der Produktivität der Beschäftigten (bei steigender Produktivität steigt die Arbeitsnachfrage) und von der Nachfrage auf dem Gütermarkt (wenn die Produkte des Unternehmens vermehrt nachgefragt werden, steigt auch die Arbeitsnachfrage dieses Unternehmens).

Lösung zu 10

Eine zunehmende betriebliche Arbeitsteilung („Arbeitszerlegung“) kann zu einseitiger körperlicher Belastung und zu einer abnehmenden Motivation der Beschäftigten führen, wenn diese den Bezug zum hergestellten Produkt verlieren. Diesen Nachteilen kann durch neue Formen der Arbeitsorganisation entgegengewirkt werden. Dabei handelt es sich um Aufgabenwechsel (Job-Rotation), Aufgabenerweiterung (Job-Enlargement), Aufgabenbereicherung (Job-Enrichment) und die Bildung selbstständiger Arbeitsgruppen.